

Siegfried Egel

Bemerkenswertes

Hier gehörte nicht nur die Straße dem "Roten Wedding", einem Stadtteil vom zentralen Berlin, sondern hier marschierte eine Kämpferorganisation Moskaus! Die Kommunistische Partei Deutschlands war die stärkste Sektion der von Moskau geführten Kommunistischen Internationale. Drei ihrer Führungsmitglieder (Ernst Thälmann, Arkadi Maslow und Ruth Fischer) saßen im Exekutivkomitee der Komintern. Delegationsaustausch zu den kommunistischen Parteien Englands, Frankreichs, Norwegens, Polens und anderer Länder zwecks weltrevolutionärer Kampfabspraken waren üblich. Moskau sandte jahrelang Waffen und Geld, sorgte für konspirative Ausbildung revolutionärer Kader, beeinflusste Personalentscheidungen bis hin zur Liquidierung "unbotmäßiger Genossen" und erteilte auch die Kampfانweisungen. In der Gewerkschaftsabteilung des Zentralkomitees der KPD arbeiteten ständig mehrere russische "Sachverständige", unter ihnen Stalins Vertrauter Dimitri Manuilski (Samuely), Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern. Manuilski war bereits seit 1925 für Moskau in Berlin, aber zuweilen auch in Paris tätig. 1932 verfügte die KPD über 300.000 Mitglieder; von ihnen waren 70



- 80% erwerbslos. Zur gleichen Zeit lebten in Deutschland 6 Millionen Arbeitslose, weitere 2 Millionen, die nicht gemeldet waren, dazu ihre Familienangehörigen. Thälmann erhielt bei den Reichspräsidentenwahlen vom 13. März 1932 etwa 5 Millionen Stimmen. Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 erreichten die Kommunisten 5,37 Millionen Stimmen; sie hatten damit gegenüber 1930 um 800.000 Stimmen zugelegt. Die Reichstagswahl am 6. November 1932 bescherte ihnen annähernd 6 Millionen Stimmen. Das Exekutivkomitee der Komintern in Moskau schloß im September 1932 daraus auf einen unmittelbar bevorstehenden Sieg "der deutschen Revolution, den wichtigsten Schritt zur Weltrevolution". Dem bewaffneten Umsturz in Deutschland wurde nachgeholfen; man bereitete sich darauf vor. Theoretische Anleitungen hierfür gab es bereits seit Jahren. Die Beschaffung von Waffen, Munition und

Sprengstoff wurde mit Nachdruck forciert, ebenso die Zersetzungsarbeit gegen Polizei und Reichswehr sowie Untergrundarbeit, um nach einem zu erwartenden Verbot aktionsfähig zu bleiben. Schon im September 1923 hatte das Politbüro der KPdSU einen Befehl an die KPD zur Durchführung eines Aufstandes erteilt, einen "Ständigen Militärischen Rat" gebildet und eine beträchtliche Anzahl Offiziere der Roten Armee nach Deutschland zur Ausbildung und Leitung kommunistischer militärischer Formationen entsandt.¹⁾

80.000 Bürgerkriegstote standen Ende 1932 in der politischen Bilanz der Weimarer Republik, die 800.000 Hungertoten als Folge der nach dem Waffenstillstand 1919 fortgesetzten britisch-französischen Blockade sind hinzuzurechnen. Bis Januar 1933 hatte die NSDAP über 300 politische Mordopfer zu beklagen sowie über 40.000 Verletzte.

Siegfried Egel

Bemerkenswertes

Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar. Vielfache Fußnoten weisen dem Leser und Forscher die Richtung.

Soweit aus Tatsachen Folgerungen zu weiteren Tatsachen gezogen werden, ergeben sich diese aus der Logik, aus der Naturwissenschaft, aus der geschichtlichen und Lebenserfahrung. Auch sie sind somit nachvollziehbar. Wiedergegebene Darstellungen Dritter sind gleichermaßen geprüft, wobei Zustimmung oder Ablehnung beigelegt ist.

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialetische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen, soweit Rechtsanwälte aus der Bundesrepublik Deutschland zu einer solchen Begutachtung überhaupt noch in der Lage sind.

Inhalt:

Boycott = Heiliger Krieg von Anfang an	3
Polen wünschte seine Juden loszuwerden	7
Ergänzende Fotodokumentation	9
"Die Reichen" sollen die polnischen Juden aufnehmen	10
Judea did not declare war on Poland	11
Juden und "Mischlinge" in der Reichskulturkammer	11
R. Vishniac fotografierte "Kristallnacht" in SA-Uniform	13
Geschichte über KZ-Lager zu schreiben ist z.Zt. noch nicht möglich	15
Buch "Hitler-Finanzierung" eine Fälschung	18
Kampflied	19
Zur "Germanisierung" jenseits der deutschen Ostgrenzen	19
Geheimmission von 44 sowjetischen Ingenieuren	20
Rom sollte zerstört werden	20
Zwei neue Öfen für 7,4 Millionen Mark	20
"Von BBC kein einziges Wort"	20
Motive der Verschwörer	22
Aphorismen aus: "Die Weizsäcker-Papiere"	28
Hermann Korshenrich, an Eidesstatt	29
Sicherung in Auschwitz 5.4.1944	33
Schlußwort von Oswald Pohl am 22.9.1947	34
Zum Tod von Léon Degrelle	36
Wo die Zigeuner heute leben	38
Kämpfer "für die Humanität + Zivilisation"	39
Zum 8. Mai 1945	40

Copyright
by

Vrij Historisch Onderzoek -- 1997

Verantw. i.S.d. Pressegesetzes:

Herbert Verbeke, Antwerpen

Postbus 60

II 2600 Berchem 2

ISSN 0176 - 4144

15. März 1944, Rom:

"Nun hat der Papst an seinem Krönungstag wirklich einmal etwas vom Leder gezogen und die Staatsmänner, die nur an das Städtebombardieren und an den Krieg denken, mit Fluch bedroht."

"Die Weizsäcker-Papiere 1933 - 1950",
Frankfurt/M - Berlin - Wien 1974, S. 372.

THE DAILY EXPRESS. MARCH 25, 1933.

JEWS "WAR" ON GERMANY



"JEWS OF ALL THE WORLD declare war on Germany" was the headline on the front page of yesterday's "Daily Express." A group of Jews discussing the persecution of their German brothers by the Nazis.

"Die Juden der ganzen Welt erklären Deutschland den Krieg" war die Überschrift der Titelseite der gestrigen Daily Express. Eine Gruppe Juden diskutiert die Verfolgung ihrer deutschen Brüder durch die Nazis."

The Daily Express, 25. März 1933

1) Günther Nollau, "Die Internationale", Köln - Berlin 1959, S. 105, 125 ff.

Boycott = "Heiliger Krieg" von Anfang an

Ergänzend zu den bereits in den *Historischen Tatsachen* Nr. 29 S. 27 ff. + Nr. 54 dokumentierten Einzelheiten über die seit Beginn der Machtergreifung Hitlers zum Boykott und zum "Heiligen Krieg" gegen Deutschland aufrufenden Resolutionen einflußreicher jüdischer Führer und Organisationen in den USA und ergänzend zu den bereits in den *HT* Nr. 10 S. 19 + 20 sowie in *HT* Nr. 26, S. 5 + 6 sowie im Band I, Udo Walendy "Europa in Flammen 1939 - 1945" S. 384 ff. eingebrachten deutsch-jüdischen Pressestimmen, die sich gegen die antideutsche Greuelhetze bestimmter jüdischer Kreise in den USA verwahrt haben, sei hier die *CV-Zeitung*, das amtliche Organ der Israelitischen Gemeinde Frankfurt/M vom April 1933 in Faksimile wiedergegeben:



Wir 565000 deutschen Juden legen feierliche Verwahrung ein

Eine flegellose Greuelpropaganda gegen Deutschland tobt in der Welt. Durch jedes Wort, das gegen unser Vaterland gesprochen und geschrieben wird, durch jeden Boykottaufruf, der gegen Deutschland verbreitet wird, sind wir deutschen Juden genau so tief getroffen wie jeder andere Deutsche. Nicht aus Zwang, nicht aus Furcht, sondern weil gewisse ausländische Kreise die Ehre des deutschen Namens lästern, das Land unserer Väter und das Land unserer Kinder schädigen, sind wir ohne Verzug dagegen aufgestanden. Vor dem Inland und vor dem Ausland haben wir die Lügenmeldungen über Deutschland und

Nur in unserem eigenen Vaterland, dem Lande, für das zwölftausend jüdische Helden ihr Leben ließen, glaubt man uns nicht.

Man beschuldigt uns, daß die Kampagne des Hasses und der Lügenhetze von den deutschen Juden ausgehe: bei den deutschen Juden läge es, die Lügner zurechtzuweisen, die deutschen Juden wollten dies aber nicht.

Gegen diese ungeheueren Beschuldigungen legen wir 565.000 deutschen Juden vor ganz Deutschland feierliche Verwahrung ein. Die deutschen Juden haben niemanden in Deutschland und in der Welt mittelbar oder unmittelbar zu schändlichen Verleumdungen oder gar zu irgendeiner Handlung gegen Deutschland veranlaßt. Die deutschen Juden haben, soweit sie vermochten, dagegen sofort das Äußerste getan, um jede Beleidigung des Heimatlandes, jede Beschimpfung der Regierung, jede Schädigung der deutschen Volkswirtschaft unmöglich zu machen.

Die Welt und der Mensch haben sich so gerechtfertigt da. Mit Würde und mit Mut werden wir die mitleidlosen Maßnahmen Deutscher gegen Deutsche auf eigener Heimerde zu ertragen wissen."

Diese Bekanntmachung der C.V.Zeitung erfolgte einen halben Monat nach dem eintätigen Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland am 1.4.1933, zu dem Adolf Hitler am 28. März mit folgenden Worten aufgerufen hatte:

"Nationalsozialisten! Parteigenossen! Parteigenossinnen! Nach vierzehnjähriger innerer Zerrissenheit hat das deutsche Volk, seine Stände, Klassen, Berufe und konfessionellen Spaltungen politisch überwindend, eine Erhebung durchge-

die neue Regierung gebrandmarkt. Maßgebende christliche und jüdische Persönlichkeiten daheim und draußen, nicht zuletzt der Vereinigten Staaten, kennen den Centralverein als einen Vorkämpfer der deutschen Sache, einen Vorkämpfer, der das Vaterland liebt, einen Vorkämpfer, der die Zehntausende deutscher Juden, die seine Fahne tragen, zur Pflege unbeirrter deutscher Gesinnung im Leben und Streben anhält, einen Vorkämpfer, der sich stolz zu den Werten des Judentums als der angestammten Religion bekennt. Weil wir so sind, sind die Schritte in Amerika, die wir unternahmen, erfolgreich für unser Vaterland ausgeschlagen.

Nur in unserem eigenen Vaterland, dem Lande, für das zwölftausend jüdische Helden ihr Leben ließen, glaubt man uns nicht.

Man beschuldigt uns, daß die Kampagne des Hasses und der Lügenhetze von den deutschen Juden ausgehe: bei den deutschen Juden läge es, die Lügner zurechtzuweisen, die deutschen Juden wollten dies aber nicht.

Gegen diese ungeheueren Beschuldigungen legen wir 565.000 deutschen Juden vor ganz Deutschland feierliche Verwahrung ein. Die deutschen Juden haben niemanden in Deutschland und in der Welt mittelbar oder unmittelbar zu schändlichen Verleumdungen oder gar zu irgendeiner Handlung gegen Deutschland veranlaßt. Die deutschen Juden haben, soweit sie vermochten, dagegen sofort das Äußerste getan, um jede Beleidigung des Heimatlandes, jede Beschimpfung der Regierung, jede Schädigung der deutschen Volkswirtschaft unmöglich zu machen.

Vor Gott und den Menschen stehen wir so gerechtfertigt da. Mit Würde und mit Mut werden wir die mitleidlosen Maßnahmen Deutscher gegen Deutsche auf eigener Heimerde zu ertragen wissen."

Diese Bekanntmachung der C.V.Zeitung erfolgte einen halben Monat nach dem eintätigen Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland am 1.4.1933, zu dem Adolf Hitler am 28. März mit folgenden Worten aufgerufen hatte:

"Nationalsozialisten! Parteigenossen! Parteigenossinnen! Nach vierzehnjähriger innerer Zerrissenheit hat das deutsche Volk, seine Stände, Klassen, Berufe und konfessionellen Spaltungen politisch überwindend, eine Erhebung durchge-

führt, die dem marxistisch-jüdischen Spuk blitzschnell ein Ende bereitete. ...

Nur der beispiellosen Disziplin und Ruhe, mit der sich dieser Akt des Umsturzes vollzog, haben es die Urheber und Nutznießer unseres Unglücks zuzuschreiben, wenn sie fast ausnahmslos ungeschoren blieben. Kaum ein Härchen wurde ihnen gekrümmt. Man vergleiche mit diesem Akt etwa die bolschewistische Revolution in Rußland, der über 3 Millionen Tote zum Opfer fielen.

Man vergleiche weiter die furchtbaren Kämpfe und Zerstörungen der Revolution dieser Novembermänner selbst, ihre Geislerschießungen in den Jahren 1918 und 19, das Niedermetzeln wehrloser Gegner, und man wird wieder den Unterschied zur nationalen Erhebung als einen unerhörten finden.

Die regierenden Männer haben dabei feierlich der Welt verkündet, daß sie mit dieser in Frieden leben wollen. Das deutsche Volk leistet ihnen dabei treue Gefolgschaft. ...

Nun, da die Feinde der Nation im Innern vom Volke selbst unschädlich gemacht worden sind, trifft das ein, was wir längst erwartet hatten. Die kommunistischen und marxistischen Verbrecher und ihre jüdisch-intellektuellen Anstifter, die mit ihren Kapitalien rechtzeitig ins Ausland ausrückten, entfalten nun von dort aus eine gewissenlose landesverräterische Hetzkampagne gegen das deutsche Volk überhaupt. Da ihnen das Lügen in Deutschland unmöglich wurde, beginnen sie von den Hauptstädten der ehemaligen Entente aus dieselbe Hetze gegen die junge nationale Erhebung, die sie zu Kriegsbeginn (1914, -- d. Verf.) schon gegen das damalige Deutschland getrieben haben.

Lügen und Verleumdungen von geradezu haarsträubender Perversität werden über Deutschland losgelassen. Greuelmärchen von zerstückelten Judenleichen, von ausgestochenen Augen und abgehackten Händen werden verbreitet zu dem Zweck, das deutsche Volk in der Welt zum zweiten Mal so zu verfälschen, wie ihnen dies im Jahre 1914 bereits gelungen war.

Millionen unschuldiger Menschen, Völker, mit denen das deutsche Volk nur in Frieden leben will, werden von diesen gewissenlosen Verbrechern gegen uns aufgehetzt. Die deutschen Waren, die deutsche Arbeit sollen dem internationalen Boykott verfallen. Die Not in Deutschland ist ihnen also zu klein, sie muß noch größer werden!

Sie lügen von Jüdinnen, die getötet wurden, von jüdischen Mädchen, die vor den Augen ihrer Eltern vergewaltigt worden seien, von Friedhöfen, die verwüstet sind! Alles nur eine einzige Lüge, zu dem Zweck erfunden, eine neue Weltkriegshetze zu entfachen! ...

Die nationalsozialistische Partei wird daher nunmehr den Abwehrkampf gegen dieses Generalverbrechen mit den Mitteln aufnehmen, die geeignet sind, die Schuldigen zu treffen. ...

Jahrzehntlang hat Deutschland jeden Fremden wahllos hereingelassen, 135 Menschen leben bei uns auf dem qkm. In Amerika nicht einmal 15. Trotzdem hat Amerika sehr wohl seine Einwanderung kontingentiert und bestimmte Völker von ihr überhaupt ausgeschlossen. Deutschland hat ohne Rücksicht auf seine eigene Not jahrzehntlang diese Maßnahme nicht ergriffen. Als Dank dafür hetzt jetzt, während Millionen eigene Volksgenossen von uns arbeitslos sind und verkommen, ein Klüngel jüdischer Literaten, Professoren und Geschäftsmacher die Welt gegen uns. ...

Die Boykott- und Greuelhetze darf nicht und wird nicht das deutsche Volk treffen, sondern in tausendfacher Schwere die

Juden selbst. ...²⁾

Der Völkische Beobachter am 30.3.1933:

"Der Führer verbreitete sich -- vor dem Reichskabinett -- über die Abwehrmaßnahmen gegen die jüdische Greuelpropaganda im Ausland. Die Abwehr mußte organisiert werden, weil sie sonst vom Volke heraus selbst gekommen wäre und vielleicht unerwünschte Formen angenommen hätte.

Durch die Organisierung bleibe die Abwehr in Kontrolle, und es werde verhindert, daß es zu Belästigungen persönlicher Art und zu Gewalttätigkeiten komme.

Das Judentum aber müsse erkennen, daß ein jüdischer Krieg gegen Deutschland das Judentum in Deutschland mit voller Schärfe selbst trifft."

Unabhängig von den zahlreichen Aufrufen zum **'Heiligen Krieg'** von 1933 an durch die maßgebenden Vertreter des amerikanischen Judentums wie Stephen Wise -- dieser avancierte 1936 zum ersten Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses -- und Samuel Untermyer in Verbindung mit ihren kommunistischen Artgenossen aus Moskau und Paris (hier speziell Willi Münzenberg), sei noch die Haltung des Präsidenten der jüdischen Weltliga, **Bernard Lecache**, nachgetragen.

Bereits 1932 hatte dieser Deutschland zum "Staatsfeind Nr. 1" erklärt:

"Es ist unsere Sache, ihm erbarmungslos den Krieg zu erklären."

Dies war zu einem Zeitpunkt, bevor Adolf Hitler Reichskanzler geworden war. Viele Juden, die sich nach 1919 in Deutschland angesiedelt hatten, aber auch zahlreiche, die bereits langfristig dort beheimatet waren, hatten sich von diesen im Ausland offiziell über die Bühne gehenden Tiraden beeindrucken lassen und sind 1933 überstürzt emigriert. Doch schon 1934 sind "Tausende der damals geflüchteten Juden nach Deutschland zurückgekehrt"³⁾ (S. 82) -- Zeitzeuge Dietrich Bronder bekundet 10.000⁴⁾ -- in die von Samuel Untermyer skizzierte

"wahre Hölle grausamer und wilder Bestien"⁵⁾, weil sie der Realitätsvergleich zwischen den Verhältnissen im Dritten Reich und draußen offensichtlich belehrt hatte.

Auch eine weitere Erklärung dieses Mannes ist nicht nur seiner Aussage als solcher wegen bedeutsam, sondern auch des Zeitpunktes wegen. Sie war nämlich unmittelbar **vor** der "Reichskristallnacht" seiner Zeitung **Le droit de vivre** in Satz gegeben worden, was wiederum belegt, daß die von ihm repräsentierte **Jüdische Weltliga** -- ohne "Welt"-maßstab liefen dort keine Initiativen! -- aktiv mit der Kriegführung gegen Deutschland und offensichtlich auch innerhalb des Reiches befaßt war:

"Sache der »Jüdischen Weltliga« ist es, die moralische und wirtschaftliche Blockade Hitler-Deutschlands, den Boykott gegen die Henker zu organisieren. Sache der »Jüdischen Weltliga« ist es, alle Grünspons der Welt, Juden, Neger, Mohame-

2) Max Domarus, "Hitler, Reden und Proklamationen", Bd. I, S. 248 ff.

3) Prof. Dr. Martin Broszat, Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), "Gutachten", München 1956/57, S. 82.

4) Dietrich Bronder, "Bronders Weltpanorama -- Leben unter Riesen und Zwergen 1921 - 1988", Frankfurt/M 1990, S. 80.

5) *New York Times*, 7. August 1933. -- Vgl. *HT* Nr. 29, S. 24.

daner und Christen zu verteidigen. Unsere Sache ist es, unver-
söhnlicher Feind Deutschlands und Italiens zu sein. ... Unsere
Sache ist es, Deutschland, dem Staatsfeind Nr. 1, erbarmungs-
los den Krieg zu erklären." ⁶⁾

Emil Ludwig-Cohn, als gebürtiger Breslauer Ver-
fechter des Zionismus, während der Weimarer Zeit von in-
und ausländischen Interessenten, vor allem der
Welpresse, aber selbst "deutschen Politikern", als "Ex-
ponent des deutschen Geisteslebens", Verfasser zahlrei-
cher in die deutsche Kriegsschuld und Herabwürdigung
deutscher geschichtlicher Größen ausmündenden
literarischen Werken hochgelobt, forderte nach der
Machtübernahme Hitlers in seiner neuen Schrift "Die
neue Heilige Allianz" Frankreich, England und die
Vereinigten Staaten von Amerika auf, gegen das deut-
sche Volk »vorbeugend« Krieg zu führen und es in
seinem eigenen Blute zu ersticken ... unter der Parole
"Präsidenten aller Länder, vereinigt Euch!" (dort S. 64)

Zitat Emil Ludwig-Cohn:

"Den entscheidenden Unterschied zwischen der deutschen
und der Kulturgeschichte anderer Völker fand ich im Wider-
spruch von Staat und Geist. Während die großen Epochen
englischer und französischer Kultur mit der Macht dieser
Länder zusammenfallen, ist Deutschland immer machtlos nach
außen und zerrissen im Innern gewesen, wenn seine Kultur
blühte. War es aber nach außen mächtig und einig, so sank das
Ansehen des Geistes." (dort S. 7) ⁷⁾

Kein Staatsanwalt war wegen "Volksverhetzung"
eingeschritten, zu mächtig waren seine Hintermänner
mit international abgesprochener machtexpansiver Ziel-
setzung.

Freilich ist bei allen diesen internationalen Initiati-
ven die imperiale Machtfülle der Versailler Sieger-
mächte und deren Zielsetzung im Gegensatz zu der

Ohnmachtslage Deutschlands von 1933 zu bedenken.
Diese hat sich dann zwar bis 1939 erstaunlich rasch zur
respektierten Souveränität des Deutschen Reiches
hochentwickelt, aber dennoch im territorialen Vergleich
zu den Weltmächten trotz Saargebiet, Österreich, Su-
detenland und dem ebenfalls ehemals deutschen Me-
melgebiet keine nennenswerten Aufbesserungen erfah-
ren. Man suche Deutschland auf dem Globus und ver-
folge die Grenzen und Einflußräume der Weltimperial-
mächte! Nur in diesem Vergleich der internationalen
Machtfaktoren in Verbindung mit den Zielvorstellun-
gen der Versailler Siegerstrategen sind die genannten
Initiativen, aber auch die weiteren Gebietsansprüche
Polens gegen Deutschland in ihrer verwerflichen Ag-
gressionslüsternheit sachgerecht zu bewerten. Für
Deutschland hingegen war zusätzlich die existenzver-
nichtende Weltrevolutionsbedrohung der gewaltigen
Sowjetmacht unmittelbar akut geworden. Wer also war
hier der Wolf und wer das Lamm? Ein ganzes Wolfsru-
del war auf Kriegspfad gegen eine kapitulations- und
bürgerkriegsgeschwächte Beute! Nicht umgekehrt!

Die einzige Alternative für das deutsche Volk, wollte
es diesen Verteufelungen aus Ost und West entgehen,
wäre seit 1919 gewesen, sich bedingungslos für alle
Zeiten jeglichen Aggressoren, Revolutionären, Chaoten,
Mordbrennern und Räubern zu unterwerfen und sich
und seine Kinder als Freiwild behandeln zu lassen.
Konnte und kann dies jedoch von einem kulturell hoch-
stehenden Volk in der Mitte Europas erwartet werden?
Wie also sind Wertmaßstäbe jener einzuschätzen, die
eine solche Alternative vom deutschen Volk bis hin zur
Existenzvernichtung zu erzwingen suchten? Von jedem
verantwortungsvollen Humanisten und um den Frie-
den der Welt besorgten Politiker sind sie abzulehnen!

Der Präsident des amerikanischen Judenkongresses Stephen Wise

Stephen Wise berichtet in seiner Autobiographie
über die großenteils von ihm selbst gesteuerte weltweit
ausgreifende Initiative des amerikanischen Judenkon-
gresses 1918:

"Die erste Sitzung des amerikanischen Judenkongresses trat
schließlich vom 15. - 18. Dezember 1918 in Philadelphia
zusammen. Mehr als 400 Delegierte waren anwesend, 300
waren in den nationweiten Wahlen gewählt und 100 von den
nationalen Organisationen benannt. Unter den Teilnehmern
befanden sich die hervorragendsten Leute (figures) des ameri-
kanischen jüdischen Lebens, und ich traf an diesem Tag aus
allen Teilen des Landes Personen, deren stolzestes Bekenntnis
mir gegenüber war, daß sie Delegierte zur Gründungssitzung
des Amerikanischen Judenkongresses sein konnten.

Die Versammlung nahm ein Programm zur Unterbreitung
für die Friedenskonferenz an, das die Forderung auf volle und

gleiche zivile, politische, religiöse und nationale Rechte für alle
Bürger jedweden Territoriums ohne Unterschied der Rasse oder
des Glaubens, der Autonomie in der Verwaltung ihrer kommu-
nalen Institutionen durch Mitglieder der verschiedenen nation-
alen und religiösen Körperschaften und Anerkennung des
historischen Anspruchs des jüdischen Volkes auf Palästina
einschloß.

So war das Kongreßprogramm ein entscheidender Sieg für
jene unter uns, die darauf bestanden, daß die Rechte der Juden
als ein Volk und einer Nationalität, nicht weniger als Individu-
en, gesichert werden mußte. Es war nicht weniger ein Triumph
für die zionistische Sache. Es war bedeutsam, ja prophetisch, so
möchte ich hinzufügen, daß der Kongreß eine Resolution an-
nahm, die an den Amerikanischen Judenkongreß gerichtet war,
um diesen aufzufordern, »notwendige und wirksame Schritte in
Zusammenarbeit mit den repräsentativen jüdischen Organisa-
tionen in anderen Ländern zu unternehmen, um einen Weltju-
denkongreß einzuberufen«.

6) *Le droit de vivre*, Paris 9. November 1938. Herschel Grünsplan hatte Tage
zuvor den deutschen Botschaftsrat Ernst v. Rath in Paris ermordet.

7) *Das Schwarze Korps*, 10. November 1938.

Der Kongreß wählte eine Delegation, die das amerikanische Judentum auf der Versailler Friedenskonferenz vertreten sollte. Sie bestand aus den Richtern Julian Mack (Sprecher, chairman), Louis Marshall, Oberst Harry Cutler, Jacob deHaas, Rabbi B.L. Levinthal, Joseph Barondess, Nachman Syrkin, Leopold Benedict, Bernard Richards und mir.

Ich war schon unterwegs, habe mich nach London und Paris aufgemacht, sobald der Krieg zu Ende war, um Diskussionen mit jüdischen und Regierungsführern aufzunehmen. So war ich in der Lage, Mr. Balfour ... die Resolution des Kongresses einen Tag nach ihrer Annahme zu übergeben, die Britannien aufforderte, die Treuhandschaft über Palästina zu übernehmen.

In Paris vereinigte sich die Kongreß-Delegation (joined forces with and became part of) mit dem Comité des Délégations Juives, welches, soweit es die Kriegserfordernisse erlaubten, sich aus demokratisch gewählten Vertretern der jüdischen Bevölkerungen Europas zusammensetzte.⁷⁾

Über politische Einzelheiten, in welcher Weise das Comité Délégation Juives Einfluß auf die Entscheidungen der Versailler Friedenskonferenz genommen, ihn anschließend ausgedehnt hat auf Völkerbund, Bolschewismus und einzelne Regierungen, aber auch auf Führungspositionen innerhalb Deutschlands über Presse, Banken, Verwaltungen und Parteien bis hin zum Verfassungsgestalter Hugo Preuß, schwieg sich Stephen Wise in seiner Autobiographie aus. Überhaupt eilte er quer durch Themen und Zeiten, ohne etwas ausführlich zu bearbeiten. So bleibt nicht nur sein Buch unbefriedigend, sondern sogar ein erschütterndes Zeugnis dafür, wie sich dieser langjährige Präsident des Amerikanischen Jüdischen Kongresses und persönliche Vertraute

des amerikanischen Präsidenten F.D. Roosevelt unter Bezugnahme auf einseitige Informationen schon seit 1933 als "heiliger Krieger" gegen Deutschland betätigte und die Völker der Welt zum Kampf gegen Deutschland aufrief, anstatt sich um seine amerikanischen Belange zu kümmern.

Als um die Jahreswende 1933/1934 eine Gruppe deutscher Juden ihm den Rat übermittelte, "er sollte sich nicht mit den jüdischen Belangen in Deutschland befassen, sondern wenn er schon darauf bestehe, sich mit jüdischen Verhältnissen in Europa auseinanderzusetzen, so sollte er sich um die jüdischen Probleme in Polen und Rumänien kümmern", steckte er nicht zurück.

Dafür "zitierte" er "einen engsten Freund" Hitlers, ohne diesen allerdings zu benennen, um angebliche Worte des Reichskanzlers wiederzugeben:

"Ich will die Juden Deutschlands vernichten, und nachdem ich sie vernichtet haben werde, will ich die Juden der ganzen Welt vernichten."⁷⁾ (S. 235)

Für ihn begann der Terror in Deutschland sofort mit dem 30. Januar 1933. Seine "Beweisquellen" waren das "Berliner Tage-

buch" von William Shirer sowie sich "ständig steigende Greuelberichte aus Berlin" -- u.a. über "in die Haut von Juden eingeritzte Hakenkreuze", eine angeblich öffentliche Aufforderung Görings "Hängt sie jetzt", "tut es jetzt"⁷⁾ (S. 241) --, wobei ihn bekümmerte, daß selbst deutsche Juden mit Vermögen und gutem Ruf Roosevelt berichteten, "daß die Verhältnisse nicht so schlimm seien, wie Wise und andere berichten".⁷⁾ (S. 238)

Beachtlich jedoch, was ihm der oberste US-Richter und maßgebende jüdische Führer Louis Brandeis -- "the wisest head in Jewry"⁷⁾ (S. 245) -- mitteilte:

"Die Juden müssen Deutschland verlassen. Es gibt keinen anderen Weg. Ich möchte die Juden aus Deutschland hinaus haben (I would have the Jews out of Germany). Sie wurden mit tiefster Mißachtung behandelt. Ich dränge darauf, daß Deutschland von Juden frei werde. Mag Deutschland das Schicksal Spaniens teilen (welches vor 400 Jahren die Juden vertrieben hat). Kein Jude muß in Deutschland leben."⁷⁾ (S. 237)

Stephen Wise zitiert ein längeres Kabeltelegramm von Herausgebern einer jüdischen Zeitung aus Hamburg, das er am 31. März 1933 erhalten hat.

"... Deutsche Juden klagen Sie und ihre Mitstreiter an, Handlanger von fremden politischen Einflüssen zu sein. Ihre gefühllose Überschätzung eigener internationaler Bedeutung und ihr mangelndes Urteilsvermögen schädigen hauptsächlich jene, die Sie vorgeben schützen zu wollen. ... Am besten, Sie löschen ihr eigenes Rampenlicht und schließen Ihre nutzlosen Versammlungen, denn sie sind die sichersten Mittel gegen Antisemitismus. Deutsche Juden, die sich mit unseren großen nationalen Ideen verbunden fühlen und sich taktvoll verhalten, werden von den arischen Nachbarn und den gegenwärtigen



Die US-Zeitschrift Life brachte unmittelbar, nachdem Präsident F.D. Roosevelt in einer Radioansprache an die Nation am 27. 10. 1941 davon berichtete, eine deutsche Geheimkarte Südamerikas zu besitzen, aus der hervorgehe, daß Hitler auf dem Sprung sei, die Vereinigten Staaten zu erobern, eine solche "in volkspädagogisch gewünschter Form". Freilich war die Karte und auch jene von Life gefälscht. Ein solches deutsches Ziel hat es nie gegeben. Es lenkte die Millionen Massen jedoch von den aggressiven Zielen und dem Kriegswillen in Washington in geeigneter "desinformativer" Weise ab. "Volkverhetzung"? Kein US-Staatsanwalt, kein US-Richter war eingeschritten!

⁷⁾ Stephen Wise, "Challenging Years -- The Autobiography of Stephen Wise", New York 1949, S. 206 - 207.

Regierungsbeamten mit zuvorkommender Höflichkeit behandelt (are treated with pronounced consideration). Bitte klären Sie jedermann über das zuvor Gesagte auf. Dies ist Ihre wichtigste Pflicht, um Ihre Verbrechen uns gegenüber wieder gutzumachen." 7) (S. 249)

Doch bereits die eintägige deutsche Abwehrboykottmaßnahme am 1. April 1933 gegen die jüdische Kriegserklärung vom 24.3.1933, den Wirtschaftsboykott gegen Deutschland und die Madison Square Versammlung in New York vom 27.3.1933 funktionierte Stephen Wise in ein "Pogrom" um, das als eine "Teutonic St. Bartholomäusnacht" geplant gewesen sei⁷⁾ (S. 250), verblieb somit auf "heiligem Kriegspfad" auch mit dem wiederholten Hinweis, daß "Deutschland eine Bedrohung des Weltfriedens" sei.⁷⁾ (S. 257) Dies wie gesagt, bereits 1933, als das Weltjudentum dem aus Wirtschafts- und Bürgerkriegschaos soeben entronnenen Deutschland schon den Krieg erklärt hat! Wise lehnte strikt eine "Koexistenz mit dem Nazismus" ab.⁷⁾ (S. 260)

"Von den Händen des Nazismus zu sterben, ist grausam. Zu überleben auf Grund seiner Großmut wäre zehntausendmal schlimmer." 7) (S. 260)

Ist das die Sprache eines Politikers, der den Frieden liebt, oder eines Mannes, der unbedingt Streit sucht in Angelegenheiten eines fremden Kontinents, die ihn gar

nichts angingen? Über die 3.000 Todesopfer der deutschen Revolution 1918/1919, beginnend mit den Aufständen der Matrosen in Kiel, der Spartakisten im Ruhrgebiet, Bayern und Thüringen, den 800.000 deutschen Hungertoten angesichts fortgesetzter Blockade der Alliierten nach Friedensschluß, der Vertreibung und Existenzvernichtung der Volksdeutschen in Polen und der Tschechoslowakei nach 1919, -- über all das hat er nicht ein einziges Wort verloren. Sein Dogma blieb Einflußnahme auf die inneren Angelegenheiten Deutschlands.

Als er anlässlich des Begräbnisses von Botschaftsrat Ernst v. Rath in Düsseldorf im November 1938 die Fantasiegeschichte von sich gab:

"An dem Tage des Begräbnisses in Düsseldorf ergriffen die Nazis den Rabbi der Stadt, brachen seinen Körper in Stücke und trugen dann seinen toten, zerfetzten Körper zu seiner Frau, und seine Frau verlor ihren Verstand." 7) (S. 263)

hatte er schon jahrelang für die bereits in die Millionen gehenden politischen Mordopfer der Bolschewisten keinerlei Bemerkungen übrig.

Adolf Hitler hatte sich in seine Angelegenheiten nicht eingemischt, hatte nie mit Lügen oder Greuelgeschichten gegen ihn gehetzt!

Polen wünschte seine Juden loszuwerden

Die in Breslau erscheinende **Jüdische Zeitung** (**Jüdische Volkszeitung**) schrieb am 16. April 1937, S. 1:

"Der Vernichtungs-Feldzug gegen die Juden in Polen"

Die britische Sektion des Jüdischen Weltkongresses veranstaltete in London eine Konferenz, um zu dem Vernichtungsfeldzug Stellung zu nehmen, der in Polen gegen die jüdische Bevölkerung geführt wird. Der ehemalige Ministerpräsident David Lloyd George hatte an die Konferenz eine Zustimmungskundgebung gerichtet, in der er auf die schwere Not der 3¼ Millionen starken jüdischen Bevölkerung hinweist. Das Hauptreferat hielt Prof. Dr. Selig Brodetsky. Er betonte einleitend, daß es nicht der Zweck dieser Konferenz sei, einen Angriff gegen das Volk oder die Regierung Polens zu richten. Vielmehr ergehe ein Aufruf an das polnische Volk und die polnische Regierung, der 9 Jahrhunderte währenden Bindungen zwischen dem jüdischen und dem polnischen Volk eingedenk zu sein. Diese Verbindung sei oftmals mit dem von Juden und Polen für das gemeinsame Vaterland vergossenen Blut besiegelt worden. Man möge es nicht zulassen, daß diese Bande jetzt durch eine Politik zerrissen werden, die scheinbar absichtlich die soziale, wirtschaftliche und politische Zurücksetzung herbeizuführen sucht. Die Armut der Juden in Polen, fuhr Prof. Brodetsky fort, könne sich jemand, der sie nicht kenne, überhaupt nicht vorstellen. Selbst diejenigen, die das Land besuchen, werden in der Regel von den krassesten Bildern jüdischer Armut und jüdischen Elends ferngehalten. 3¼ Millionen Juden, über 9% der polnischen Bevölkerung, leben unter Verhältnissen, mit denen verglichen die Armut in Ländern des Westens als Reichtum er-

scheint. Und sogar die erbärmliche Existenz, die Juden in Polen auf diese oder jene Weise führen können, wird systematisch untergraben. Ein Beruf nach dem anderen, ein Erwerbszweig nach dem anderen wird ihnen unzugänglich gemacht. Diese Politik, eine bereits bis zur Unmöglichkeit niedrige Lebenshaltung weiter herabzudrücken, muß aufhören. Es kann gewiß nicht erwartet werden, daß man gerade die jüdischen Bürger Polens als die letzten betrachtet, wenn es sich um irgendwelche Vorteile oder Lebensmöglichkeiten in dem Lande handelt. Trotzdem werden sie nicht nur wirtschaftlich zurückgedrängt, der jüdische Teil der Bevölkerung ist auch -- ich weiß nicht, ob dies auf Absicht zurückzuführen ist -- schwerer besteuert, als jeder andere Bevölkerungsteil. Der Redner befaßte sich sodann mit den physischen Angriffen auf die Juden. Es sei niederdrückend, Tag für Tag von Pogromen lesen zu müssen. Bei aller Bereitschaft, den Erklärungen der Regierung, daß sie entschlossen sei, alle Bürger ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit und des Bekenntnisses zu schützen, vollen Glauben zu schenken, müsse man feststellen, daß die Angriffe mit beruhigender Regelmäßigkeit fort dauern. Die Haltung der jüdischen Studenten in Polen werde als eines der schönsten Beispiele jüdischer Würde unserer Generation in die Geschichte eingehen.

Zu den Versuchen, die zionistische Bewegung mit einer sogenannten »Evakuierungspolitik« zu verknüpfen, führte Prof. Brodetsky aus:

'Der Zionismus ist in die Welt des 20. Jahrhunderts nicht zu dem Zweck eingeführt worden, Staaten zu helfen, ihre Juden los zu werden. Zionismus bedeutet die 2.000jährige Hoffnung des jüdischen Volkes, sich wieder als Nation zu konstituieren und unabhängig

und frei von Angriffen zu leben. Es ist ein wesentlicher Grundsatz des Zionismus, daß die Juden sich allen übrigen menschlichen Wesen gleichgestellt erachten; sie fordern nationale Rechte für das jüdische Volk und mit gleichem Nachdruck individuelle Rechte für die Juden in der ganzen Welt. Was hier auf dem Spiel steht, ist nicht nur das Glück von 3 Millionen Juden in Polen, sondern auch das fundamentale Prinzip der Menschenrechte, auf das die Gesellschaft aufgebaut wurde und ohne das sie untergehen muß.'

Unsere Pflicht ist es, sagte Prof. Brodetsky zum Schluß, an die Pforten des Menschheitsgewissens zu pochen und an Volk und Regierung Polens den Appell zu richten, die Verhältnisse wiederherzustellen, wie sie bei der Schaffung des polnischen Staates durch den Friedensvertrag bestanden; den Juden sollen nicht besondere Möglichkeiten oder Vorrechte gewährt werden, wohl aber die gleiche Möglichkeit, an dem Reichtum oder der Armut teil zu haben wie alle übrigen Bürger Polens. Wir fordern Gleichstellung; das ist ein Grundsatz, von dem wir nicht abgehen können. Unsere Brüder in Polen haben das Gefühl der Verlassenheit, sie haben das Gefühl, daß die Juden Englands und der großen jüdischen Gemeinschaften in der Welt sie vergessen haben. Eine starke Aktion muß eingeleitet werden, um eine Katastrophe größten Ausmaßes von unseren jüdischen Brüdern in Polen abzuwenden. Ich hoffe, daß die britische Judenheit und mit ihr die Juden anderer Länder großzügig handeln werden.

Das Schreiben Lloyd Georges, in dem er nachdrücklich auf die von Polen bei der Friedenskonferenz übernommenen Pflichten hinweist, hat folgenden Wortlaut:

'Die polnische Republik verdankt ihre Existenz und Unabhängigkeit dem Sieg der alliierten und assoziierten Mächte im Weltkrieg. Da die Mächte diesen furchtbaren Konflikt durchgehalten haben, um internationales Recht und Gerechtigkeit zu sichern, waren sie darauf bedacht, daß die Schaffung neuer Staaten nicht zu neuer rassistischer oder religiöser Unterdrückung führe; ihre Staatsmänner haben darauf bestanden, daß in die Friedensverträge, durch die die Unabhängigkeit Polens geschaffen wurde, Bestimmungen zum Schutz der Rechte der Minderheiten eingefügt wurden. Es kann uns daher nicht gleichgültig sein, wenn die jüdische Minderheit jenes Landes dadurch eine Herabdrückung ihres Status erleidet, daß die Regierung es verabsäumt, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, oder wenn sie einer Reihe barbarischer Angriffe ausgesetzt ist, die zu der Tötung unschuldiger Bürger in großer Zahl führen. Mit der großen Mehrheit meiner Landsleute, für die Judenhaß abstoßend ist, hege ich die Hoffnung, daß die polnischen Behörden unverzüglich Maßnahmen treffen werden, um ihren jüdischen Bürgern vollen Schutz und die ihnen durch die Friedensverträge garantierte Gleichberechtigung wiederzugeben.'

Der Bischof von Durham, Dr. Hensley Henson, erklärt, er reihe sich in die Front derjenigen ein, die für die Gerechtigkeit eintreten. Er könne seinen Abscheu vor der Verfolgung der Juden in Polen nicht scharf genug zum Ausdruck bringen. Das Gewissen der Kulturmenschheit müsse durch die Lage der Juden in Polen wachgerufen werden. Es sei zu hoffen, daß die

Zeit nicht fern ist, in der diese Tyrannei überwunden sein wird."

Stephen Wise, Präsident des Amerikanischen Judenkongresses, schilderte die Lage der Juden in Polen anlässlich einer Reise von Wien nach Polen im August 1936 wie folgt:

"Nur wenige Monate zuvor fühlten ungefähr 600 jüdische Familien, die größtenteils in kleineren Städten Polens in halb passabler Armut lebten, daß gegen sie infolge einer allgemeinen Unsicherheit den Juden gegenüber (general Jewish disorders) ein Angriff gegen sie unternommen werden sollte. Ein Angehöriger dieser Gruppe sagte mit innerer erregter Stimme in jüdisch,

'sie dachten, sie könnten irgendetwas gegen uns Juden unternehmen und daß wir wie die Lämmer den Schlachtern widerstandslos ausgeliefert wären, doch einer von ihnen, der unsere Frauen und Kinder ermorden wollte, fiel.'

Sie schilderten die unglaubliche Ungerechtigkeit eines quasi-juristischen Tribunals, das die Pogromverbrecher freisprach, dafür aber die Verteidiger ihrer jüdischen Gemeinschaft ins Gefängnis warf. Einer nach dem anderen sprach mit leidenschaftlicher Intensität. Ihr Hauptanliegen war, irgendeine Mäßigung der einigen ihrer Landsleute auferlegten ungerechten Sprüche zu erreichen." ⁷⁾ (S. 270)

Die Polen würden in allen Städten und Dörfern Pogrome anzetteln, um ihre Juden loszuwerden. ⁷⁾ (S. 271) Man wüßte nicht, wie sie den Winter überleben sollten.

"Als ich in Warschau war, stellte ich den Beginn einer -- natürlich -- im Untergrund tätigen Bewegung zur Selbstverteidigung fest. ... Sie sollte gewaltige und ruhmreiche Konsequenzen für die jüdische Partisanenbewegung Polens haben." ⁷⁾ (S. 272)

"Ich habe noch von dem tiefsten Eindruck zu berichten, der sich mir von den Juden in Polen einprägte. Zum erstenmal sah ich persönlich einiges von der sagenhaften Armseligkeit und dem wirklichen Elend der Juden in ihrer Masse (Jews en masse). Ich hatte viele schmerzliche Einblicke in das New Yorker Ghetto, die 40 bis 50 Jahre zurückliegen, als der Lebensstandard der düftigste war. Ich habe einiges gesehen von den dicht gedrängten, von Armut gekennzeichneten großen Ghettos anderer Länder. Aber nichts, was ich früher einmal gesehen oder von dem ich gehört habe, konnte sich mit dem Leben von Warschau und seiner ärmsten Bewohner vergleichen.

Ich drang in ihre Lebensverhältnisse tiefer ein, und mir wurden tiefliegende Kellerbehausungen gezeigt, die dunkelsten nur denkbaren Untergrundhöhlen. Viele von ihnen wurden von großen Familien beherbergt, und in einigen Fällen sogar von 2 Familien, die sich mit dem Quartier tage- und nachtsweise ablösten. Indem ich meine Fragen so wenig beleidigend wie möglich stellte, bekam ich heraus, daß viele dieser Familien mit 15 bis 20 Zloty die Woche auskommen mußten, was 3 oder 4 Dollar entsprach.

Ich sollte vielleicht beschämt darüber sein, davon zu berichten, daß ich mich an das Oberhaupt einer verkommenen, verhungert aussehenden Familie wandte und fragte, 'wie kann man mit so wenig auskommen?' Schnell wie ein Blitz und zuversichtlich kam die Antwort in Yiddisch: 'Gott wird noch helfen'. ... " ⁷⁾ (S. 272)

8) Jüdische Zeitung, Breslau, 16. April 1937.

Am 15. Januar 1937, unmittelbar vor seiner Wiedereinsetzung, schrieb **Stephen Wise** dem US-Präsidenten F.D. Roosevelt ausführlich über die außergewöhnliche und für die jüdische Bevölkerung katastrophale

Erklärung des polnischen Außenministers Oberst Beck, derzufolge 3 von den 3½ Millionen in Polen lebenden Juden überflüssig seien und auswandern müßten.⁷⁾ (S. 221)

Ergänzende Fotodokumentation

Roman Vishniac, jüdisch-russischer Familie entstammend und nach schließlicher Flucht vor dem Bolschewismus in Osteuropa herumreisend und nach 1933 jahrelang in Deutschland angesiedelt -- wir kommen nachfolgend noch auf ihn zurück --, war 1935 vom "Hilfsverein der deutschen Juden" gebeten worden, seine Fachkenntnisse als Fotograf dazu zu verwenden, um das traditionelle jüdische Leben in Osteuropa zu dokumentieren. Seine Spezialität war, unerkannt "aus dem Knopfloch" mit Hilfe seiner deutschen Leica fotografieren und Filme auch unter schwierigen Verhältnissen entwickeln zu können. Seine nun auch in deutscher Sprache herausgekommenen Sammlungen -- zweifellos nur Bruchstücke seiner tausenden von Aufnahmen -- bestätigen die zuvor zitierten Eindrücke des Präsidenten des amerikanischen Judentums Stephen Wise in geradezu erschütternder Weise. Die für diese Dokumentation hier herangezogenen Fotos mit ihren Texten sind beispielhaft für die gesamte Fotosammlung Vishniacs; er hat der Öffentlichkeit keine besseren Verhältnisse des osteuropäischen Judentums aus den dreißiger Jahren vorgestellt.



"Warschau 1937: Eingang zu einer Kellerwohnung. Sie war Obdach für 26 jüdische Familien" ⁹⁾ (S. 80)



☞ "Warschau 1937: Kellerwohnung eines Lastenträgers und seiner Familie" ¹⁰⁾ (S. 81)

⇓ "Kellerwohnung und Werkstatt. Warschau 1939.

In diesem Kellerabteil hämmerte ein Arbeiter auf einem Stück Metall herum, während sein kleiner Sohn zusah. Im Gespräch mit dem Mann fand ich heraus, warum er so verhärtet aussah. Die Frau seines im vergangenen Jahr verstorbenen Bruders hatte sich mit ihren Kindern bei ihm einquartiert.



"Vor dreißig Jahren hat dieser Mann bei einem russischen Pogrom beide Beine verloren. Warschau 1937.

Seine Frau starb während des Pogroms an einem



Ein anderer Verwandter hauste schon seit 6 Jahren bei ihm. In dem rechten Bett schliefen 5, in dem linken 6 Personen. Hinter mir befand sich der Kochherd. Vor einer Woche hatte der Mann noch in einer Fabrik gearbeitet. Damit war es vorbei, als 3 Schnüffler der antisemitischen Nationaldemokratischen Partei dahinterkamen, daß er Jude war. Sein Chef mußte ihn entlassen, schanzte ihm

Herzanfall. Sein kleiner Sohn überlebte und war jetzt als Lastenträger tätig. Bevor er sich morgens nach Arbeit umsah, brachte er seinen Vater auf die Straße hinaus und versorgte ihn mit Brot und Wasser für den ganzen Tag. Abends brachte er ihn wieder nach Hause." ¹⁰⁾ (Bild 34)

aber ein paar Aufträge zu (Heimarbeit natürlich), und zwar gegen schlechtere Bezahlung. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hatten Wind davon bekommen und drohten ihn umzubringen, wenn er unter Tarif arbeitete. Was sollte er tun? Was hätte ich in dieser Notlage getan?" ¹⁰⁾ (Bild 41)

9) Roman Vishniac, "Wo Menschen und Bücher lebten -- Bilder aus der ostjüdischen Vergangenheit", München, Kindler Verlag 1996.

10) Roman Vishniac, "Verschwundene Welt", München 1996, Kindler Verlag.

"Die 'Reichen' sollen die polnischen Juden aufnehmen Scharfe Sprache im polnischen Sejm gegen ausländische Intervention in der polnischen Judenfrage"

"Berlin, 25. Januar 1938

Im Haushaltsausschuß des Sejm, in dem am Montag der Haushalt des Innenministeriums in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und Innenministers General Skladkowski besprochen wurde, wies der Referent Wojciechowski nachdrücklich auf die Bedeutung der jüdischen Frage hin.

Die polnische Bevölkerung habe selbst zu wenig Raum im Lande, so daß Polen nicht in der Lage sei, seiner jungen Generation Arbeit und Brot zu geben. Das Bewußtsein, daß sich gleichzeitig unter den Polen ein völkisch und rassisch fremdes Element, das dazu noch »explosiv« sei, breitmache, habe in der jungen Generation einen Sturm gegen die Juden ausgelöst, die sich am stärksten in den Städten Polens festgesetzt haben. Diese Jugend werfe den staatlichen Behörden vor, Brot für diese fremdrassigen Menschen und keines für die Kinder des polnischen Volkes zu haben. Diese Tatsache sei der Grund für die jüdengeegnerische Stimmung der polnischen Jugend. Die jüdische Auswanderung sei die wichtigste Frage in Polen. Alle Vertreter im Sejm hätten die Pflicht, einen Plan aufzustellen, der Polen von dem jüdischen Element entlaste. Den in den



"Er hat seine Stellung verloren, weil er Jude ist. Das Boykott-Komitee hat auf seiner Entlassung bestanden. Warschau 1937.

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre kam es in Polen zum Wirtschaftsboykott gegen den jüdischen Bevölkerungsteil, der sich auf 3½ Millionen belief. Begünstigt von Regierung und Kirche nahmen Unterdrückung und Verfolgung immer schlimmere Formen an. Die Auswirkungen auf die Existenzbedingungen, die Psyche und den körperlichen Zustand eines großen Teiles der jüdischen Bevölkerung waren verheerend.

Nachdem ich dieses offensichtlich deprimierte Ehepaar fotografiert hatte, ging ich den beiden nach, stellte mich auf Jiddisch vor und fragte, warum sie so bedrückt seien. Der Mann erzählte mir, er habe gerade seine Stelle als Geschäftsführer verloren. Der Betriebsinhaber sei 20 Jahre lang sehr zufrieden mit ihm gewesen. Diesen Morgen jedoch seien 3 Männer ins Kontor gekommen, um festzustellen, ob in dem Betrieb Juden beschäftigt würden. Daraufhin sei er sofort entlassen worden -- ohne jede Entschädigung, ohne jede Hoffnung auf einen anderen Arbeitsplatz. Von einer Minute zur anderen waren für ihn die guten Zeiten vorbei." 10) (Bild 20)

Nachkriegsjahren aus Sowjetrußland nach Polen gekommenen Juden gegenüber habe der Staat keinerlei Verpflichtungen. Die polnische Staatsangehörigkeit, die sie erhalten hätten, müsse als befristet betrachtet werden. Die moralische Verpflichtung Polens gegenüber diesen eingewanderten Juden sei nicht größer als jene Englands und Frankreichs.

Heute, wo Polen im eigenen Lande nicht Platz genug habe, müsse es seine Gastfreundschaft diesen Juden gegenüber kündigen. Von dieser Stelle aus müsse man energisch gegen das Auftreten gewisser Kreise in Amerika und England protestieren, die sich angeblich im Namen der Humanität als Verteidiger der Juden in Polen aufspielen. Polen fordere die »reichen« Nationen, insbesondere Großbritannien, auf, die Juden aus Polen bei sich selbst aufzunehmen, ihnen die Einwanderung nach Palästina und in andere noch wenig bevölkerte Überseegebiete zu öffnen. Von den Juden im Ausland und von ihren angelsächsischen Freunden erwarte man, daß sich ihre »Humanität« auf diese Weise bestätige. Die Juden in Polen selbst würden gut daran tun, die polnischen Auswanderungspläne ehrlich zu unterstützen.

Was das Verhältnis des Staates zu den anderen Minderheiten betrifft, sei die Anerkennung ihrer sozialen und kulturellen Bestrebungen von Seiten des polnischen Volkes und Staates vor allem von der positiven Einstellung dieser Minderheiten dem polnischen Staat gegenüber abhängig..¹¹⁾



"Antisemitische Demonstration von Mitgliedern der Nationaldemokratischen Partei Polens (Narodowa Democracia, allgemein bekannt als »Edecia«). Einige Teilnehmer haben die Hand zum Nazigruß erhoben. Warschau 1938." 10) (Bild 176)

11) *Völkischer Beobachter*, 26. Januar 1938.

Judea did not declare war on Poland,

obgleich von der polnischen Politik 3¼ Millionen Glaubens- oder Rassebrüder betroffen waren -- 2½ Millionen mehr als in Deutschland --, die zudem in weit, weit ärmeren, ja erbärmlichen Verhältnissen unter polnischer Herrschaft lebten, als jemals in Deutschland.

Die in Breslau herausgegebene *Jüdische Zeitung* hat sich in ihren gesamten Ausgaben von 1933 bis zu ihrem Erscheinungsverbot am 1.5.1937 als Vertreterin des Zionismus ausgegeben. Sie wandte sich Ende März 1933 zwar deutlich gegen ausländische Greuelmeldungen, beschränkte ihre Quellen jedoch auf 2 amerikanische Zeitungen und erklärte die Hetze nach Einwirkung des deutschen Judentums bereits im April 1933 für beendet. Wiederholt beklagte sie sich über die Stimmung in Deutschland, den deutschen Juden eine Mitschuld an dem international sichtbar gewordenen deutsch-jüdischen Gegensatz anzulasten, doch fehlen konsequent die Berichterstattungen über die sich jahrelang hinziehende und sich ständig verstärkende international organisierte Boykott- und "Heilige Krieg"-Agitation der Männer wie Stephen Wise und Samuel Untermyer in den USA, über die analogen Kampfmaßnahmen der LICA in Paris, der "Weltliga zur Abwehr des Antisemitismus" ("Ligue internationale contre l'antisemitisme"), und der Zusammenarbeit mit ihren bolschewistischen Helfern zum Umsturz der gesamten europäischen Staatenwelt.

Dieses konsequente Ausweichen vor den eigentlichen politischen Problemen und Gefahren konnte in der

deutschen Führung gewiß kein Vertrauen dahingehend begründen, daß ihre Leserschaft jene Aktivitäten jenseits der deutschen Grenzen verurteile oder sich aufgerufen fühlen müsse, sich davon zu distanzieren und daß die Wortführer dieses deutschen Zionismus alles nur Mögliche in der Einwirkung auf ihre im Ausland lebenden Glaubens- oder Rassebrüder getan hätten, um Eskalationen zwischen den betroffenen Volksgruppen und auch Völkern zu verhindern. So wurden die Leser der *Jüdischen Zeitung* in spürbar unerschrockener Haltung hauptsächlich über die Maßnahmen des ns-Staates zur Zurückdrängung des jüdischen Einflusses auf Politik, Verwaltung, Kultur, Presse und Wirtschaft und über zahlreiche in diesem Zusammenhang geschehene Auswüchse unterrichtet und die Auswanderung nach Israel empfohlen. Internationale Berichterstattung beschränkte sich, abgesehen vom Themenbereich Palästina, zumeist auf Personalien unter Vermeidung wesentlicher politischer Aspekte. Beachtlich ist jedoch in der Ausgabe vom 7.2.1936 in der Berichterstattung über den 25. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) in Berlin die Aussage von Dr. Siegfried Moses, dem Vorsitzenden des ZVfD, vor 300 Delegierten, daß die deutschen Zionisten seit 1933 eine jüdische Schule, die Hebräische Sprache und kulturelle Eigenständigkeit, aber auch die Alleinvertretung aller deutschen Juden gefordert hätten, Ziele, die in den Nürnberger Gesetzen von 1935 ihren Niederschlag gefunden haben.

Juden und "Mischlinge" in der Reichskulturkammer

Nachfolgende Expertise stützt sich auf eine brd-offizielle Ausarbeitung: ein Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte.³⁾

Die per Reichsgesetz¹²⁾ gegründete Reichskulturkammer verpflichtete alle Personen, die "bei der Erzeugung, der Wiedergabe, der geistigen und technischen Verarbeitung, der Verbreitung, der Erhaltung, dem Absatz oder der Vermittlung des Absatzes von Kulturgut" mitwirken, zur Mitgliedschaft bei der Reichskulturkammer bzw. einer der ihr zugeordneten Fachkammern. Dies wurde im § 4 + 29 der ersten Verordnung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda und des Reichswirtschaftsministers zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes am 1. November 1933¹³⁾ näher ausgeführt. Dies betraf, abgesehen von wenigen "Gelegenheitsarbeitern", jeden, der sich in Deutschland beruflich kulturell -- also als Schriftsteller, Journalist, Künstler, Radiosprecher, später auch

als Mitgestalter im Fernsehen -- zu betätigen gedachte. Auch für Ausländer war eine solche Mitgliedschaft obligatorisch.

Ein Arierparagraph war weder im ursprünglichen Gesetz noch in der genannten ersten Durchführungsverordnung vorgesehen, wenngleich der Staat sich im § 10 der genannten Durchführungsverordnung das Recht vorbehielt, Mitgliedschaften zu verweigern. Wörtlich hieß es hierzu:

"Die Aufnahme in eine Einzelkammer kann abgelehnt oder ein Mitglied ausgeschlossen werden, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, daß die in Frage kommende Person die für die Ausübung ihrer Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung nicht besitzt."

Analoge Bestimmungen sind allerorten, in Dienst-anweisungen für die Personalbüros und Wirtschaftsunternehmen, wie auch in Parteien und Vereinen üblich. Eine solche auf die Reichskulturkammer bezogene Definition betraf freilich unter Berücksichtigung der von "Judea declares war on Germany"-Situation seit dem

12) RGBl. 1933, I. S. 661.

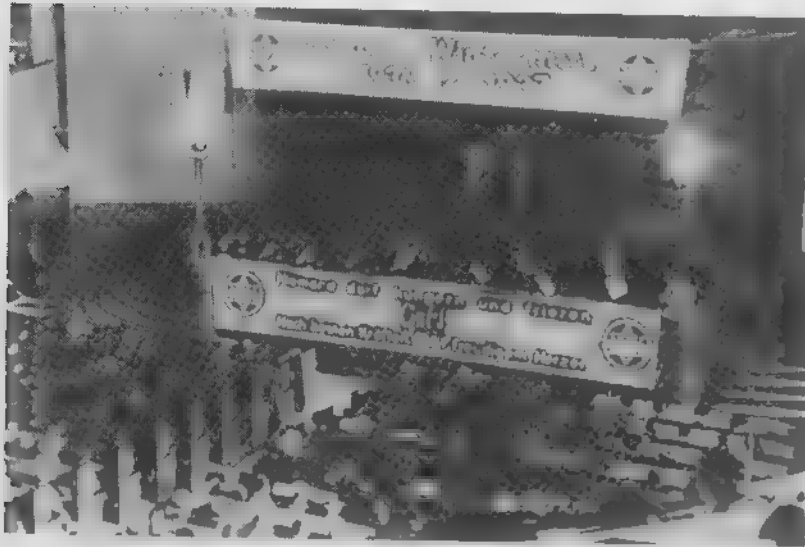
13) RGBl. 1933, I. S. 797.

24.3.1933 und der in diesem Sinne seitens dieser Gruppen vom Ausland aus fortgesetzten Politik vornehmlich die Nichtarier, von denen man wußte, daß sie dem deutschen Volk gegenüber entweder keine oder nur eine untergeordnete, jedenfalls keine ausschließliche Loyalitätsverpflichtung anerkannten.

Während in Israel ein Deutschstämmiger niemals eine Chance hatte, überhaupt die israelische Staatsbürgerschaft zu erwerben oder gar im kulturellen Leben

immer schwerer werdenden Bedrückung geringe Zahl.

Die illegale Auswanderung war verhältnismäßig selten. Zwar konnte das Überschreiten der Grenze natürlich nicht verhindert werden, und theoretisch standen dem illegalen Emigranten alle an Deutschland angrenzenden Staaten offen. In der Praxis aber gab es für den Emigranten ohne Visum und ohne Einwanderungserlaubnis keine Lebensmöglichkeit. Er durfte weder arbeiten, noch konnte er ungestört in einem Land bleiben. Da er ohne gültige Papiere war, wurde er nach bestimmten



Eröffnung der Jüdischen Winterhilfe 1936/1937 in Berlin. Seit 1935 stand die Jüdische Winterhilfe unter der Leitung der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. In ihrem Rahmen wurden kulturelle Veranstaltungen organisiert und für Hilfsbedürftige Nahrungsmittel, Geldzuwendungen und Kleidung ausgegeben.

Bis 1935 hatte das "Winterhilfswerk des deutschen Volkes" auch bedürftige Juden mitbetreut. Die Nürnberger Gesetze schlossen Juden als Spender und Empfänger der Deutschen Winterhilfe aus. So wurde angeregt, ein selbstständiges jüdisches Hilfswerk ins Leben zu rufen, das entsprechend aufgebaut war wie das deutsche und ebenso auf steuerähnliche Abgaben, eine monatliche Eintopfspende, Haussammlungen usw. (mit Ausnahme von Straßensammlungen) zurückgriff.

"Die erste Sammelaktion der Jüdischen Winterhilfe erbrachte 3,64 Millionen RM. Davon entfielen 63,3% auf den Abzug vom Arbeitslohn und anderen Einkommensarten, 22,9% auf einmalige Spenden, den Rest erbrachten die Eintopfspende und andere Sammlungen."

Im Winter 1936/37 erzielte die Jüdische Winterhilfe 3,63 Millionen RM, 1937/38 = 3,31 Mill. RM.¹⁴⁾

dort beruflich mitzuwirken, und jeder dies für selbstverständlich normal hält, gab es in den ersten Jahren des Nationalsozialismus eine solche Ausschließlichkeit für Deutsche, beruflich im Kulturleben Deutschlands tätig sein zu können, nicht.

So führt das Institut für Zeitgeschichte ein Schreiben von Dr. Goebbels an die Landesregierungen mit dem Inhalt an:

"In zunehmendem Maße wird beobachtet, daß Nichtarier, die bereits verschwunden und größtenteils offenbar ins Ausland geflüchtet waren, in Theatern, Varietés, Kabarets usw. wieder auftreten. Ich weise darauf hin, daß das Auftreten auf solchen Bühnen von der Zugehörigkeit zu einem der Fachverbände der Reichstheaterkammer abhängig ist (§ 4 der 1. Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz RGBl. 1933, S. 797) und daß Nichtariern die Aufnahme in diese Verbände gemäß § 10 der bezeichneten Verordnung regelmäßig verweigert wird."

Prof. Buchheim folgert aus dieser Formulierung zu Recht, daß es noch im März 1934 -- der **Völkische Beobachter** hatte dieses Schreiben am 7.3.1934 veröffentlicht -- den Fachkammern freigestellt war, selbst darüber entscheiden zu können, wer als Mitglied akzeptiert wurde und wer nicht. Es war das Jahr, als

"tausende der damals geflüchteten Juden nach Deutschland zurückkehrten, da sie aus den genannten Gründen nirgends eine Existenzbasis finden konnten." 3) (S. 82)

"Im ganzen verließen bis zum 9. November 1938 ("Kristallnacht") etwa 170.000 Juden Deutschland, eine angesichts der

Fristen rücksichtslos ausgewiesen. Von Staat zu Staat gehetzt, führte er ein erbärmliches Leben, das manchen zum Selbstmord trieb. ...

Die Vereinigten Staaten waren infolge der Weltwirtschaftskrise in den ersten beiden Jahren nach 1933 kein begehrtes Ziel, während sie später eine wenig judenfreundliche Einwanderungspolitik trieben. Juden durften nach den USA nur im Rahmen der allgemeinen deutschen Quote auswandern, und auch dann mußten sie eine finanzielle Bürgschaft von Verwandten oder Freunden nachweisen. ...

Kein europäischer oder überseeischer Staat zeigte eine Neigung, Angehörige der für ihn unbrauchbaren Berufe (Handel, Banken, Gewerbe, Unternehmer, Akademiker), in denen die Masse der deutschen Juden tätig war, aufzunehmen, sofern sie nicht eigenes Vermögen oder vermögende Verwandte nachweisen konnten. Auch die Versuche des Völkerbundes, diese Einstellung zu ändern, blieben vergeblich. ... 3) (S. 82, 83)

Jedenfalls war es angesichts der allgemein gehaltenen Bestimmungen des § 10 möglich, wie es Prof. Buchheim vom Institut für Zeitgeschichte ausdrückte,

"daß die Kammern ganz frei entscheiden konnten, wen sie aufnehmen oder ablehnen wollten. Sie konnten Personen mit »rassisch« sehr geringer »Belastung«, die vielleicht aus anderen Gründen unerwünscht waren, zurückweisen, andererseits aber Personen (besonders prominente Künstler), auf die man

14) Wolfgang Benz, "Die Juden in Deutschland 1933 - 1945 -- Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft", München 1993, S. 400 ff. mit weiteren Einzelheiten.

Wert legte, zulassen, selbst wenn sie »rassisch« stark »belastet« waren.

Auch für den Schriftleiterberuf war die »arische« Abstammung keine unabdingbare Voraussetzung, denn nach dem § 5 des Schriftleitergesetzes vom 4. Oktober 1933 (RGBl. I, S. 713) konnte zwar Schriftleiter nur werden,

»wer arischer Abstammung ist oder nicht mit einer Person von nichtarischer Abstammung verheiratet ist«; jedoch konnten nach § 9 des gleichen Gesetzes mit Genehmigung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda von dieser Bestimmung Ausnahmen gemacht werden.

In der Praxis dürften bis hin zum Jahre 1939 in einer ganzen Anzahl von Fällen Juden Mitglieder der Reichskulturkammer gewesen sein, da Goebbels andernfalls keinen Anlaß gehabt hätte, unter dem 3. Januar 1939 folgende Richtlinien über die »Entjudung der Kammern« bekanntzugeben:

»1. Jede Kammer hat die Entjudungsmaßnahmen für ihren Mitgliederkreis selbständig durchzuführen. Diese Durchführung ist soweit wie nur irgend möglich zu beschleunigen. Alle Zwischenfälle bei Aufnahme und Ausschluß sind dem Ministerium (Abteilung IIA) zu überweisen und dort, ggfs. nach Rückfrage bei mir, zu entscheiden.

2. Die einheitliche Behandlung der Entjudungsfrage in der gesamten Reichskulturkammer wird durch regelmäßige Arbeitsbesprechungen unter dem Vorsitz des Abteilungsleiters IIA oder seines Beauftragten sicherge-

stellt. Zu diesen Besprechungen sind die zuständigen Sachbearbeiter der Einzelkammern zu entsenden.

3. Sachlich sind für die Behandlung der Entjudungsfrage die nachfolgenden Grundsätze maßgebend: Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze sind grundsätzlich auszuschließen.

Halbjuden sind in den Kammern nur in ganz besonderen Einzelfällen und nur mit meiner persönlichen ausdrücklichen Genehmigung zu belassen.

Vierteljuden können in den Kammern verbleiben, es sei denn, daß sie sich gegen den Staat oder gegen den Nationalsozialismus vergangen haben oder sonst beweisen, daß sie dem Judentum zuneigen.

Wer mit einer Jüdin verheiratet ist, wird grundsätzlich wie ein Halb Jude behandelt; wer mit einer Halbjüdin verheiratet ist, grundsätzlich wie ein Viertel Jude.

Freilich darf bei Beurteilung dieser Sachverhalte nicht außer acht bleiben, daß seit den Nürnberger Gesetzen vom September 1935, die auf abgesprochener Übereinstimmung mit den zionistischen Führungskräften in Deutschland fußten, den Juden in Deutschland ein eigener kultureller Freiraum gesetzlich zugestanden worden war: Der von ihnen zu gründende »Reichsverband jüdischer Kulturbünde« sollte analog der deutschen Organisation die jüdischen Kulturschaffenden erfassen, die für die jüdische Volksgruppe tätig werden wollten und konnten.

Roman Vishniac fotografierte "Kristallnacht" in SA-Uniform

Sunday Times Union, Albany, N.Y., USA, enthüllte am 21. Oktober 1984 anläßlich einer Foto-Ausstellung von Roman Vishniac, dem Sohn einer prominenten jüdisch-russischen Familie, einen sensationellen Sachverhalt:

»Geboren und ausgebildet in Moskau, erhielt er seinen medizinischen Dr. von der Universität Moskau, nachdem er in seiner Jugend mit ungewöhnlichem Komfort und Vorzug aufgewachsen war, wie es den vorherrschenden Bedingungen der Juden in Europa entsprach.«¹⁵⁾

So machte sich Vishniac bald einen Namen durch seine zoologischen Laboratoriumsversuche mit Mikroskop-Fotografien, erwarb einen Dr. in orientalischer Kunst und einen PhD in Zoologie. Obgleich er sich anfangs als Bolschewist tarnte, sah er sich Anfang der zwanziger Jahre mit seiner Familie zur Flucht nach Berlin veranlaßt, um religiösen Verfolgungen in Rußland, dem Heimatland seiner Familie, zu entgehen. Zunächst verdiente er sich sein Geld mit verschiedenen Tätigkeiten, um dann Anfang der dreißiger Jahre, ausgerüstet mit einer Leica und einer Rolleiflex, während zahlreicher Reisen durch Polen, die Ukraine, Litauen, Lettland, Ungarn und die Tschechoslowakei das jüdische Leben Osteuropas zu fotografieren. Politisch galt er bei den anderen Juden als Schwarzseher, der davon

überzeugt zu sein behauptete, daß Hitler alle Juden ausrotten wollte. Weshalb er trotz dieser seiner Prognose vorgezogen hat, jahrelang ausgerechnet in »Nazi-Deutschland« zu leben, ließ er unbeantwortet. Bei Durchsicht seiner nun auch in deutscher Sprache herausgekommenen Bücher^{9) + 10)} fällt zudem auf, daß er strikt vermieden hat, zu erwähnen, daß er in den dreißiger Jahren seinen Wohnsitz in Berlin hatte. Noch erstaunlicher: In den Büchern dieses aktiven und anti-nazis eifernden Fotografen findet sich kein einziges Foto von ns-Brutalitäten, anti-jüdischen Demonstrationen oder anti-jüdischen Schildern, Plakaten oder Transparenten in deutschen Städten oder Dörfern -- wie sie Jahrzehnte nach Kriegsende plötzlich dem Nährboden der Weltpropagandamedien entsproßen --, nicht einmal eines der Fotos, die er anläßlich der »Reichskristallnacht« aus dem Knopfloch einer SA-Uniform geschossen hat, aber auch keines aus dem ns-Deutschland, das einen Vergleich mit jenen erbärmlichen Verhältnissen der Juden in Polen aufzeigt.

Beim Anfertigen seiner über 16.000 Fotografien lernte er die Kunst, wie man Aufnahmen mit verdeckter Kamera -- in einem Handkoffer mit geheimer Öffnung oder durch ein vergrößertes Knopfloch in der Jacke -- macht. Elf mal wurde er -- offenbar deswegen, laut Zeitung -- ins Gefängnis gesperrt und zweimal zum

15) *Sunday Times Union*, Albany, New York 21. Oktober 1984.

Tode verurteilt; ob von den Bolschewisten, blieb für den Leser ungeklärt. Daß ihn die "bösen Nazis" behelligt haben, hat er nicht behauptet. Jedenfalls entkam er stets und konnte schließlich nach New York entfliehen.

Anlässlich seiner Ausstellung in Albany Ende 1984 bis Januar 1985 wurden 46 seiner Fotografien gezeigt. Er selbst hielt hierzu am 7. November 1984 einen Vortrag im staatlichen Museum. Dort führte er u.a. aus:

"Sogar bevor die Konzentrationslager geschaffen wurden, fühlte ich, daß es meine Pflicht meinen Vorfahren gegenüber sei, eine Welt zu erhalten, die aufhören mag zu existieren."

Sunday Times Union vom 21. Oktober 1984 fährt fort:

"Einige seiner Fotos erregten bereits seinerzeit, als sie aufgenommen wurden, weltweite Aufmerksamkeit. Und zwar solche, als die mit Schafstiefeln ausgerüsteten SA-Leute anlässlich der Kristallnacht Bücher vor dem Reichstag verbrannten. Er machte diese Aufnahme, nachdem er sich mit

einer Nazi-Uniform verkleidet hatte. 'Kein Problem', sagte der philosophische Vishniac. 'Es war leichter, ein Braunhemd in Berlin zu kaufen als einen jüdischen Kaftan'."

Zuvor hatte der damals 41-Jährige auch die Ausweisungssaktion polnischer Juden aus Deutschland Ende Oktober 1938 fotografiert, als Polen allen Juden den Verlust der polnischen Staatsangehörigkeit angedroht hatte, die sich länger als 5 Jahre außerhalb der polnischen Grenzen aufgehalten hatten. Seine Aufnahmen habe er auf abenteuerlichen Wegen gerettet. Ein Teil seiner Aufnahmen ist nach dem Krieg in seinen Büchern "A Vanished World" -- "Verschwundene Welt"¹⁰⁾ -- und "Wo Menschen und Bücher lebten"⁹⁾ veröffentlicht worden.

Eine wesentliche Frage allerdings hat Vishniac nicht beantwortet:

Auf Grund welcher Informationen hatte er termingerecht zum Zeitpunkt der "Reichskristallnacht" -- 9. November 1938 -- eine SA-Uniform angezogen und wieso war er ausgerechnet dort, wo es für ihn seinem politischen Engagement entsprechend etwas zu fotografieren gab, -- mitten in der Nacht? Daß er noch gewagt haben dürfte, in diesem Aufzug am nächsten hellichten Tag sich an den "Tatorten" sehen zu lassen, dürfte mit Sicherheit auszuschließen sein, hätte er doch mit sofortiger Verhaftung rechnen müssen, zumal zu diesem Zeitpunkt bereits sämtliche Befehle zur Unterbindung von Brandstiftungen und Ausschreitungen erlassen und Abwehrkräfte mobilisiert waren.

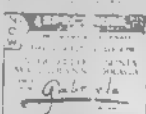
Vishniac hatte enge Kontakte zu gleichgesinnten

jüdischen Mitkämpfern. Dies ist seinen Darlegungen zu entnehmen. Daraus ist freilich auch deren Kenntnis von seiner Eignung und Bereitschaft zur politischen Untergrundarbeit zu folgern sowie von seiner fotografischen Fachpraxis für geheime Aufnahmen "aus dem vergrößerten Knopfloch". Zu folgern ist daraus ferner, daß er nicht zufällig in SA-Uniform durch die Straßen Berlins geschlendert, sondern mit seinen Gefährten zu einem Überraschungscoup verabredet war. Als einzelner Jude zu jenen gefährlichen Stunden in SA-Uniform, die ihm zu tragen unter Androhung harter Strafen verboten war, an aufflackernden Brandherden zu erscheinen, war für ihn nicht ungefährlich. Gewiß scheute er, wie sein Lebenslauf ausweist, keine Gefängnisstrafen. Doch einem solchen oder noch größeren Risiko -- für Leib und Leben --, setzte er sich gewiß nicht im nationalsozialistischen Deutschland als Einzelgänger

Vishniac captures raw emotions across old Europe



LOOSE IN LOCKED OUT



aus. Für solche Fälle rottet man sich mit zuverlässigen Kumpanen zusammen. Organisation und Überraschung galt gewiß auch für ihn als Devise. Ohne vorbedachte Planung rüstete er sich in einer vom ihm als feindlich eingeschätzten Umwelt nicht mit einer für ihn unerlaubten Uniform und geheimer Kamera aus. Das hätte für ihn keinen Sinn gemacht.

So dürfte mit Sicherheit zu unterstellen sein, daß er zusammen mit als SA-Männer verkleideten Gleichgesinnten aufgebrochen war, um ein politisches Kampfziel durchzusetzen, mit eigenen Aufnahmen zu dokumentieren und schnellstens weltweit bekanntzumachen. Hierfür mußte eine Mannschaft her, stark und schnell genug, um von eventuell vereinzelt zu erwartenden Ordnungshütern aus Staat und Partei nicht erkannt oder gar überwältigt zu werden.

Sein Hinweis, daß in jener Nacht "Bücher vor dem

Reichstag verbrannt" worden seien, ist als Ablenkung -- sicher auch von diesen Fragen und ihrer Hintergrundproblematik -- erkennbar, denn dort sind zu jenem Zeitpunkt keine *"Bücher vor dem Reichstag"* verbrannt worden.

Aus der Chronologie der "Reichskristallnacht" ist bekannt, daß kein einziger Vertreter von Partei oder Staat jene reichseinheitlich zur gleichen Stunde ausbrechenden Brandstiftungen und Ausschreitungen veranlaßt hatte, sie alle hingegen diese mit Überraschung und Bestürzung zur Kenntnis genommen und sofortige

Gegenmaßnahmen in die Wege geleitet hatten. Aus den damaligen Untersuchungen ist ebenfalls bekanntgeworden, daß allerorten Unbekannte, zahlreich auch als SA-Leute verkleidet, urplötzlich an den "Tatorten" auftauchend und rasch wieder verschwindend, als Anstifter und Täter ermittelt wurden.

So berichtete auch der Polizeipräsident von Berlin, Wolf Heinrich Graf von Helldorf, in einem Lagebericht Dr. Goebbels von 3 kommunistischen Chinesen, die in jener Nacht in SA-Uniform die Menge zum Plündern aufgefordert hätten und verhaftet worden waren.¹⁶⁾

"1938 aus einem Auto heraus fotografiert"

Mit diesem Text veröffentlicht in

"Stationen jüdischen Lebens -- von der Emanzipation bis zur Gegenwart", Katalogbuch zur Ausstellung o.O. 1988, Dietz Verlag, S. 140.

Dieses erstmals Jahrzehnte nach Kriegsende veröffentlichte Bild ist eine Fotomontage, also kein authentisches Foto!

Schon das Fehlen eines genauen Herkunftsnachweises mit genauer Ortsbeschreibung und Datum macht verdächtig. Doch wesentlich ist: Ein Schattenwurf des Schildes "Jüdisches Geschäft" hätte vom "Fotografen" aus nach hinten, also Richtung Baum und Mauer fallen müssen, aber nicht nach vorn auf das spiegelblanken "Auto", denn wie ersichtlich sind Schild und Pfahl hell weiß von vorn "bestrahlt". Dem steht nicht entgegen, daß ihr Hintergrund schwarz ist, denn dies ist ohnehin ein Stilbruch, zumal auch der mutmaßliche "Hitlerjunge" von vorn beleuchtet ist. Den Lichtreflexen der Garderobe der Passanten zufolge könnte das Licht von schräg rechts einfallen, doch auch dann wäre "der helle Schattenwurf" von Pfahl und Schild falsch. Gleichermaßen ist die Spiegelung der Hausfassade auf dem Auto völlig verfehlt. Auch wäre zu berücksichtigen gewesen, daß es 1938 kein Auto mit einem solchen Zuschnitt, zumal ohne Fenster, gegeben hat. Was soll das überhaupt für ein spiegelnder Gegenstand sein? Die Augen der Passanten sind gemalt. Diese zahlreichen Regiefehler bei der Herstellung hätte bei etwas Intelligenz vermieden werden können.



Eine sachgerechte Geschichte über die NS-Konzentrationslager zu schreiben ist z.Zt. noch nicht möglich

Die **Hessisch-Niedersächsische Allgemeine** vom 27.11.1995 brachte zu diesem Thema eine interessante dpa-Meldung:

"Weimar.

70 Wissenschaftler aus Europa und Übersee haben Bundesinnenminister Kanther (CDU) aufgefordert, die deutschen KZ-Häftlingsbücher für die Forschung zu öffnen. Es sei ein Skandal, daß die umfangreichen Quellen der Forschung über die nationalsozialistischen Konzentrationslager seit 25 Jahren entzogen seien, sagte Konferenzleiter Ulrich Herbert von der Universität Freiburg am Sonntag zum Abschluß einer Tagung zu Entwicklung und Struktur der KZs von 1933 bis 1945 in Weimar.

Die Bücher liegen beim Suchdienst des Internationalen Roten Kreuzes in Arolsen und werden dort zur Beantwortung von Anfragen von Angehörigen Vermißter genutzt. Kanther sei bisher nicht bereit, dort Historiker einzustellen, sagte Herbert. Ähnlich schwierig sei es, an Unterlagen der Staatsanwaltschaft

Ludwigsburg heranzukommen. Dort werden Akten über die Täter aufbewahrt. Neue Chancen für die Forschung seien durch die Teilöffnung von Archiven in Osteuropa entstanden."

Am 3. März 1991 hatte die **New York Times** bekanntgemacht, daß in sowjetischen Archiven vollständige Unterlagen über die deutschen Konzentrationslager vorhanden sind. Aus ihnen ergeben sich von Kriegsbeginn bis Kriegsende etwa 400.000 Todesnachweise in allen Lagern, wobei auf Auschwitz etwa 70 - 73.000 entfallen.¹⁷⁾

Eine dokumentarische Kurzübersicht sei angebracht:

Rechtsanwalt Pelckmann, Verteidiger der SS im Alliierten Militärtribunalprozeß 1945/1946:

"Die ersten Anfänge der Konzentrationslager sind gekenn-

16) Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe, "Dr. G.", Wiesbaden 1964, S. 183.

17) Gregory Douglas, "Geheimakte Gestapo-Müller", II. Bd., Leoni 1996, S. 45.

zeichnet durch absolute Rechtlosigkeit. Sie beginnt schon mit der Verhaftung, für die keine Rechtsgründe vorliegen. Es sind politische Zweckmäßigkeitserwägungen. Diese aberkennzeichnen von jeher dieses Machtmittel, das seit dem Beginn dieses Jahrhunderts bis in die Gegenwart von vielen Kulturstaaten, insbesondere in Zeiten politischer Hochspannung angewendet wird. ...

Als bald aber wurde die Einrichtung der Konzentrationslager und ihre Bewachung legalisiert. Ab 1933/1934 wurden sie aus dem Haushalt der einzelnen Länder finanziert und von der Politischen Polizei verwaltet. Als Leiter der Politischen Polizei aller Länder außer Preußen regelte Himmler 1934 die Bewachungsverhältnisse einheitlich. Er schuf unter Übernahme eines Teils der bisherigen Bewacher -- SA- und SS-Männer -- die Totenkopfverbände und ergänzte sie durch Freiwillige aus allen Volksteilen ohne Rücksicht auf Partei- und SS-Zugehörigkeit. Sie sind jetzt ausschließlich zur Bewachung der Konzentrationslager bestimmt und umfassen im Jahre 1936 = 400 Mann Kommandanturpersonal und 3.600 Mann Wachtruppen. Diese bewachen zirka 10.000 bis 12.000 Häftlinge in 5 Konzentrationslagern in ganz Deutschland. ...

Ebenfalls im Jahre 1936 wurden die Konzentrationslager und ihre Bewachung in den Reichshaushalt übernommen, und zwar getrennt für Kommandantur und Wachtruppe. Zu Beginn des Krieges bestand das Kommandanturpersonal aus 600 Mann, die Wachmannschaften betrugen 7.400 Mann. In ganz Deutschland gab es nur 6 Konzentrations- und noch keine Arbeits- oder Außenlager, mit insgesamt 21.300 Häftlingen. ...

Im Laufe des ganzen Krieges wurden nun ... im Konzentrationslagerwesen zirka 30.000 Mann beschäftigt, d.h. mit Zu- und Abgängen. ...

Mit Ausnahme des Stammpersonals von 1.500 Mann waren alle gegen ihren Willen auf Befehl Himmlers zur Konzentrationslagerbewachung gekommen, ohne daß sie überhaupt im Kommandoamt der Waffen-SS erfaßt wurden. Erst im Laufe des Krieges wurden die Wach- und Verwaltungseinheiten von Himmler unter Überschreitung seiner Vollmachten nominell in die Waffen-SS übernommen. ...

Die Wachmannschaften hatten grundsätzlich nichts mit internem Lagerbetrieb zu tun. " 18) (S. 678, 681)

Über die weitere Entwicklung finden wir Zahlen in den Protokollen des IG-Farbenprozesses 1947/1948:

"Die Beweisaufnahme in diesem Verfahren hat nun ergeben, daß gegen Ende des Krieges etwa 600.000 Häftlinge in Konzentrationslagern untergebracht waren. Der größte Teil dieser Häftlinge war in Unternehmen der Kriegswirtschaft beschäftigt, nachdem in der zweiten Hälfte des Krieges die zivile Produktion nur noch einen sehr bescheidenen Umfang hatte. Diese Häftlinge waren bei 700 Unternehmen beschäftigt und in ca. 500 Arbeitslagern untergebracht.

Hält man sich diese Zahlen vor Augen, so scheint es in der Tat unvorstellbar, daß diese Häftlinge nicht der gleichen Arbeitspflicht unterworfen sein sollten, wie sie für jeden Deutschen und für alle Angehörigen in den anderen kriegsführenden Staaten selbstverständlich und gesetzlich geregelt war. Eine andere Auffassung wäre um so unverständlicher, nachdem sowohl die Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907 wie auch das Genfer Kriegsgefangenen-Abkommen von 1929 eine Arbeitspflicht auch für Gefangene vorsehen, die im Zuge der

18) IMT, Bd. XXI.

Kampfhandlungen in die Hände des Feindes gefallen waren. ...

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß nach der Aussage des Zeugen Schermuly vom 12. Mai 1948 allein im April 1943 mehr als 2.000 Häftlinge vom KZ Mauthausen nach dem Arbeitslager Monowitz (Auschwitz Lager IV) überstellt wurden, die ausschließlich wegen ihrer kriminellen Vergangenheit und wegen ihrer asozialen Einstellung in ein Konzentrationslager eingewiesen worden waren.

Es ist selbstverständlich, daß nach Ausbruch des Krieges staatspolizeiliche Maßnahmen auch gegen fremde Staatsangehörige in den besetzten Gebieten ergriffen werden mußten. Auch diese Maßnahmen erfolgten grundsätzlich durch die zuständigen Dienststellen des Reichssicherheitshauptamtes in Anwendung der Bestimmungen, die entsprechend den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts von den zuständigen Militärbefehlshabern erlassen worden waren.

Derartige Bestimmungen wurden von den Militärbefehlshabern und dem Alliierten Kontrollrat auch in Deutschland nach dessen bedingungsloser Kapitulation erlassen. ...

Tatsächlich sind in allen 4 Zonen Deutschlands nach Beendigung der Feindseligkeiten von den alliierten Behörden etwa 1 Million deutsche Staatsangehörige aus politischen Gründen in Gefängnissen und Lagern gefangen gesetzt worden. Ein Teil befindet sich jetzt noch (1948) in Haft. Bei Beurteilung der Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrates für Deutschland ... sollte endlich die Tatsache nicht außer Betracht bleiben, daß sie am 12. Oktober 1946 erlassen wurde, also fast eineinhalb Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten. ...

Nach Abschnitt I Ziffer 1 c ist es der Zweck dieser Direktive, für ganz Deutschland gemeinsame Richtlinien zu schaffen betreffend »die Internierung von Deutschen, welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind, sowie die Kontrolle und Überwachung von Deutschen, die möglicherweise gefährlich werden können.«. "19)

Der Verteidiger der Gestapo, Dr. Merkel erklärte am 23.8.1946 in seinem Plädoyer vor dem alliierten Militärgerichtshof in Nürnberg:

"Immerhin, auch die Schutzhaftverhängung war durch genaue Vorschriften geregelt. Die Schutzhaft, die zudem keine spezifisch deutsche oder spezifisch nationalsozialistische Erfindung war, ist in mehreren Urteilen des Reichsgerichts und des preußischen Obergerichtes, also verfassungsmäßiger Gerichte, als legal anerkannt worden." 18) (S. 563)

"Verbreitet ist die Ansicht, daß ein Angehöriger der Gestapo die Menschen nach eigenem Gutdünken in die KL schicken konnte. Das ist nicht richtig. Vielmehr konnte jemand nur auf Grund eines vorausgegangenen normierten Schutzhaftverfahrens in das KL gebracht werden. Die rechtliche Grundlage der Schutzhaft bildete die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933. Auf dieser fußte der veröffentlichte Schutzhafterlaß des Reichsministers des Innern, der genaue Richtlinien für die Voraussetzung der Inschutznahme, ihre Dauer und ihr formelles Verfahren enthielt. In dem Schutzhafterlaß, der als »Exhibit Gestapo-36« dem Gericht vorgelegt ist, heißt es über die Zulässigkeit der Schutzhaft wörtlich in § 1:

19) Udo Walendy, (Hrsg.), "Auschwitz im IG-Farben-Prozess -- Holocaustdokumente?", Vlotho 1981, S. 370, 371.

'Die Schutzhaft kann als Zwangsmaßnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gegen Personen angeordnet werden, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden. Die Schutzhaft darf nicht zu Strafzwecken oder als Ersatz für Strafhaft angeordnet werden.'

In § 2 heißt es:

'Zur Anordnung der Schutzhaft ist ausschließlich das Geheime Staatspolizeiamt zuständig. Anträge auf Anordnung der Schutzhaft sind durch die Staatspolizeileitstelle bzw. Staatspolizeistellen an das Geheime Staatspolizeiamt zu richten. Jeder Antrag ist eingehend zu begründen.'

§ 5 legt schließlich ausdrücklich fest, daß die Anordnung der Schutzhaft durch schriftlichen Schutzhaftbefehl des Geheimen Staatspolizeiamtes erfolgt.

Die Schutzhaftverhängung erfolgte, wie im Schutzhafterlaß gesetzlich festliegt, durch das RSHA -- Amt IV -- in Berlin. Der einzelne Stapo-Angehörige befaßte sich lediglich mit dem Ermittlungsvorgang. Nach Abschluß der Erhebungen wurde geprüft, ob die Akten der Staatsanwaltschaft vorzulegen seien oder Schutzhaftbefehl beantragt werden sollte. Nach den verschiedenen Zeugenaussagen (...) hat es kaum eine Staatsbehörde gegeben, die ihre Beamten so eindringlich in regelmäßigen Abständen über die Pflicht objektiver Untersuchung belehrte wie die Geheime Staatspolizei. Bei schwerer Belastung des Beschuldigten, die nicht mit Belehrung, Verwarnung oder Sicherungsgeld abgeschlossen werden konnte, wußte der Ermittlungsbeamte nie, ob das Gestapo-Amt die Abgabe der Akten an die Justizbehörde oder die Schutzhaft anordnen würde. Schon die Notwendigkeit der Aktenabgabe an das Gestapo-Amt zwang zu sorgfältigster Ermittlung: denn kein Beamter hatte ein Interesse daran, wegen mangelhafter Sachbearbeitung, aber auch wegen unkorrekter Behandlung des Beschuldigten bei Dienstaufsichtsbeschwerden zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Das Schutzhaftverfahren war zugleich mit einem Haftprüfungsverfahren gesetzlich verbunden. In bestimmten kurzen Zeitabständen mußte von Amts wegen geprüft werden, ob die Voraussetzungen der Schutzhaft noch vorlagen. Aber auch hierüber fällt das Gestapo-Amt die letzte Entscheidung.

Erst gegen Ende des Krieges erhielten die Dienststellen der Gestapo die Genehmigung, Personen auch ohne Schutzhaftbefehl des Gestapo-Amtes von sich aus in Schutzhaft zu nehmen. Auch diese Schutzhaft, deren Zeitdauer im Höchstfalle 21, später 56 Tage betrug, war gesetzlich genau geregelt. Die späteren Masseneinweisungen von Häftlingen in KL wurden nicht vom Amtschef IV, Müller, sondern unmittelbar von Himmler angeordnet. ...

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß mindestens die Hälfte sämtlicher Inschutzhaftmaßnahmen nicht wegen politischer Vergehen und auch nicht aus rassepolitischen Gründen erfolgte, sondern weil es sich um Berufs- und Gewohnheitsverbrecher handelte. Diese Personen aber wurden durch das Kriminalpolizeiamt in die Konzentrationslager eingewiesen. ...

Die Schutzhaft war zweifellos mit Mängeln behaftet. Vor allem ist ihre Anordnung nicht durch ein ordentliches Gericht nachprüfbar gewesen. Trotzdem beweisen die vielen einschlägigen Erlasse des RSHA, daß ein geregeltes und rechtlich gebundenes Schutzhaftverfahren angestrebt wurde und Willkür aus-

geschlossen sein sollte. Die strenge Regelung des Schutzhaftverfahrens hat bei den Gestapo-Beamten sicher nicht den Eindruck entstehen lassen, daß es sich bei ihm um eine rechtswidrige Willkürmaßnahme handelte.

Im übrigen war die Anwendung der Schutzhaft doch verhältnismäßig selten. ...

Macht man sich einmal die Mühe, die Frage zu prüfen, in welchem zahlenmäßigen Verhältnis unter den der Gestapo zur Verfügung stehenden Mitteln, Belehrung, Verwarnung, Sicherungsgeld und Schutzhaft, die letztere praktisch zur Anwendung gelangte, so wird man feststellen, daß die Verbringung in die Konzentrationslager das am wenigsten angewendete Mittel war. **Zu Beginn des Krieges befanden sich etwa 20.000 Schutzhaftlinge in den Konzentrationslagern; von diesen waren etwa die Hälfte kriminelle Verbrecher, die andere Hälfte politische Häftlinge. Zur gleichen Zeit befanden sich in den Justizgefängnissen ungefähr 300.000 Verurteilte, von denen etwa ein Zehntel wegen politischer Delikte verurteilt war.**

Eine stärkere Belegung der Konzentrationslager erfolgte durch die Überführung der Berufsverbrecher und asozialer Elemente, besonders der von den Gerichten zur Sicherungsverwahrung Verurteilten -- eine Maßnahme, deren Anordnung und Durchführung nicht der Gestapo oblag, siehe Zeuge Hoffmann.

Nach dem Gestapo-Affidavit Nr. 86 betrugen die Höchstzahlen der von der Gestapo in die Konzentrationslager eingewiesenen Häftlinge anfangs 1945

etwa 30.000 Deutsche

60.000 Polen

50.000 Angehörige anderer Staaten. ...

Das Bestehen von Konzentrationslagern konnte von der Gestapo ebenfalls nicht als ungesetzlich und völkerrechtswidrig betrachtet werden. Das Konzentrationslager ist ja keine nationalsozialistische Erfindung, sondern war schon vor 1933 bekannt.

So führte Österreich 1933 die Schutzhaft als sogenannte Anhaltehaft ein und machte ausgiebig von ihr Gebrauch gegen Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten (...).

Auch in Deutschland hat es schon vor 1933 die Schutzhaft gegeben. Auch damals wurden Kommunisten und Nationalsozialisten von der Polizei ■ Haft genommen. Im Dritten Reich waren die Konzentrationslager auf Grund gesetzlicher Anordnung, die mit der Verfassung in Einklang stand, errichtet worden. ...

Insoweit nun Häftlinge in den Konzentrationslagern mißhandelt und hingerichtet wurden, kann hierüber der Gestapo nur dann die Verantwortung zugeschoben werden, wenn sie von solchen Mißständen und Verbrechen Kenntnis hatte. Wie sich aus Exhibit Gestapo-39 ergibt, war aber zunächst dem Gestapo-Beamten das Betreten eines Konzentrationslagers verboten. ...

Die Gestapo-Stellen hatten mit der Verwaltung der Konzentrationslager nichts zu tun. Also waren sie von den Vorgängen in den Konzentrationslagern auch nicht unterrichtet. ...

Daß die Gestapo 1933 und 1934 gegen jede unmenschliche Behandlung in den Konzentrationslagern war, beweist ihr schon erwähntes Vorgehen gegen die »wilden Konzentrationslager«, die teilweise mit Gewalt ausgehoben wurden. ...

Richtig ist, daß die Gestapo Arbeitserziehungslager errichtet, unterhalten und die Einweisung in dieselben durchgeführt hat.

Über den Zweck eines Arbeitserziehungslagers heißt es in der Zeitschrift *'Die Deutsche Polizei'* -- Exhibit Gestapo-59:

'Die Arbeitserziehungslager haben den Zweck, arbeitsvertragsbrüchige und arbeitsscheue Elemente zur Arbeitsdisziplin zu erziehen und nach Erreichung des Erziehungszweckes dem alten Arbeitsplatz wieder zuzuführen. Die Einweisung erfolgt ausschließlich durch die Staatspolizeistellen. Die Haft gilt nicht als Strafe, sondern als Erziehungsmaßnahme.' ...

Als Höchstdauer der Einweisung, die nur nach gründlicher Prüfung des einzelnen Falles erfolgte, waren ursprünglich 21, später 56

Tage festgelegt, im Gegensatz zu den Urteilen der Justiz wegen Arbeitsvertragsbruchs, die auf mindestens 3 Monate Gefängnis bis zu einem Jahr lauteten. Der Arbeitsvertragsbrüchige, der in ein Arbeitserziehungslager eingewiesen wurde, war in jeder Hinsicht besser gestellt, als derjenige, der der Justiz zur Aburteilung überstellt wurde. Die Einweisung wurde auch nicht in das Strafregister eingetragen, und Unterkunft, Verpflegung und Behandlung im Arbeitserziehungslager waren im allgemeinen ebenfalls besser als im Gefängnis. ...¹⁸⁾ (S. 571 - 576)



Tagung des Polizeiausschusses am 13.11.1938 nach der "Reichskristallnacht" in der Akademie für deutsches Recht in Berlin.

V.l.n.r.: Staatssekretär Wilhelm Stuckart, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler, Präsident der Akademie Dr. Hans Frank, SS-Obergruppenführer Dr. Werner Best, General der Polizei Kurt Daluge, Polizeipräsident von Berlin Graf Helldorf.

Buch »Hitler-Finanzierung« eine Fälschung

München/Hamburg (dpa 7.12.1982):

*"Der Verlag Droemer Knauer in München hat nach eigenen Angaben 'davon Abstand genommen', in einer Taschenbuchreihe den Titel »So wurde Hitler finanziert« von Sidney P. Warburg zu veröffentlichen. Die 'Echtheit des Dokuments' habe nicht nachgewiesen werden können, heißt es in einer Mitteilung des Verlags vom Montag. Angeregt durch einen Vorabdruck in der Zeitschrift *Diagnosen* hatte sich der Verlag Ende September nach eigener Darstellung kurzfristig dazu entschlossen, das Buch zu publizieren, ehe dann Zweifel an der Echtheit aufgetaucht seien.*

Nach Angaben der 'Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus' in Hamburg handelt es sich bei dem angeblichen Bericht Warburgs um eine Fälschung, wie bereits 1954 'wissenschaftlich einwandfrei nachgewiesen' worden sei. Es habe nie einen Sidney Warburg gegeben, und zahlreiche Angaben der Schrift, die er verfaßt haben soll, sind eindeutig falsch, zum Beispiel Firmen- und Personennamen, Adressen und Datierungen. Es handele sich um das 'Phantasieprodukt eines Mannes, der mit den deutschen Verhältnissen und den internationalen Finanzproblemen nicht gut vertraut war', heißt es in der Mitteilung der Forschungsstelle. Die Schrift sei unter anderem von ehemaligen Nationalsozialisten 'zu ihrer Entlastung benutzt und in rechtsradikalen Zeitschriften verwertet' worden."

20) Henry Picker, "Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier", Stuttgart 1976.



Roman Vishniac in seinem Buch "Verschwundene Welt", München 1996, Kindler Verlag. Es ist eines der wenigen Fotos, die von diesem seinerzeit in Berlin wohnenden Kommunisten jüdisch-russischer Herkunft über das NS-Deutschland veröffentlicht worden sind. Auf dem 1934 erstellten Foto sind Mitglieder der sich für die Ausreise nach Palästina vorbereitenden jungen Landwirte der jüdischen Organisation "Alijah" auf einem Bauernhof bei Berlin zu einer jüdischen Feier angetreten.

Keine Chaoten haben sie gestört.

Im Kontrast hierzu eine Meldung vom Dezember 1992:

*"Die Eheleute Gary und Shirley Beresford verloren einen 5-jährigen Kampf vor den Gerichten Israels zur Erlangung einer Daueraufenthaltsgenehmigung. Beide Eheleute sind jüdischer Abstammung, jedoch christlichen Glaubens. Das Oberste Gericht Israels erklärte, daß sie durch den Abfall von ihrem Glauben keine Juden mehr wären und das Land innerhalb von 4 Monaten zu verlassen hätten."*²¹⁾

21) *Unabhängige Nachrichten*, Bochum Nr. 2/1993, S. 12 unter Bezugnahme auf die *Politschen Hintergrundinformationen »PHI«* vom 20.12.1992.

Kampflied

Aus einem Leserbrief vom 25. April 1992 von Heinrich Pook aus Hameln:

"Zu dem zitierten Lied 'Es zittern die morschen Knochen' möchte ich folgendes feststellen: Gesungen wurde der Refrain vom obigen Lied in allen drei Versionen. Aber der Urtext des Liedes heißt:

"Der Freiheit beraubt ist Deutschland und morgen die ganze Welt"

und nicht: "denn heute gehört" -- oder da "hört" -- "uns Deutschland".

Dieses Lied war ein freiheitliches, jugendliches, politisches Kampflied und nicht, wie ausgelegt wird, ein Welteroberungslied. Es richtete sich gegen die Besatzungsmacht nach dem Ersten Weltkrieg sowie gegen den Kommunismus und den internationalen jüdischen Kapitalismus."

Zur "Germanisierung" jenseits der deutschen Ostgrenzen

Mit Erlaß vom 7. Oktober 1939 wurde eine neue staatliche Behörde geschaffen: "Das Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums". Reichskommissar wurde Heinrich Himmler.

Zur Aufhellung näherer Einzelheiten folgen wir zunächst den Ausführungen von Rechtsanwalt **Dr. Pelckmann** als Verteidiger der SS während des Nürnberger Militärtribunalverfahrens am 26.8.1946:

"Das Reich bezahlte diese neue Behörde. Ihre Mitarbeiter waren Beamte, die aus den verschiedensten anderen Behörden, nicht etwa nur aus der SS, genommen wurden. ...

Unter dem Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums arbeitete die Volksdeutsche Mittelstelle. ... Ihre Aufgabe war es, Deutsche, die bis dahin nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hatten, aus den bisherigen Gastländern nach Deutschland zurückzusiedeln. Hierzu stellte sie die Mittel zur Verfügung. ...

Die Evakuierungen von Polen aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen waren bereits vor der Schaffung des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums nahezu abgeschlossen (SS-72, Creutz, SS-71, Golling). Sie waren zuvor von den Chefs der Zivilverwaltungen durchgeführt worden, nicht von der SS.

Im Generalgouvernement galten besondere Rechtsverhältnisse, so daß die Behörden: Stabshauptamt und Volksdeutsche Mittelstelle weder eingreifen konnten, noch für die dortigen Verhältnisse verantwortlich gemacht werden können. ...

Die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an die Angehörigen der bisherigen deutschen Minderheiten in den ehemals polnischen Provinzen erfolgte nicht durch den Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, sondern durch das Reichsministerium des Innern und die ihm unterstellten Verwaltungsbehörden bereits zu einer Zeit, als Himmler dieses Ministeramt noch nicht bekleidete. Das Verfahren der Volksliste, die irreführend mit »Rasseregister« übersetzt wird, wurde vom Reichsinnenminister durchgeführt.

Die Beschlagnahme von landwirtschaftlichen Vermögen durch den Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums beruhte auf dem Erlaß der Reichsregierung vom 8. Oktober 1939, nach dem die eingegliederten Ostgebiete zum Reichsgebiet erklärt wurden, sowie auf einer im Rahmen der geltenden Gesetze ordnungsgemäß bekanntgemachten Verordnung über die Beschlagnahme, die vom Reichskommissar für

die Festigung des deutschen Volkstums nicht einmal mitgezeichnet ist.

Im übrigen ergibt eine genaue Prüfung dieser Verordnung, daß die verfügbaren Beschlagnahmen bereits ausgesprochen waren, bevor der Reichskommissar ... seine Tätigkeit aufgenommen hatte. Sie beschränkten sich nur noch auf eine nachträgliche Erfassung und Überprüfung.

Von einer Beschlagnahme durch den Reichskommissar ... oder gar die SS zugunsten der Unterbringung von Rassedeutschen oder zur Belohnung bewährter Nazis kann keine Rede sein, da die vom Reichskommissar ... ausgeübte Beschlagnahme nicht geeignet war, Land zur Ansiedlung zu beschaffen oder Landwirte von ihren Höfen zu vertreiben.

Aus diesem Grund ist auch durch den Reichskommissar ... jedwede Eigentum übertragende Ansiedlung unterblieben. Es wurden lediglich die bereits vorhandenen Treuhänder auf verwaisten Höfen durch solche aus den Reihen der Umsiedler ersetzt. ...

Überhaupt läßt sich bei der sogenannten Germanisierung kein einheitlicher Plan erkennen. Die Chefs der Zivilverwaltung evakuierten aus ihren Gebieten jeder aus anderen Motiven und Aufträgen. Die Behörden des Reichskommissars ... und das Stabshauptamt billigten diese Evakuierungen nicht, konnten sie allerdings nicht aufheben, hemmten aber, soweit sie dazu in der Lage waren, die Durchführung und brachten sie praktisch zum Erliegen. ...

In Posen/Westpreußen wurde die polnische Bevölkerung evakuiert, in Oberschlesien blieb sie wohnen. Die Umsiedlung der Baltendeutschen wurde innerhalb weniger Stunden beschlossen, aber über die Durchführung einer Ansiedlung oder Unterbringung bestand absolute Ungewißheit. Der Reichskommissar ... siedelte Volksdeutsche aus Lublin nach Posen um, der Generalgouverneur siedelte dort wieder Deutsche an. Ständig neue Rücksiedlungen Deutscher aus dem Ausland brachten Hunderttausende ins Reich, obwohl über eine Million seit Jahren in Lagern auf irgendeine Unterbringung warten.

Das polnische Eigentum beschlagnahmten nacheinander der Vierjahresplan, Haupttreuhandstelle Ost und Reichsernährungsminister. Bei diesem nur beispielhaft angedeuteten Durcheinander kann weder aufseiten des Reichskommissars noch gar aufseiten der SS von einem wohlgedachten Plan der Germanisierung die Rede sein. ... " 18) (S. 669 - 671)

Geheimmission von 44 sowjetischen Ingenieuren nach Washington Mitte März 1941 aufgedeckt

Durch den Zufall eines von unbekannt gebliebenen Terroristen am Abend des 16. März 1941 zur Entgleisung gebrachten Expreßzuges unweit von Pittsburgh -- 5 Tote und 114 mehr oder weniger schwer Verletzte waren zu beklagen -- kam es an die Öffentlichkeit: Zu jenem Zeitpunkt waren 44 sowjetische Ingenieure in einer Geheimmission auf dem Weg nach Washington. Sie hatten allerdings einen anderen Zug gewählt. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hatten sie militärtechnische Aufträge zur Absprache mit der

US-amerikanischen Regierung zwecks Kriegsvorbereitung gegen Deutschland mit auf den Weg bekommen. Was wollte wohl sonst ein so großes Aufgebot solcher Leute ausgerechnet zu dieser Zeit in der US-Hauptstadt? Dies war immerhin 3 Monate vor Ausbruch des Rußlandfeldzuges.²²⁾ Es war jedenfalls genau der Zeitpunkt, als die Sowjetunion den vereinbarten Transport von Rohstoffen und Kriegsmaterial aus Fernost durch ihr Territorium nach Deutschland unterband, während sie Lieferungen an die Alliierten begünstigte.²³⁾

Rom sollte zerstört werden

Am 3. September 1943 vollzog der italienische Marschall Badoglio in Anwesenheit US-Generals Eisenhower die Kapitulation Italiens.

Drei Stunden später erklärte **Badoglio** im Quirinal in Rom dem deutschen Vertreter Rahn:

"Ich bin Marschall Badoglio, einer der drei ältesten Marschälle Europas -- Mackensen, Pétain und ich selbst sind die drei ältesten Marschälle Europas. Das Mißtrauen der Reichsregierung gegen meine Person ist unverstündlich. Ich habe mein Ehrenwort gegeben und ich halte es, ich bitte Sie, haben Sie Vertrauen."

"Fünf Tage später wurde der Waffenstillstand kundgemacht, und am 9. begab sich der König per Schiff nach Brindisi, das er zur provisorischen Hauptstadt seines Königreiches erkor."

In Malta traf Badoglio mit Eisenhower zusammen, der ihm sagte:

'Sie haben gut daran getan, zu unterzeichnen.'

Und um ihm die Wahrheit dieser seiner Worte zu beweisen, zog er einen Plan von Rom aus seiner Tischlade, auf dem die Vatikanstadt von einem roten Kreis umgeben war:

'Alles übrige wäre zerstört worden',

teilte er trocken mit. Sodann enthüllte er seinem Zuhörer vor einer in Quadrate verschiedener Farbzonen unterteilten Karte Italiens, daß 5.000 fliegende Festungen bereit gestanden wären, um in 2 Angriffswellen pro Tag 14 Tage hindurch Quadrat um Quadrat jede dieser Zonen zu zerstören. Die Halbinsel war haarscharf einer Katastrophe ohne Beispiel entgangen.

Am 13. Oktober erklärte Italien Deutschland den Krieg.²³⁾

Bereits 3 Monate vorher, am 13.8.1943 hatte **Mussolini** Rom zur offenen Stadt erklärt, die also nicht verteidigt werden sollte und die auch später nicht verteidigt wurde.

Zwei neue Öfen für 7,4 Millionen Mark

"Weil die Zahl der Feuerbestattungen jährlich um ein Zehntel wächst, baut die Stadt das Krematorium am Hellweg-Friedhof aus: Zwei neue Öfen für 7,4 Millionen Mark sollen die Eindscherungs-Engpässe beheben (die WAZ berichtete). Die Nachbarstädte sollen sich zwar an den Kosten beteiligen, aber kein gleiches Recht auf Nutzung des Essener Krematoriums haben: Der Rat beschloß gestern eine Satzungsänderung, nach der künftig »Essener Verstorbene vorrangig und Auswärtige nur noch im Rahmen der Kapazitäten berücksichtigt werden können«.

Bisher stehen nur 2 Öfen zur Verfügung. Rund 2.300 Leichen lassen sich damit jährlich bei einem 8-Stunden-Betrieb eindschern. Doch schon im vergangenen Jahr lag die Zahl der Leichen bei 3.600. 'Nur mit erheblichen Überstunden', kritisiert ÖTV-Sekretär Wolfgang Meyer, 'konnte diese Men-

ge bewältigt werden.'

Der zuständige Amtsleiter Horst Schröder hatte mehrmals in diesem Zusammenhang beklagt, daß immer mehr Leichen von auswärts nach Essen gebracht werden. 'Teilweise lag ihr Anteil über 50%.' "

Jetzt wollen in den nächsten Wochen auch noch die Düsseldorf ihre Verstorbenen zum Eindschern nach Essen bringen, weil sie ihr Krematorium für eine längere Reparatur schließen müssen.

Vor einem ganz anderen Problem warnen die Grünen. Fraktionssprecher Raimund Schoen:

'Die Leichen werden mit Chlorkohlenwasserstoff behandelt. Wenn die Verbrennungstemperaturen zu niedrig sind, können dadurch Dioxine entstehen.' ks/ah²⁴⁾

"Von BBC kein einziges Wort"

"Zur Zeitschriften-Übersicht von Arnulf Baring: "Und doch: Vergangenheit, die nicht vergehen will" (F.A.Z. v. 18.9.): Angesichts der kollektiven Vorwürfe, die Daniel Goldhagen an die Deutschen richtet, ist es sicher angebracht, wenn möglichst viele Zeitzeugen ihr Wissen zu Protokoll geben. Mit Gräfin Dönhoff und Helmut Schmidt kann auch ich nur versichern, daß man in meiner Familie von den Konzentrationslagern und der systematisch betriebenen Judenvernichtung nichts gewußt hat.

Wir haben, was geschehen war, erst nach dem Kriege erfahren. Als die Reichskristallnacht inszeniert wurde, war ich 9 Jahre alt. Ich erinnere mich, wie mein Vater von diesem Zeitpunkt an auf

22) Life, 31. März 1941, S. 44 + Fritz Becker, "Stalins Blutspur durch Europa -- Partner des Westens", Kiel 1995, S. 205.

23) Jacques de Launay, "Geheimdiplomatie 1939 - 1945", Stuttgart 1963, S. 141 - 142.

24) Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Essen, 25.4.1991.

die äußerste Distanz zum politischen System ging, die möglich war, ohne sich und damit die Familie zu gefährden. Ich erinnere mich auch, daß wir Kinder kurz nach Ausbruch des Krieges noch schnell einige Kleidungsstücke gekauft bekamen, und zwar bei einem jüdischen Textilhändler. ...

Wann immer Verwandte uns während des Krieges besuchten, dabei auch Frontsoldaten, wurden kritische politische Gespräche geführt. Mit Sicherheit wären die Themen Konzentra-

tionslager und Judenvernichtung zur Sprache gekommen, hätte man davon gewußt. Wann immer ich meine mütterlichen Großeltern zur Ferienzeit besuchte, die ein empfangsstarke Radio besaßen, hörte ich nachts die deutschen Nachrichten der BBC. Das war punktuell; nie jedoch habe ich in den von mir abgehörten Sendungen Nachrichten über Konzentrationslager und Judenmord vernommen.

Professor Dr. Dieter Wuttke, Bamberg²⁵⁾

"Worüber die »Feindsender« eisern schwiegen"

Leser Professor Dr. Dieter Wuttkes Brief »Von BBC kein einziges Wort« (F.A.Z. vom 26.9.) berührt ein Tabu, über das noch gründlicher nachgedacht werden sollte. Die gegen uns Deutsche in immer noch zunehmender Lautstärke erhobenen Vorwürfe stützen sich auf die Unterstellung, nationalsozialistische Massenmorde seien allgemein bekannt gewesen. Ich habe als Kind die Empörung meiner Eltern über die sogenannte Reichskristallnacht miterlebt und erinnere mich sehr wohl daran, daß sich während des Krieges die menschenunwürdige Deportation jüdischer Bürger zum Gegenstand mitfühlender und sorgenvoller Gespräche im Familien- und Freundeskreis bildete. Offener Widerstand unterblieb angesichts der durchaus geläufigen Bedrohung mit Konzentrationslager und Terrorjustiz. Zu Grenzsituationen des Gewissens kam es nicht, weil von Mord nie die Rede war und die Deportation wirklicher oder vermeintlicher Staatsfeinde wohl als vertretbar angesehen wurde.

Aber wir hörten damals regelmäßig 'Feindsender'. Das der Schicksalsinfonie nachempfundene Pausenzeichen eines die-

ser Sender klingt mir noch heute im Ohr. Die Berichte zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Lage in Europa und der Welt waren naturgemäß nicht neutral, aber von sehr viel höherem Informationsgehalt als das, was uns der deutsche Rundfunk vorsetzte. Wir glaubten also trotz der kriegsbedingten Abschottung einigermaßen unterrichtet zu sein.

Ebenso wie Leser Professor Wuttke kann ich mich aber nicht an Hinweise auf die in den Vernichtungslagern begangenen Massenmorde erinnern, obwohl solche Meldungen doch Tag für Tag ins Programm gehört hätten. Wenn meine Erinnerung richtig ist, wird dem Grund des Schweigens nachzugehen sein. Könnte es sein, daß selbst gut informierte Kreise des Auslands den spärlichen und nicht in die Vorstellungskraft passenden Nachrichten keinen Glauben schenkten? Oder gab es sonstige Gründe zur Zurückhaltung? Und welche Schlußfolgerungen sind im Hinblick auf die angebliche Kollektivschuld zu ziehen? Fragen über Fragen, die noch der ernsthaften und ehrlichen Erörterung harren.

Dr. Rainer Eggert, Frankfurt am Main²⁶⁾

"Auf keiner Funkwelle von den ermordeten Juden die Rede"

Dr. phil. **Joachim Hoffmann**, Ebringen bei Freiburg, Verfasser des nachfolgenden Leserbriefes, ist der Autor des berühmt gewordenen Buches "Stalins Vernichtungskrieg", das neben den Büchern von Viktor Suworow "Der Eisbrecher" und "Der Tag M" und von Fritz Becker "Stalins Blutspur durch Europa" zu den besten Dokumentationen für Stalins beabsichtigten Angriffs- und Eroberungskrieg gegenüber Europa im Jahre 1939 bzw. 1941 gehört, die die maßgebenden Mächte 50 Jahre hindurch bewußt geheimgehalten haben, um den Mythos von den "Heiligen Kriegen für die Humanität und Zivilisation" aufrechtzuerhalten.

"Den Briefen von Leser Professor Dr. Dieter Wuttke »Von BBC kein einziges Wort« (F.A.Z. vom 26. September) und Leser Dr. Rainer Eggert »Worüber die »Feindsender« eisern schwiegen« (F.A.Z. vom 30. September) kann ich nur lebhaft beipflichten.

In der Tat ist der Völkermord an den Juden auch meines Wissens während des Krieges in den anglo-amerikanischen Radiosendungen nicht erwähnt worden. Ich war bei Kriegsende 14½ Jahre alt und hatte bis Anfang 1945 in Königsberg, dann bei Rathenow ein kleines, aber hochentwickeltes Empfangsgerät zur Verfügung. Von Ende 1943 an bis April 1945 habe ich ziemlich regelmäßig die »Feindsender« abgehört.

Ihre einprägsamen Melodien sind mir noch heute lebendig: Die »Stimme Amerikas« mit einer von mir fälschlich für den Yankee Doodle gehaltenen flotten Melodie, die BBC mit dräuender Schicksalsmusik nach dumpfem Paukenschlag, der Moskauer Rundfunk mit den ersten Takten von »Mein weites Vaterland« (Schiroka strana moja rodna) und der vertrauenerweckenden Parole »Tod den deutschen (nicht etwa den 'faschistischen') Okkupanten« an Beginn und Ende jeder Sendung. Aber gehört habe ich auch die Übertragungen des »Nationalkomitees »Freies Deutschland« (NKFD), die mit der Vertonung von Ernst Moritz Arndts 'Der Gott, der Eisen wachsen ließ' eingeleitet wurden, ferner die Rundfunkgesellschaft in Bari und den schmissig aufgemachten Radiosender 'Soldatensender West'.

Und was hörte man nicht alles. In der »Stimme Amerikas« einen Vortrag über die 14 Punkte des Präsidenten Wilson, mit denen es sich in Wahrheit ganz anders verhalten hätte als in Deutschland immer dargestellt. BBC berichtete über Skandalaffären aus Wien, endend mit der ironischen Bemerkung: »Aber die Wiener lieben ihren Baldur ja so sehr.« Immerhin ist der Reichsstatthalter und Gauleiter Baldur von Schirach in Nürnberg ja der Beihilfe zur Deportation der Wiener Juden angeklagt worden.

Das letzte, was ich vernahm, war um den 10. April 1945

25) *Frankfurter Allgemeine*, 26.9.1996.

26) *Frankfurter Allgemeine*, 30.9.1996.

herum die von schneidiger Marschmusik umrahmte Meldung der »Stimme Amerikas«: Amerikanische Panzer haben bei Wolmirstedt nördlich Magdeburg die Elbe erreicht.

In der ganzen Zeit von Ende 1943 bis April 1945 habe ich niemals auch nur ein Sterbenswort von den Judenmorden vernommen. Das hätte sich mir ganz bestimmt unauslöschlich eingeprägt, und ich hätte es nie vergessen.²⁷⁾

Stumme »Feindsender«

„Zu den Briefen von Leser Professor Dr. Dieter Wuttke 'Von BBC kein einziges Wort' und von Leser Dr. Rainer Eggert 'Worüber die >Feindsender< schwiegen' (F.A.Z. vom 26. und 30. September): Von 1942 bis Anfang 1945 war ich bei einer Dienststelle des Auswärtigen Amts in Berlin beschäftigt, deren Aufgabe es war, ausländische Sender abzu hören. Ich habe so berufsmäßig und tagtäglich sowohl Nachrichten der BBC als auch amerikanischer Sender abgehört, allerdings in italienischer Sprache. Ich habe nicht ein einziges Mal einen

Auf keiner Funkwelle von den ermordeten Juden die Rede

Das Briefen von Leser Professor Dr. Dieter Wuttke 'Von BBC kein einziges Wort' (F.A.Z. vom 26. September) und Leser Dr. Rainer Eggert 'Worüber die >Feindsender< schwiegen' (F.A.Z. vom 30. September) kann ich nur kläglich befehligen. In der Zeit des Vollmonds an den Jüd-n auch meines Wissens während des Krieges in den anglo-amerikanischen Radiosendungen nicht erwähnt werden. Ich war bei Kriegsende vornehmlich dabei, als und hatte bis Anfang 1945 in Kölnberg, dann bei Radiofonie am Kitzberg, aber Radiofonieles Empfangsgerät zur Verfügung. Von Ende 1943 bis April 1945 habe ich mehrfach regelmäßig die >Feindsender< abgehört.

Das empfangenen Nachrichten sind mir noch heute lebendig. Die >Stimme Amerikas< mit einer von nur fälschlich für den Yankee Double gehaltenen flüchtigen Rede, die BBC mit dauerndem Schicksalsschmerz nach dem Fall von Paris, der Moskauer Rundfunk mit dem ersten Satz von 'Mein weites Vaterland' (Schmerz bei einem hohen Empfang) und der vertrauensvollen Parole 'Lied des deutschen Volkes' (Lied des deutschen Volkes) (F.A.Z. vom 26. und 30. September) Von 1942 bis Anfang 1945 war ich bei einer Dienststelle des Auswärtigen Amts in Berlin beschäftigt, deren Aufgabe es war, ausländische Sender abzu hören. Ich habe so berufsmäßig und tagtäglich sowohl Nachrichten der BBC als auch amerikanischer Sender abgehört, allerdings in italienischer Sprache. Ich habe nicht ein einziges Mal einen Sterbenswort von den Judenmorden vernommen. Das hätte sich mir ganz bestimmt unauslöschlich eingeprägt, und ich hätte es nie vergessen.

Stumme »Feindsender«

Zu den Briefen von Leser Professor Dr. Dieter Wuttke 'Von BBC kein einziges Wort' und von Leser Dr. Rainer Eggert 'Worüber die >Feindsender< schwiegen' (F.A.Z. vom 26. und 30. September) Von 1942 bis Anfang 1945 war ich bei einer Dienststelle des Auswärtigen Amts in Berlin beschäftigt, deren Aufgabe es war, ausländische Sender abzu hören. Ich habe so berufsmäßig und tagtäglich sowohl Nachrichten der BBC als auch amerikanischer Sender abgehört, allerdings in italienischer Sprache. Ich habe nicht ein einziges Mal einen Sterbenswort von den Judenmorden vernommen. Das hätte sich mir ganz bestimmt unauslöschlich eingeprägt, und ich hätte es nie vergessen.

Hinweis auf Vernichtungslager und auf die in den Lagern begangenen Massensterben gehört. Entweder wollten die Westalliierten, wenn sie davon Kenntnis hatten, dies nicht bekanntmachen, oder sie wußten selbst nicht Bescheid. Dafür spricht auch, daß nach meinem Wissen die Transportwege nach Auschwitz nie bombardiert wurden, was doch wohl bei Kenntnis unentschuldigbar gewesen wäre.²⁸⁾

Marlise Wäde, Heidelberg²⁷⁾

US-Richter Leon W. Powers bestätigte die soeben zitierten Sachverhalte in seiner Stellungnahme zum Urteil des Wilhelmstraßenprozesses 1949:

„Hans Fritzsche war ein verantwortlicher Beamter im Propagandaministerium. Er sammelte Nachrichten für die Presse und gab Nachrichtensendungen

*über den Rundfunk. Seine ganze Tätigkeit bestand darin, das Neueste herauszufinden und über alles Geschehen auf dem laufenden zu sein, und doch kam der Internationale Militärgerichtshof zu dem Schluß, daß er von diesen Ausrottungen nichts wußte.“*²⁸⁾

Die Verschwörer hatten sich nicht auf deutsche Kriegsverbrechen gegen Juden berufen, obgleich solche geschehen sind

Die 1961 mit 575 Seiten herausgegebene Dokumentation 'Spiegelbild einer Verschwörung'²⁹⁾ enthält gewiß nicht alle Aussagen maßgebender Männer des Widerstandes gegen Hitler, doch wohl die repräsentativsten anlässlich der Verhöre durch das Reichssicherheitshauptamt nach dem Attentat vom 20. Juli 1944. Eine Kommission von 400 Beamten hatte seinerzeit jene Vernehmungsberichte zusammengefaßt, die fast täglich Hitler unterbreitet wurden. Diese Publikation ist in den vergangenen 36 Jahren von keinem einzigen Fachmann in der Authentizität ihrer Angaben insgesamt oder im Detail jemals bestritten worden.

Hier sei daher nur Komprimiertes und Wesentliches für das gesamtdeutsche Schicksal aus dieser Dokumentation zusammengestellt:

Gegner von vornherein

Der von den Widerstandskräften zum neuen Reichskanzler auserkorene **Carl-Friedrich Goerdeler** berief sich wiederholt auf seine seit 1938 aktive Gegnerschaft zum Regime:

„Gegenstand unserer Besprechungen (mit Generaloberst Ludwig Beck) war seit 1938, dem Jahr, in dem Beck ausge-

schieden war, die Entwicklung der politischen Lage, in deren Beurteilung wir beide übereinstimmten.“

Was man damals im Reichssicherheitshauptamt noch nicht wußte, waren Goerdelers Putschabsichten und seine landesverräterische Tätigkeit bereits vor Ausbruch des Krieges. Bekannt war dort indessen, daß *„Goerdeler und Beck sich schon damals, lange bevor militärische Argumente eine Rolle spielten, eine andere Politik und eine andere Regierung wünschten“.*

„Beck und Goerdeler waren von vornherein gegen den Krieg. Als er ausbrach, waren sie von Anfang an davon überzeugt, daß er verloren würde. ...

*Beck hat sich seit seiner Entlassung als Chef des Generalstabes mit nichts anderem beschäftigt, als die militärische Entwicklung zu studieren, in zahllosen Besprechungen mit Militärs, mit Olbricht, mit Truppenführern von der Front usw. ein umfangreiches Belegmaterial für seine von vornherein pessimistische Grundeinstellung anzuhäufen und immer wieder die negativen Gesichtspunkte der militärischen Entwicklung herauszustellen. Das gleiche hat Goerdeler von der politischen Seite her getan.“*²⁹⁾ (S. 282)

Verbrechen der Wehrmacht oder der SS erwähnte zumindest Generaloberst a.D. Ludwig Beck als Grundlagen für die Attentatspläne gegen Hitler nicht.

²⁸⁾ Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozess, Schwäbisch Gmünd 1950, S. 301. — Vgl. auch HT Nr. 45, S. 2, Aussage **Winston Churchill**: Die Deutschen hatten keine Kenntnis haben können.

²⁷⁾ *Frankfurter Allgemeine*, 9. Oktober 1996, S. 16, Überschrift dort in Fettdruck. Der deutsche Staatsanwalt hat das bis heute nicht beanstandet. Ein bundesrepublikanischer Richter bislang auch nicht, ganz im Gegensatz zur Behandlung von Udo Walendy, dem man Fettdruck zum Strafdelikt erklärte.

Kritik an der Außenpolitik

Da es sich bei den führenden Oppositionellen des 20. Juli 1944 weitgehend um dieselben Widerständler wie 1937/1938 handelt, die bereits zu jener Zeit Hoch- und Landesverrat betrieben und Pläne zur Beseitigung Hitlers geschmiedet hatten, nimmt es nicht wunder, wenn sie sich auch in ihren jahrelangen Besprechungen über die deutsche Außenpolitik die Sprachregelungen der Alliierten von der deutschen Kriegsschuld zu eigen machten, konkrete Zusammenhänge ebenso über Bord warfen wie auch Stalins kommunistische Weltoberungszielsetzung und die Vernichtungsstrategie im westlichen wie östlichen Lager gegenüber dem deutschen Volk völlig verkannt haben. Ihre eigene außenpolitische Hilflosigkeit war erschreckend.

Sorge um das Schicksal Deutschlands

"In einer großen Zahl von Vernehmungen wird die Teilnahme an Umsturzbesprechungen mit ehrlicher Sorge um das Schicksal Deutschlands motiviert.

So hat der Botschafter von Hassel beteuert, daß er immer ein guter Nationalsozialist gewesen ist, sich allerdings immer ein selbständiges Urteil bewahrt und sich seine eigenen besorgten Gedanken über den Kriegsverlauf gemacht habe. Er habe sich immer wieder überlegt, durch welche Außenpolitik Deutschland aus diesem Kriege herauskommen könne und wie man zu einer solchen Außenpolitik gelange. ...

Selbst Leuschner machte für seine Teilnahme an den Vorbereitungen zum Putschversuch zunächst ernsthafte Besorgnis über die Entwicklung des Krieges geltend. ...

Man habe sich auf den Kriegsverlust einstellen müssen, weil der Dreifrontenkrieg trotz aller Anstrengungen der deutschen Heimat und trotz aller Bravour der kämpfenden Front das größere Potential des Feindes zu immer größerer Wirkung gelangen lasse. ...

Leuschner muß zugeben, daß man sich mit den Gewerkschaftsfragen und den Plänen für ein neues Regime bereits befaßt hat, als (1939) an eine militärische Niederlage nicht zu denken war." (29) (S. 285 - 286)

Entscheidend für alle war: Sie hielten den Krieg für Deutschland verloren

Otto Gessler, ehemaliger Reichswehrminister, hat sich seit Kriegseintritt der USA in die Verschwörung gegen Hitler verstrickt, da er seitdem den Krieg für verloren hielt. In seinen niedergeschriebenen Gedanken heißt es:

"Auch der Rückschlag in Rußland im Kriegswinter 1941/1942 brachte noch keine besonderen Sorgen. Eine erste Wendung in der allgemeinen Stimmung ... kam erst mit dem Unglück in Stalingrad und den hohen Verlusten auch an Vermissten. Auch begannen jetzt die Erzählungen der Urlauber aus dem Osten über die russische Stärke und Ausrüstung ungünstiger zu wirken. Dann kamen die Rückschläge in Afrika und der Abfall Italiens. Jetzt setzte die Entartung der natürlichen Kriegsmüdigkeit in einen höchst gefährlichen Defaitismus, d.h. Hoffnungslosigkeit, ein. In

29) Archiv Peter für historische und zeitgeschichtliche Dokumentation (Hrsg.), "Spiegelbild einer Verschwörung -- Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt", Stuttgart 1961, Seewald Verlag.

der zweiten Hälfte 1943 wurde überall gesagt, der Krieg geht im Herbst zu Ende wie der letzte, einen neuen Winterfeldzug halten wir nicht mehr aus. ..." (29) (S. 396)

Fabian v. Schlabrendorff, Rechtsanwalt:

"Als ich zur Heeresgruppe Mitte kam, galt Treskow als 150%iger Nazi, also als Mann, der unbedingt hinter dem Führer stand. ... Als sich aber dann vor Moskau die Verhältnisse zu versteifen und zu verschlechtern begannen, war er der erste, der den ganzen Ostfeldzug als verloren ansah. Mit jedem neuen Rückschlag konnte man seit dieser Zeit beobachten, daß v. Treskow immer pessimistischer wurde. Jeden Rückschlag sah er als Bestätigung für seine Auffassung an. Als dann schließlich der Schlag von Stalingrad kam, war es für Treskow eine ausgemachte Sache, daß nunmehr die Dinge nicht mehr zu halten seien..." (29) (S. 400)

Claus Schenk Graf v. Stauffenberg, Oberst im Generalstab:

"Es ist furchtbar, mit offenen Augen uns einer Katastrophe entgegentreiben zu sehen." (29) (S. 402)

"Den Kommissarbefehl, die schändliche Behandlungsweise sowjetischer Kriegsgefangener, die zwangsweise Verschleppung von 'Ostarbeitern' in das Reichsgebiet. Das alles erwähnte und brandmarkte Stauffenberg in seiner Denkschrift, die später der Gestapo in die Hände fiel. Den wahren Charakter und Umfang der 'Endlösung' der Judenfrage kann er nicht gekannt haben, sonst hätte er darüber -- angesichts seines hochgespannten Humanitätsbewußtseins, das wir seit der 'Reichskristallnacht' und seit dem Polenfeldzug von ihm kennen -- unzweifelhaft geschrieben oder gesprochen. Auch Stauffenberg kam, wie fast alle Deutschen, nicht hinter das größte Geheimnis des Jahrhunderts." (30)

Der unpolitische Offizier

"In den Vernehmungen zum 20. Juli 1944 kehrt mit fast stereotyper Regelmäßigkeit der angeblich »unpolitische Offizier«, der »Nur-Soldat« wieder, der sich von der Politik abkapselt und der es 'geradezu als Pflicht betrachtet, keine eigene politische Meinung zu haben'. Selbst Männer, die von der Verschwörerclique für Posten von hoher Verantwortung und weittragender politischer Wirkungskraft ausersehen worden waren, wie z.B. v. Witzleben und Hoepfner, aber auch Männer wie Olbricht und Stief beschränken sich bewußt auf eine »rein militärische Betrachtung« der Dinge." (29) (S. 271)

Über v. Witzleben heißt es in den Kaltenbrunner-Berichten zudem an anderer Stelle:

"Nachdem Witzleben am Ende des Frankreichfeldzuges wegen Krankheit zur Führerreserve versetzt worden war, lebte er ... völlig zurückgezogen. Er schien mutlos, verbittert und weltfremd. Seine Krankheit (er litt an Magengeschwüren und Magenblutungen) zwang ihn gesundheitlich zu größter Schonung und wirkte sich zweifellos auch auf seinen Gesamtzustand aus. ...

Es ist erstaunlich, daß dieser Mann, der fast 4 Jahre lang dem öffentlichen Leben, dem Kriegsgeschehen und der Entwicklung der Waffentechnik reichlich fern gelebt hat und in den Wandlungen der Strategie und Taktik des modernen Krieges aus den Erfahrungen im Grunde heraus war, sich dennoch zutraute, den Oberbefehl über die gesamte Wehr-

30) Wolfgang Venohr, "Stauffenberg", Frankfurt/M - Berlin 1986.

macht zu übernehmen und es »besser zu machen«. ...

Einen Eindruck erschütternder Ahnungslosigkeit machte Witzleben, als er in der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof erklärte, von den 'ganzen politischen und zivilistischen Dingen' verstehe er nichts und habe sich auch nicht darum gekümmert." 29) (S. 366)

Auch Hoepfner war ein Mann, der sich als völlig unpolitisch bezeichnete und nur auf den Verkehr mit alten Kameraden beschränkte. Auch er lebte seit fast 4 Jahren weltfremd und zurückgezogen. Dennoch sollte er die Funktionen des Kriegsministers übernehmen." 29) (S. 367)

"Kennzeichnend ist z.B. die Charakteristik, die die Tochter Hoepfners, Ingrid Potente, über ihren Vater gibt. Sie sagt:

'Mein Vater ist ein völlig unpolitischer Mensch. ... Er betrachtete sich immer als unpolitischen Soldaten und beurteilte das Zeitgeschehen jeweils nur von der militärischen Seite.'

Fast wörtlich damit übereinstimmend beschreibt Frau Gertrud Halder die Einstellung ihres Mannes zu politischen Fragen:

'Mein Mann war durch und durch Soldat und nur Soldat. Sein Leben war ganz mit militärischen Dingen ausgefüllt. Für Politik hatte er keine Zeit. Politisch war er nie interessiert.' "

Hellmuth Stief erklärte:

" 'Ich bin Offizier und Soldat und habe mich mit Politik nie beschäftigt. Über die zivile Seite weiß ich nicht Bescheid. Mir wurde gesagt, daß sie in Ordnung ginge.' "

Das hinderte diesen Generalmajor jedoch nicht, nach Absprache mit den Generalen Eduard Wagner, Erich Fellgiebel, Fritz Lindemann und auch Oberst Claus Schenk v. Stauffenberg ein Attentat besonders niederträchtiger Art für den 7. Juli 1944 in der Nähe des Schlosses Kleßheim anlässlich der Vorführung einer neuen Kampfuniform zu planen:

"Es waren ausdrücklich 3 frontbewährte Unteroffiziersdienstgrade mit hohen Auszeichnungen und goldener Nahkampfspange ausgewählt worden, um ihnen als Anerkennung für ihre unter Beweis gestellte Tapferkeit die Auszeichnung zuteil werden zu lassen, einmal ihrem Führer selbst begegnen zu dürfen. Da v. Kleist-Schmenzin nicht zur Verfügung stand, sollte nunmehr der Sprengstoff im Sturmgepäck der ahnungslosen Unteroffiziere untergebracht werden. ...

Nach der eigentlichen Waffenvorführung sagte Adolf Hitler wegen Zeitüberschreitung und eines angesetzten Lagetermins die Vorführung der neuen Kampfausrüstung ab. ... " 31)

Oberst Harald Momm:

" 'Ich habe die Sache rein militärisch und nicht vom politischen Standpunkt aus betrachtet.'

Diese Einstellung der Beteiligten, die noch um zahlreiche Beispiele vermehrt werden könnte, spiegelt eine in einem Teil des Offizierskorps offenbar ganz allgemeine Geisteshaltung wieder und findet sich insbesondere bei solchen Offizieren, die durch das Hunderttausendmannheer hindurch und aus ihm hervorgegangen sind." 29) (S. 271 - 272)

Kritik an der Kriegsspitzengliederung und der Kriegführung

"Für den Entschluß der am Attentat beteiligten Generalstabsoffiziere, eine gewaltsame Änderung in der Führung durchzusetzen, sollen nach ihrer Angabe vornehmlich militärische Gesichtspunkte im Vordergrund gestanden haben. Insbesondere sind es 3 Fragenkomplexe, die von den Vernommenen immer wieder zur Begründung ihrer Haltung herangezogen werden, nämlich

1. die komplizierte und zu Überschneidungen und Reibungen führende Kriegsspitzengliederung,

2. angeblich verfehlte strategische Maßnahmen der Führung,

3. die Einschaltung des Führerhauptquartiers in Maßnahmen minderer Bedeutung. ... " 29) (S. 291)

Die Widerstands- und Attentatsmotive des Generalmajors im Amt Abwehr, Hans Oster, bezogen sich auf die Schaffung eines Oberbefehlshabers Ost, die Stärkung des Generalstabes auf die Operationen im Osten, die Änderung der Politik in den besetzten Gebieten und größere Selbständigkeit der verantwortlichen Armeeführer. Deutsche Kriegsverbrechen erscheinen in diesem Katalog nicht." 29) (S. 406)

Kritik an der Staatsführung

"Statt berufener Führer kamen im allgemeinen kleine Leute an die Spitze, die eine unkontrollierte Macht ausübten. Gegen den Gedanken der Volksgemeinschaft wurde verstossen, indem gegen die oberen Schichten und die »Intellektuellen« gehetzt und überhaupt nach Möglichkeit das Ressentiment des Kleinbürgers gewahrt wurde. ... Statt einer Stärkung des Landes kam es zu einer Landflucht, die gleichfalls das bisher gekannte Maß überschritt und das Land auf das schwerste gefährdet. Statt einer neuen Rechtsordnung kamen wir zur Rechtslosigkeit und sogar in weitem Umfang zum Verlust der Rechtsgeföhle." 29) (S. 326)

"Dr. Goerdeler hielt den Krieg überhaupt für verloren, insbesondere deshalb, weil der Führer es nicht verstanden habe, die richtigen Männer an die richtigen Stellen zu setzen und darüber hinaus selbst Eingriffe in die Kriegführung bis in die kleinsten Kleinigkeiten durchführe. ... Dr. Goerdeler hat jahrelang ... allein das Heilmittel ... in der Selbsthilfe der Generale angesehen..." 29) (S. 348)

Goerdeler wollte/sollte Reichskanzler werden.

Dietrich Bonhoeffer, der sich ebenfalls aus der militärpolitischen Gesamtlage heraus zum Putsch bereitfand, bezog sich als evangelischer Theologe und ehemaliger Anhänger der Deutschen Volkspartei freilich auch auf die von ihm als verfehlt angesehene Kirchenpolitik und Behandlung der Judenfrage sowie die vorhandene Rechtsunsicherheit.

Zahlreiche der an der Verschwörung beteiligten Offiziere kritisierten die Machtstellung der SS und der Partei sowie die Tatsache ihrer beschränkten Einwirkungsmöglichkeit auf die großen Entscheidungen der Militärstrategie und Politik.

Kritik an der Lebensführung führender Persönlichkeiten

Zahlreiche Verschwörer waren ursprünglich mit dem

31) Otto Ernst Remer, "Verschwörung und Verrat um Hitler", Bad Kissingen 1981/1993, S. 94.

Nationalsozialismus voll einverstanden, begründeten jedoch ihren Unmut über das "Regime" mit der ihnen nicht als angebracht erscheinenden Lebensführung maßgebender Persönlichkeiten während des Krieges, insbesondere dem ihnen zu üppig erscheinenden Lebensstil von Hermann Göring, Dr. Joseph Goebbels und Robert Ley.

"Im ganzen Volk raunt man seit Jahren: 'Seht den Gauleiter, seht jenen Kreiswarter, wie er sich bereichert'. Ist es denn tragbar, daß im Kriege hohe und höchste Würdenträger auf das schamloseste in Deutschland und den besetzten Gebieten fremdes Gut an sich bringen und in Wohlleben schwimmen, während in Millionen deutscher Familien die Not eingezogen ist?"

"Den Grundsatz »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« verrieten die Führenden zum großen Teil selbst, indem sie eigene Interessen voranstellten und eine in diesem Umfang noch nie gekannte Korruption einsetzte." (29) (S. 325, 326)

Unberücksichtigt hierbei freilich blieb, daß sich solche Argumente stets und überall mühelos vorbringen lassen, zumal man sie nicht zu belegen braucht und daß die NS-Staatsführung ein Optimum an gesetzlichen und sonstigen Maßnahmen ergriffen hatte, die ein Staat in der damaligen Situation überhaupt ergreifen konnte, um ungebührliche persönliche Bereicherungen auszuschließen, wenn er nicht bolschewistische Terrorstrukturen schaffen wollte.

Die Überprüfung des Lebensstils insbesondere des "adlig reaktionären Kreises" durch das Reichssicherheitshauptamt ergab folgende Beurteilung:

"In bezug auf die eigene Lebensführung dieser Männer im 4. und 5. Kriegsjahr haben jedoch die Vernehmungen eine ganze Reihe von Beispielen dafür ergeben, daß gerade die Männer des adlig reaktionären Kreises durchaus gewisse Vorrechte als selbstverständlich für sich in Anspruch nahmen und ihr gewohntes Leben im breiten Raum weiterführten. Hier spricht bewußt oder unbewußt offenbar die Vorstellung mit, daß ein gewisser breiter Lebensabschnitt eben doch nur bestimmten Kreisen einer angeblichen Führungsschicht zukomme, nicht aber den Männern, die man als »kleine Leute« und »Emporkömmlinge« ansah."

Einzelheiten sind in den Kaltenbrunner-Berichten nachzulesen. (29) (S. 416 ff)

Kritik an der Handhabung der Judenfrage

Sollte den Plänen der Verschwörer zufolge

"am Rassegedanken festgehalten werden, ... so hätte doch die Enteignung der Juden in einer für Deutschland würdigeren Form vorgenommen werden können",

heißt es in zahlreichen Vernehmungen. (29) (S. 449)

In der beabsichtigt gewesenen Regierungserklärung Goerdelers ist hierzu vermerkt:

"Die Judenverfolgung, die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wiedergutmachenden Formen vollzogen hat, ist sofort eingestellt. Wer geglaubt hat, sich am jüdischen Vermögen bereichern zu können, wird erfahren, daß es eine Schande für jeden Deutschen ist, nach einem unredlichen Besitz zu streben." (29) (S. 149)

Von Massenmorden war hier keine Rede.

Ungeachtet dessen vermerken die Berichte Kaltenbrunners, daß **Carl Friedrich Goerdeler**

"immer wieder seinen Abscheu über die großen Judenmetzeleien in Polen geäußert habe, die im Ausland besonders ungünstig gewirkt hätten" (29) (S. 474)

Näheres war aus den Kaltenbrunner-Berichten nicht zu erfahren. Goerdeler hat zweifellos die BBC-Meldungen aus London hierüber vernommen und sich deren Sprachstil zu eigen gemacht, wie er dies auch in der Kriegsschuldfrage und vielem anderen ungeachtet konkreter Faktenlagen tat. Da die alliierte Nachrichtengebung auf "psychologische Kriegführung" bzw. "Schwarzpropaganda" abgestellt war, bei der nach Aussage des britischen Premiers Winston Churchill "die Wahrheit nie anders als mit einer Leibwache von Lügen auftreten sollte" (32), bliebe zu prüfen, was von jenen Meldungen auf Tatsachen beruhte und welche Tatsachen über "große Judenmetzeleien" Goerdeler gekannt hat.

Uns ist lediglich ein "Brief" Goerdelers an Generalfeldmarschall v. Kluge vom 25.7.1943 bekanntgeworden, in dem dieser sein Drängen auf Staatsstreich u.a. mit dem Hinweis auf einen jungen, anonym bleibenden SS-Mann "begründete":

"Vor einer Woche vernahm ich den Bericht eines 18½-jährigen SS-Soldaten, der früher ein ordentlicher Junge war, jetzt mit Gelassenheit erzählte, daß es »nicht gerade sehr schön wäre, Gräben mit Tausenden von Juden angefüllt mit dem Maschinengewehr abzusägen und dann Erde auf die noch zuckenden Körper zu werfen." (33)

Ob dieser Brief authentisch ist, wird, abgesehen von Anführungszeichen in dem "erzählenden Bildband", nicht belegt. In der Tat ist er, zumindest dieser womöglich eingeschobene Absatz, sehr fragwürdig.

Ist auch Goerdelers politische Naivität, Unaufrichtigkeit, Egozentrik und Verantwortungslosigkeit zahllosen Persönlichkeiten zu jener Zeit im Reich bereits bekannt -- von seinen landesverräterischen Tätigkeiten bereits vor Kriegsbeginn wußten bis 1943/44 sicher nur wenige --, so waren sie doch zumindest von ihm gewohnt, vollendete Formulierungen der deutschen Sprache und wenigstens halbwegs schlüssig erscheinende Postulate zu vernehmen. Doch was hier dem deutschen Generalfeldmarschall v. Kluge angeblich geboten wurde, war nicht nur miserabler Stil, sondern auch provokante Zumutung!

Zum Stil:

"Gräben mit Tausenden von Juden angefüllt mit dem Maschinengewehr abzusägen"

-- ist eine absolut undeutsche Ausdrucksweise. Zudem ist ein solches Geschehen technisch schwer vorstellbar. 1.000 Menschen bilden in Dreierreihe eine Marschkolonnen von 350 Meter Tiefe. "Tausende" entsprechend mehr. In Sechserreihe wären immerhin noch 175 Meter erforderlich.

Ein solcher Vorgang, hätte es ihn wirklich gegeben, wäre von einem Regimegegner, der einen Generalfeldmarschall zum Putsch auffordert, sehr viel anders, mit

32) Winston Churchill, "Der Zweite Weltkrieg", V. Bd., 2. Buch "Von Teheran bis Rom", Hamburg 1949 - 1952, S. 75.

33) Ulrich Cartarius, "Deutscher Widerstand 1933 - 1945 -- Opposition gegen Hitler, ein erzählender Bildband", Berlin 1984, S. 223.

erkennbarer innerer Empörung beschrieben worden, zudem mit Orts-, Zeit-, Einheitenangabe und mit Nennung des Namens des Befehlsgebers sowie des "18½-jährigen SS-Soldaten". Ohne Konkretisierung mußte eine solche "Geschichte von Hörensagen" dem Generalfeldmarschall v. Kluge als plumpe Feindpropaganda und strafbare Wehrkraftzersetzung erscheinen. Ein Regimegegner, zumal ihm der Ruf des deutschen Volkes im Ausland angeblich am Herzen lag, hätte v. Kluge auch aufgefordert, der Sache nachzugehen, den Befehlsgeber ggfs. ausfindig zu machen und innerhalb der Wehrmacht- und SS-Führung auf Abstellung und Bestrafung solchen Vorgehens zu drängen.

Noch etwas Unglaubhaftes kommt hinzu: "Ein 18½-jähriger SS-Soldat, der früher ein ordentlicher Junge war", dürfte kaum "mit Gelassenheit erzählt haben, daß es »nicht gerade sehr schön wäre ...«, am Mord von Tausenden von Juden in der geschilderten Weise teilgenommen zu haben. Das hätte sein Gemüt ganz gewiß anders nachhaltig bewegt.

Ein solcher zum Putsch auffordernder Brief, der dann auch noch damit abschließt, daß "wir gar keine Veranlassung haben, den Bolschewismus oder die Angelsachsen zu fürchten", ist angesichts der auch Goerdeler bekanntgewesenen Kriegsführungsmethoden der Bolschewisten und Angelsachsen und auch angesichts der Briefzensur während des Krieges unglaublich. Es gibt auch keinen einzigen Beleg dafür, daß v. Kluge diesen Brief je bekommen oder darauf reagiert hat.

Eines ist sicher: Ein solches "Dokument" kann kein Beweis dafür sein, daß Goerdeler über das nach dem Krieg erst bekanntgewordene Geschehen im Jahr 1943 oder 1944 etwas gewußt hat.

Zunächst bleibt auch hier merkwürdig, daß dieser führende Kopf des Widerstandes gegen Hitler seit Mitte der dreißiger Jahre keinem seiner Mitverschworenen Detailwissen dieses Themenkomplexes zumindest in einer solchen Weise mitgeteilt oder gar dokumentiert hat, daß jene in ihrer Attentatsmotivierung darauf Bezug genommen oder ihrerseits konkrete Einzelheiten bekundet haben.

Der zweite, der sich laut Kaltenbrunner-Berichten über Massenmorde an Juden empört und seinen Widerstand auch damit begründet hatte, war **Peter Graf Yorck v. Wartenburg**. Er war am 13.11.1904 geboren, 1944 somit 40 Jahre alt, Leutnant d. R., im Zivilberuf Oberregierungsrat in Berlin beim Reichskommissar für die Preisbildung, Teilnehmer am Polenfeldzug, seit 1942 tätig im Wirtschaftsstab Ost beim OKW, ein Vetter von Graf Stauffenberg, Gastgeber des "Kreisauer Kreises" in seinem Berliner Haus, von den Verschwörern vorgesehen gewesen als Staatssekretär in der Reichskanzlei.

"Yorck hatte schon einige Jahre vor dem Krieg oppositionell eingestellte Freunde um sich versammelt, im sogenannten Grafen-Kreis."³⁴⁾

Mit Kriegsbeginn 34 Jahre alt, nahm er fortlaufend an den geheimen Spitzengesprächen der Verschwörer teil, ohne daß jemand aus dieser Herrenrunde seine angebliche Kenntnis von Massenmorden an Juden in seine Attentatsmotive jemals mit aufgenommen hätte.

³⁴⁾ Wolfgang Benz + Walter H. Pehle (Hrsg.), "Lexikon des deutschen Widerstandes", Frankfurt/M., S. Fischer Verlag 1994, S. 248.



Peter Graf Yorck v. Wartenburg konnte im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit und Reisen viele Verbindungen für die Opposition schaffen. Als Mitbegründer des Kreisauer Kreises und Teilnehmer am Umsturzversuch wurde er am 8.8.1944 hingerichtet.

Schon dies ist seltsam.

"Ich konnte mich einerseits der Blindigkeit der Stauffenbergschen Beweisführung nicht verschließen, und andererseits hatte sich im Laufe der letzten Jahre in mir ein innerlicher Bruch mit dem Nationalsozialismus vollzogen, insbesondere waren es die nationalsozialistische Auffassung vom Recht, die über die Nürnberger Gesetze hinausgehenden Ausrottungsmaßnahmen gegen das Judentum und das Vorgehen, welches wir teilweise in den besetzten Gebieten an den Tag legten, die mich dem nationalsozialistischen Reich völlig entfremdet hatten."³⁵⁾

Er berief sich hierbei auf den Verlauf "der letzten Jahre", ohne etwas spezifiziert zu benennen. Findet man in den Auslassungen, Aufrufen und der beabsichtigt gewesenen Regierungserklärung der Verschwörer nahezu alle Vokabeln deutscher Schuld ohne Berücksichtigung der wahren Faktenlage, dazu noch bei Verschweigen jeglicher Schuld und Verbrechen der Feindseite, so ist zumindest zu vermuten, auch bei diesem Thema Feindagitation wiederzufinden, deren Behauptungen nicht durch persönliche Kenntnis gestützt sind.

Sefton Delmer bestätigte:

"Als ich im September 1944 mit Otto John sprach ..., erfuhr ich von ihm, daß die Verschwörer unsere Sendungen tatsächlich gehört und genau in dem von mir erhofften Sinne ausgelegt hatten."³⁵⁾

Wie immer dem auch sei, die Formulierung "Ausrottungsmaßnahmen gegen das Judentum" könnte vieles bedeuten. Sie muß nicht unbedingt physische Ausrottung von Menschen heißen, sondern könnte gleicher-

³⁵⁾ Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1961, S. 529.

maßen auch auf Entfernung jeglicher jüdischen Einflüsse aus dem öffentlichen Leben, aber auch auf die Deportationen in den Osten verweisen, was zweifellos unbestritten der Fall war. Es könnte gleichzeitig auf die Ausrottung aller jener Tendenzen aus jüdischer Quelle verweisen wie die Vorgaben und Praktiken von Th. Nathan Kaufmann, Henry Morgenthau, Ilja Ehrenburg, Sefton Delmer, Lord Vansittart, Prof. Hooton, Louis Nizer und vielen anderen, die sich schon vorher die Ausrottung der Deutschen zum Ziel gesetzt hatten. Daß die Kriegsereignisse angesichts solcher offiziellen Zielsetzungen, die sich bekanntlich in der britischen, us-amerikanischen und sowjetischen Regierungspolitik schon spätestens 1941/1942 niedergeschlagen haben, zu einer Eskalierung auch auf der anderen Seite der Front führte, war nicht zu leugnen.

Was hat Yorck über dieses Thema wirklich gewußt? Die Kaltenbrunner-Berichte vermitteln darüber nichts weiter. Bemühungen, aus der Widerstandsliteratur der Nachkriegszeit etwas über Yorcks spezifische Kenntnisse von "Ausrottungsmaßnahmen gegen das Judentum" in Erfahrung zu bringen, scheiterten.

Immerhin belegen diese Ausführungen in den Kaltenbrunner-Berichten, daß das Reichssicherheitshauptamt seinerzeit in der Berichterstattung an die Parteikanzlei dieses Thema keineswegs unterschlagen hatte. So heißt es auch auf Seite 474:

"In sehr vielen Vernehmungen über die Einstellung zum Nationalsozialismus kehrt die Äußerung wieder, man sei zwar allgemein kein Freund der Juden, aber das »brutale«, »übersteigerte« und »überspitzte« Vorgehen in der Judenfrage, das »Festhalten an der blödsinnigen Judenidee« sei der Anlaß gewesen, uns den Haß der ganzen Welt zuzuziehen. Gelegentlich wird auch die propagandistische Behandlung der Judenfrage durch den Stürmer kritisiert."

In diesen "vielen Vernehmungen" ist nicht von Massmorden die Rede.

Kritik an Verbrechen in den besetzten Gebieten

Die Hinweise der Verschwörer auf Verbrechen hinter der Front blieben sämtlich unspezifiziert und mit wenigen Ausnahmen nur auf Korruption bezogen. So heißt es in der beabsichtigt gewesenenen Regierungserklärung Goerdelers:

"Wir empfinden es als eine tiefe Entehrung des deutschen Namens, daß in den besetzten Gebieten hinter dem Rücken der kämpfenden Truppe und ihren Schutz mißbrauchend, Verbrechen aller Art begangen sind. Die Ehre unserer Gefallenen ist damit besudelt."

Wer die Kriegszeit dort draußen benutzt hat, um sich die Taschen zu füllen, oder sonst irgendwie einen Millimeter von der Linie der Ehre abgewichen ist, wird hart zur Rechenschaft gezogen." ²⁹⁾ (S. 149)

Persönlicher Ehrgeiz

"Bei einem beträchtlichen Teil der Verschwörer des 20. Juli 1944 hat ein übersteigter persönlicher Ehrgeiz als Beweggrund zum Handeln eine beträchtliche Rolle gespielt." ²⁹⁾ (S. 477 ff)

Feindagitation zu den Vorgängen am 20. Juli 1944

Der allgemeine Tenor der neutralen sowie der alliierten Presse verweist auf ein infolge des Attentats beschleunigtes Ende des Krieges, auf die "Auseinandersetzung zwischen den Fachgeneralen und der dilettantenhaften Führung", auf den "Ausdruck gewaltiger innerer Spannungen und den Zerfall des nationalsozialistischen Regimes", auf die "Kluft zwischen Führung und Volk angesichts der Entwicklung an den Fronten".

"Stark ausgeschlachtet wird der Aufruf des zum Nationalkomitee übergetretenen Generalfeldmarschalls Paulus, der seinen Schritt mit der durch die Fehler der obersten militärischen Führung verursachten aussichtslosen Lage begründet. ..."

Andere Deutungsversuche führen die Vorgänge des 20. Juli auf eine seit langem bestehende Spannung zwischen Partei und Wehrmacht zurück, die ihre Ursache in zwei Gründen habe:

1. In dem Dualismus von 2 Armeen, der Wehrmacht und der Waffen-SS und den dadurch bedingten beiden Führer-Korps.

2. In der Entwicklung der aussichtslos gewordenen militärischen Lage des Reiches, die die Spannung zwischen Partei und Wehrmacht und das Mißtrauen der Partei gegenüber einem Teil der Generalität ständig gesteigert habe." ²⁹⁾ (S. 278 · 281)

Chef der deutschen Abwehr, der es hätte wissen müssen

Die 1947 der Öffentlichkeit freigegebenen geheimen Sitzungsprotokolle des US-Kongresses haben enthüllt³⁶⁾, daß nach Einschätzung des Chefs des US-Geheimdienstes Admiral Canaris und weitere 4 führende Männer der deutschen Abwehr, des geheimen militärischen Nachrichtendienstes, zweifellos "aus deutscher Sicht Verräter" und etwa 10% der Angehörigen dieses Amtes, bei dem sämtliche geheimen Informationen zusammenliefen, "Anti-Nazis" waren. Sie seien von Hitlers Taktiken im Vorgehen gegen die Russen "angewidert" gewesen und hätten u.a. den Amerikanern Informationen über die deutschen V-Waffen geliefert, so daß die Abschußanlagen hätten bombardiert werden können.³⁷⁾

Gewiß dürfte Allan Dulles, damals Leiter des "Office of Strategic Services", nicht alle geheimen Nachrichten, die aus der Behörde der deutschen Abwehr über die Schweiz nach Washington lanciert worden waren, bekannt gemacht haben. Doch eines dürfte sicher sein: Hätte Canaris und seine Verschwörermannschaft etwas über die Judenvernichtung gewußt (bekanntlich war es Canaris, der nach Kriegsbeginn die Judenstern-Kennzeichnung durchgesetzt und sich in dieser Thematik außerordentlich "interessiert" engagiert hatte), so wäre dies mit Sicherheit in Washington an die große Glocke gehängt worden, und man wüßte heute darüber nicht nur diese Tatsache als solche, sondern auch genaue Einzelheiten.

Dafür gab es "Schätzungen" in Washington

Vor seiner Abreise nach London traf der US-amerikanische Hauptankläger Robert Jackson 3 führende

36) Vgl. HT Nr. 19, S. 18 f.

37) *Deutschland Journal*, Düsseldorf, Oktober 1982.

Juristen amerikanischer jüdischer Organisationen, die von ihm beim beabsichtigten "Hauptkriegsverbrecherprozeß" ein Mitbestimmungsrecht mit der Begründung forderten, "wegen der Schwere der Nazi-Verbrechen gegen die Juden" seien diese gesondert, und zwar unter Beteiligung speziell jüdischer Juristen, abzuurteilen.

"Wie groß denn diese Verluste seien, erkundigte sich Jackson, der für den bevorstehenden Prozeß eine Zahl brauchte.

'Sechs Millionen', erwiderte Dr. Robinson und verdeutlichte, diese Zahl umfasse die Juden in allen deutsch-besetzten

Ländern, vom Ärmelkanal bis Stalingrad.

Jackson notierte an diesem Tag: 'Ich war besonders an der Quelle für seine Schätzung und deren Zuverlässigkeit interessiert, da ich keine authentischen Unterlagen darüber kenne.'

Robinson sagte, er sei auf diese Zahl gekommen, indem er die bekannten Zahlen für die jüdische Bevölkerung im Jahre 1929 mit derjenigen der Juden verglichen habe, die vermutlich heute noch lebten. 'Die Differenz ist, wie man annehmen muß, entweder getötet worden oder hält sich versteckt', sagte er."³⁹⁾

Aphorismen aus: "Die Weizsäcker-Papiere 1933 - 1950"

[ohne Datum (1948), handschr. Blatt] »Menschenvernichtungen«

1. Oberleitung und Grundlinie lagen fest. Nachdem einmal der Krieg da war, konnte es kein Halten mehr geben. Das Entscheidende war also der Kriegsausbruch.

2. Beteiligt war ich bzw. das AA (Auswärtige Amt, -- d. Verf.) sachlich insoweit, als das Ausland beteiligt war, persönlich insoweit, als mich der Außenminister mit seinem Spezialisten (Martin Luther, Leiter der Abt. Deutschland des AA -- d. Verf.) nicht lahm legten. Letzterer war des Ministers Kreatur. Ersterer betonte immer das Extrem.

3. Die Art der Beteiligung des AA entsprach der auch sonst im III. Reich üblichen. Ich war Vermittlungsstelle von Entscheidungen, die von Hitler-Ribbentrop oder Himmler kamen, an das Ausland zu geben waren oder mit dem Ausland zu tun hatten. ...

4. Ich hatte also weder Initiative noch Exekutive; Einwirkungsmöglichkeit hatte ich auf einem schmalen Gebiet, nämlich da, wo mit außenpolitischen Argumenten der festliegenden Entscheidung eine Spitze abgebrochen werden konnte. Man wird keinen Fall finden, wo ich von mir aus vorgegangen wäre oder wo ich eine Maßnahme verschärft hätte. Höchstens das Gegenteil. Umgangen und gemildert habe ich das Mögliche. Das Unabänderliche blieb unabgeändert.

5. Meine Kenntnis der wirklichen Vorgänge war unvollkommen. Ich habe viel gewußt, manches geahnt, vieles aber weder gewußt, noch geahnt, noch auch für möglich gehalten.³⁸⁾

38) "Die Weizsäcker Papiere 1933 - 1950", Frankfurt/M - Berlin - Wien 1974 Propyläen Verlag, S. 638 Fußnote:

"Auf einem anderen handschriftlichen Blatt (nicht abgedruckt) erinnerte W. sich daran, daß ihm gesagt wurde, die Endlösung sei eine Politik, um in Osteuropa Reservate für Juden zu etablieren, nicht jedoch, daß er informiert war, die »Endlösung« sei eine Politik der Vernichtung. Siehe auch oben, 12. Februar 1948, und unten: 'Wannsee-Protokoll, mir nicht Erinnerung'. Dagegen findet man keine eindeutigen Beweise."

Ergänzend in Fußnote 42 = S. 639:

"In einem Dokument vom 21. August 1942 schrieb Luther über die ('Wannsee'-) Konferenz:

'In der Sitzung erklärte Gruppenführer Heydrich, daß der Auftrag Reichsmarschalls Göring an ihn auf Weisung des Führers erfolgt sei und daß der Führer anstelle der Auswanderung nunmehr die Evakuierung der Juden nach dem Osten als Lösung genehmigt habe. Über die Sitzung ist Staatssekretär von Weizsäcker unterrichtet worden. ...' (ADAP, E, Bd. III, Dok. 209)

Luthers Memorandum bezieht sich auf eine »Endlösung« und eine »Gesamtlösung«, auf die Evakuierung von Juden und ihre Verwendung als Arbeitskräfte in den Konzentrationslagern, erwähnt aber nicht ihre Vernichtung. Aus diesem Dokument geht nicht hervor, daß Weizsäcker wörtlich von

Wissentlich habe ich mich an keinem Akt, auch nicht als Durchgangsstelle, beteiligt, der auf Vernichtung des Lebens der Betreffenden hinauslaufen mußte. Nie habe ich vorsätzlich an Akten mitgewirkt, die Gewaltmaßnahmen in sich schlossen. ...

Es läge nahe, noch zu unterstreichen, daß das hier erörterte Vorgehen gegen Juden hinter der Ostfront mit der allgemeinen Behandlung der Judenfrage des III. Reiches nichts zu tun hatte. ...

Die Durchsicht der Einsatzgruppenberichte, die W. jetzt zum ersten Mal vorgenommen, mutet infernalisches an. Daß der Krieg aber in jeder Hinsicht in dieser Richtung ausarten würde und daß die Gefühllosigkeit, z.B. auch bei Bombenangriffen auf dichtbevölkerte Städte, immer entsetzlicher werden müsse, hat W. freilich nicht verwundert. W. ahnte, weshalb er durchaus gegen jede Katastrophen-Politik von beiden Seiten war, Krieg hieß eben die Pforten der Hölle öffnen. ...

[o.D. handschr. Blatt, zum Anklagedokument 1697, 9-III.42. Eichmann an Abt. Deutschland.]

Als Sühnemaßnahmen für Anschläge auf Wehrmacht sollen 1.000 Juden aus Frankreich nach Auschwitz abgeschoben werden. Sie sind schon in Compiègne in einem Lager festgenommenen.⁴⁰⁾

Sie wurden für Anschläge festgenommen.

Schleier (Gesandter Rudolf Schleier, Vertreter des Botschafters Otto Abetz in Paris, -- d. Verf.) stimmt zu.

11.III.42 weitere 5.000 staatspolizeilich in Erscheinung getretene Juden sollen aus Frankreich nach Auschwitz abgeschoben werden.

16.III.42 Schleier stimmt zu.

allen, was auf der Konferenz vorging, informiert wurde oder daß er das Sitzungsprotokoll erhalten habe. Als er sich auf seinen Prozeß vorbereitete, schrieb Weizsäcker über Luthers Dokument:

'Er sagt nicht von wem, nicht wann, nicht wie. Die Behauptung ist eben nicht wahr.'

In einer undatierten, losen Notiz in seinen Papieren schrieb Weizsäcker, daß Ribbentrop ihm einige Zeit nach der Wannsee-Konferenz auf Grund von Informationen, die er von Luther erhalten hatte, gesagt habe, Heydrich beabsichtige, im Osten autonome Reservate für die Juden zu errichten. Aber das Wort »Vernichtung« war im Zusammenhang mit der »Endlösung« weder schriftlich noch wörtlich gebraucht worden.

39) David Irving, "Nürnberg -- Die letzte Schlacht -- Aus den geheimen Aufzeichnungen der Ankläger und Richter", Tübingen 1996, S. 86.

40) Ergänzende Fußnote S. 640: General Stülpnagel hatte am 5.12.1941 als Vergeltung für Anschläge auf deutsche Soldaten Hinrichtungen, Eintreibung hoher Geldstrafen und die Deportation von 1.000 Juden nach dem Osten vorgeschlagen. Hitler bewilligte diese Maßnahme am 12.12.1941. Weizsäcker erfuhr davon erst erheblich später.

20.III.42 Seitens AA gegen Abschiebung von 6.000 polizeilich näher charakterisierter Juden nach Auschwitz wird kein Einspruch erhoben.

Von Weizsäcker paraphiert.

(1698) "Aus diesen beiden Dokumenten geht hervor, daß es sich um Deportierung von Juden aus Frankreich handelt, die bereits festgenommen bzw. in Lagern waren. Ihre Festnahme hing zusammen mit Attentaten gegen die Wehrmacht. Eine Weigerung des AA gegen diese Maßnahmen zur Sicherheit der Wehrmacht hätte binnen 24 Stunden zu einem neuen ausdrücklichen Hitlerbefehl geführt, sie doch nach Auschwitz oder sonst in den Osten zu schicken. Sieht man von dem üblen Klang ab, den der Name Auschwitz jetzt und für immer trägt, damals, im Frühjahr 42, aber nicht hatte, so handelt es sich um eine Verlegung von einem französischen Lager in ein deutsches im Interesse der Sicherheit der Wehrmacht.

Der Versuch eines »Vetos« des AA wäre also nicht nur wertlos gewesen, sondern auch vom Militär nicht unterstützt worden.

Hierüber könnte General Speidel aussagen.

Schwerlich zu verstehen ist, weshalb diese Juden nicht die 20 Monate der Besatzung benützt haben, um ins unbesetzte Frankreich auszuweichen, wie fast alle anderen. Februar 42 hörte die Auswanderung auf. ..."

[Kommentar zu Anklagedokument 1680].

"Abtransport von 40.000 Juden aus Holland Juni/Juli 1942. Korrespondenz mit RSHA in Paris. Es handelt sich um 40.000 aus Holland, 10.000 aus Belgien und 40.000 aus Frankreich. Die Anfrage des RSHA an Abt. Deutschland bezieht sich auf Arbeitseinsatz in Auschwitz. ...

Wenn dies zutrifft (Paraphe W.'s), wäre festzustellen, wel-

chen Sinn die Evakuierung nach Auschwitz hatte. Alle diese Schreiben sprechen von Arbeitseinsatz in Auschwitz. Auschwitz liegt in dem Deutschland angegliederten Gebiet von Oberschlesien. Nach der Darstellung der Schreiben und nach der Anforderung arbeitsfähiger Juden mußte diese Begründung für wahr gelten. Erst heute, wo jedermann mit dem Begriff Auschwitz die schauerhafte Vorstellung von Massentötungen verknüpft, kann sich die Frage stellen, ob Arbeit die wirkliche Bestimmung der zu Evakuierenden war. Für W. stellte sich die Frage damals nicht. Man hat ihm auch gesagt, daß im Sommer 42 diese Scheußlichkeiten noch gar nicht existiert hätten. W. hat davon zuerst 1946 erfahren und sie dann immer noch nicht glauben wollen. ... " 38) (S. 429)

Weizsäcker über sein Verbleiben im Amt:

"Wenn die Jungen draußen im Feld, in der Luft und auf der See ihr Leben einsetzen, so war es die selbstverständliche Pflicht der Politiker zuhause, auch ihre armselige Haut zu Markte zu tragen; d.h. ihren guten Namen einzusetzen für das von ihnen erkannte richtige Ziel. Und was war das Ziel? Frieden sobald als möglich, und, da dieser Friede mit Hitler nicht zu haben war, Friede ohne ihn.

Dazu aber Bewahrung des deutschen Potentials, denn mit einem niedergeworfenen Deutschland würde mit oder ohne Hitler überhaupt kein Gegner Frieden schließen. Es wäre ein Raub der Wölfe, ein Vakuum in der Mitte von Europa, ein Loch, in das vom Osten der entfesselte Überdruck einströmen würde; europäisches Chaos. Die eigene Niederlage wünschen, den Gegner ins Land holen, um Hitler loszuwerden, die Katastrophe herbeiführen, das wäre nicht einfacher Vaterlandsverrat gewesen, sondern Verrat an Europa." 38) (S. 433)

Eidesstattliche Erklärung

"Ich, **Hermann Korshenrich**, geboren am 27.4.1908 in Bad Essen, Rechtsanwalt, z.Zt. Untersuchungsgefängnis Justizpalast Nürnberg, bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Versicherung abgebe. Ich erkläre an Eidesstatt, daß meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial dem Militärgerichtshof Nürnberg, Justizpalast, Deutschland vorgelegt zu werden.

Ich war in der Zeit vom 10.5.1941 bis 15.1.1943 als Sachbearbeiter des **Gerichtsoffiziers (GO)** beim Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA) eingesetzt. Ich bin daher imstande, auf Grund eigener, unmittelbarer Wahrnehmungen zu sagen, welche Stellung der Gerichtsoffizier des WVHA, Dr. Schmidt-Klevenow, während dieser Zeit zu den bekannt gewordenen Straftaten von Angehörigen der SS genommen hat.

Die eidesstattliche Erklärung des ehemaligen SS-Richters Dr. Konrad Morgen ist mir bekannt. Ich werde auf sie eingehen. Gerichtsherr war während dieser Zeit der Chef des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, Herr Pohl. Herr Pohl wandte sich mit äußerster Schärfe gegen jede Gesetzesverletzung und Disziplinwidrigkeit innerhalb der Verwaltung der SS.

Bekannt wurde mir diese Einstellung aus zahlreichen Rundschreiben, die von ihm im WVHA in Umlauf gesetzt wurden. Seine schriftlichen und mündlichen Anordnungen zur Einleitung und Bearbeitung von Verfahren forderten allerschärfstes

Durchgreifen. Ferner hielt Pohl vor den Angehörigen des WVHA zahlreiche Appelle ab, bei denen er in 1 bis 1½-stündigen Ansprachen bekannt gewordene Straftatbestände crödete und auf das Unwürdige jeder Straftat und jedes Unrechtes sowie auf die schweren Folgen für den Schuldigen hinwies.

Aus Anlaß mehrerer im Verlaufe etwa eines Jahres zum Abschluß gekommener Strafsachen (gegen von Sauberzweig, Preiss, Lekebusch und Menzinger) hielt er einen Appell vor hunderten von Verwaltungsoffizieren und den Angehörigen der Stabskompanien ab. Auch die Generale mußten daran teilnehmen. Er wies darauf hin, daß von Sauberzweig und Preiss wegen der von ihnen begangenen Korruptionen zum Tode verurteilt worden seien und daß Lekebusch diesem Schicksal nur durch seinen Selbstmord entgangen sei. Menzinger sei zu 4 Jahren Gefängnis wegen Alkoholmißbrauchs und Wachvergehens verurteilt worden. Alle diese Leute hätten sich schwer gegen ihre Soldatenehre versündigt und seien aus der SS ausgeschlossen worden. Im Falle schwerer Korruptionen habe künftig jeder Verwaltungsführer mit der Todesstrafe zu rechnen. Der Hauptinhalt dieser Rede wurde hinterher noch jedem Angehörigen des WVHA schriftlich zugestellt, damit sich keiner darauf berufen könne, daß er diese Grundsätze nicht gekannt habe.

Die schwersten Straftaten, die während dieser Zeit beim WVHA bekannt geworden sind, waren Korruptionsfälle. Ihre Zahl war im Verhältnis zur Stärke des Verwaltungspersonals

sehr gering. Sie waren so gut wie alle nicht von Angehörigen des WVHA selbst, sondern zumeist bei auswärtigen Verwaltungen begangen worden. Nach Angaben von Beamten des Korruptionsdezernats beim Reichskriminalpolizeiamt war die Zahl der Fälle bei anderen Wehrmachts- und Organisationen bedeutend höher. Auf Veranlassung von Pohl und Schmidt-Klevenow stellte das Reichskriminalpolizeiamt 2 tüchtige Beamte zur dauernden Überwachung des WVHA zur Verfügung. Korruptionserscheinungen konnten daher in der Regel schon im Anfangsstadium erkannt und beseitigt werden; andere Straftaten konnten kaum unentdeckt bleiben. Verbrechen gegen Leben und Gesundheit von Personen sind nicht Gegenstand von Untersuchungen gewesen, beim WVHA auch nicht vorgekommen.

Alle in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden Sachen -- ohne Ausnahme -- sind von Schmidt-Klevenow nach gründlicher Vorbereitung auf schnellstem Wege, oft durch Kurier, dem Gericht zugeleitet worden. Dies gilt auch für die Sachen, die nach Ansicht des GO einstellungsreif waren.

Schmidt-Klevenow bereitete jede Sache sorgfältig vor und prüfte die gesetzlichen Bestimmungen unter Auswertung von Rechtsprechung und Literatur mit wissenschaftlicher Gründlichkeit, obwohl er dies dem Gericht hätte überlassen dürfen. Denn er konnte an der Entscheidung nicht mitwirken. Der Dienstbetrieb des GO war überaus korrekt und unterschied sich insoweit nicht von einem Referat mir bekannter deutscher Staatsanwaltschaften.

Mir ist übrigens kein Fall bekannt geworden, der von einem SS-Richter aufgegriffen worden wäre. Dafür waren die Gerichte auch nicht zuständig. Die Tatbestände wurden so gut wie alle, besonders die wichtigeren, von Einrichtungen des WVHA selbst aufgegriffen, zu einem sehr wesentlichen Teil vom Prüfungsamt (A IV), das unter der Leitung von Vogt arbeitete und in den mir bekannt gewordenen Fällen von Pohl und Frank weitgehend unterstützt wurde. Bei der Bekämpfung von Korruptionen hat das Prüfungsamt sich zweifellos verdient gemacht.

Das energische Vorgehen Schmidt-Klevenow's gegen jeglichen Gesetzesverstoß entsprach den unmittelbaren Befehlen Pohls. Dieser brachte bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck, daß ein Urteil während des Krieges für die Truppe nur dann vollen Wert habe, wenn es schnell ergehe, daß die Strafe der Tat auf dem Fuße folge. Das für uns zuständige SS-Gericht Berlin vertrat durchaus dieselbe Auffassung. Seine Urteile waren sorgfältig begründet und entsprachen der Rechtslage. Ich glaube, daß alle diese Verfahren von Anfang bis zu Ende heute noch genauso bearbeitet und im Prinzip auch so entschieden werden müßten, wie das damals geschehen ist.

Die Verfahren dauerten damals bei Gericht in einzelnen Fällen zu lange. Dies hatte seinen Grund darin, daß SS-Richter nach kurzer Einarbeitung in das Aktenmaterial wieder versetzt werden mußten, weil sie bei neu eingerichteten SS-Gerichten benötigt wurden. Auch sind durch Bombenangriffe zahlreiche wichtige Gerichtsakten vernichtet worden, die unter Schwierigkeiten neu angelegt werden mußten. Ferner stand dem Gericht wegen Fliegerschadens nicht immer ein Verhandlungssaal zur Verfügung. Deshalb haben Pohl und Schmidt-Klevenow im Hause des WVHA trotz eigenen Raummangels einen Gerichtssaal eingerichtet, was dann zur Beschleunigung der Verfahren beitrug.

Zur Stellung eines GO, insbesondere des GO beim WVHA, erwähne ich noch, daß er nicht das Recht und die Pflicht hatte,

irgendwelche Dienststellen auf Kriminalität hin zu überwachen oder zu beaufsichtigen. Dafür waren die Chefs, Kommandeure, Dienststellenleiter usw. für ihren Bereich wie bei der gesamten Wehrmacht aus militärischen Gründen allein zuständig und dem Hauptamtschef persönlich verantwortlich. Der GO war lediglich Organ der Justiz und hatte die Aufgabe, bekannt gewordene Tatbestände, die ihm vom Gerichtsherrn oder von anderen Stellen zugeleitet wurden, juristisch zu bearbeiten. Er war nicht -- wie andere Stellen des WVHA -- ministerielle Instanz, sondern gehörte zu den Einrichtungen, die für die Versorgung, Sicherheit, Ordnung und Disziplin der Truppe, insbesondere innerhalb des Dienstgebäudes, vorhanden waren. Zu diesen Einrichtungen gehörten z.B. der Verwaltungsführer, der Fürsorgeoffizier, der Abwehroffizier, der Kommandeur der Stabsabteilung und viele andere. Deshalb war der GO auch nicht Vorgesetzter der GO anderer Dienststellen des WVHA, z.B. der GO der KL, nicht einmal des GO beim Verwaltungsamt der SS, der bis etwa Mitte 1942 im gleichen Hause arbeitete und nur einen kleinen Dienstgrad hatte. Die GO der KL waren nicht berechtigt und verpflichtet, dem GO beim WVHA Berichte zu senden oder seine Entscheidung einzuholen. Sie erhielten von ihm auch keine Weisung. Sie hatten unabhängig von ihm die gleichen Befugnisse wie er und verkehrten mit dem Gericht unmittelbar. Die von den GO der KL bearbeiteten Strafsachen waren daher bei dem GO des WVHA nicht in einem einzigen Falle bekannt.

Der Gerichtsherr und der GO waren zur Bearbeitung von Strafsachen gegen KL-Personal überhaupt nicht zuständig.

Die Inspektion der KL (Amtsgruppe D) und die KL lagen im Befehlsbereich der Höheren SS- und Polizeiführer (SS-Oberabschnitt). Diese waren die zuständigen Gerichtsherren für die in ihrem Bereich etwa liegenden KL oder sonstigen Dienststellen des WVHA. Für Oranienburg war z.B. der Höhere SS- und Polizeiführer in Brandenburg, SS-Obergruppenführer Heissmeyer, für Dachau der Höhere SS- und Polizeiführer im SS-Oberabschnitt I, München, Freiherr von Eberstein, zuständiger Gerichtsherr.

Ich möchte noch erwähnen, daß die Arbeit des GO beim WVHA auch von anderen Stellen des WVHA, z.B. von den Amtsgruppenchefs und Amtschefs, aber auch von den vielen kleinen Verwaltungsführern und Unterführern in zuvorkommender Weise unterstützt wurde. Dies war ohne Zweifel eine Folge der vielen durch Herrn Pohl abgehaltenen Appelle.

Deshalb habe ich während der Zeit, in der ich darin Einblick hatte, die Überzeugung gewonnen, daß von Seiten des Gerichtsherrn und des GO alles getan wurde, was getan werden konnte, um Unrecht nach Maßgabe der Gesetze zu behandeln und für die Zukunft zu verhindern.

Über das Ermittlungsverfahren gegen Engelke, das von Dr. Morgen erwähnt wird, kann ich nichts aussagen, da es 1944/45 schwebte. Ich fühle mich aber verpflichtet, folgendes mitzuteilen: Der Prüfer Brehm ist nicht, wie Dr. Morgen vermutet, aus Anlaß des Verfahrens gegen Engelke versetzt worden, sondern weil Herr Pohl eine schriftliche Meldung erhalten hatte, nach welcher Brehm sich in Paris eine Geschlechtskrankheit zugezogen hatte. Darüber war Herr Pohl sehr böse, zumal Brehm verheiratet war und mehrere Kinder hatte. Ich habe die Versetzungsanordnung Pohls auf der genannten Meldung selbst gesehen.

Ich habe ferner etwa zur gleichen Zeit wie Brehm -- über

dessen Arbeit in der Sache Engelke ich damals nichts wußte -- auf Befehl des Abwehrbeauftragten der SS ebenfalls ein Verfahren wegen schwerer Korruption beim SS-Gericht Paris gegen Engelke eingeleitet. Herr Pohl hatte dazu seine ausdrückliche schriftliche Zustimmung erteilt. Ich habe den Antrag auf Einleitung des Gerichtsverfahrens damals auf meinem Dienstwege über den Abwehrbeauftragten der SS -- weil er es in diesem Fall so wünschte -- an das Gericht in Paris gesandt. Das Gericht schrieb mir durch den SS-Richter Brinkmann auf meine spätere Sachstandsanfrage, daß die von mir übersandten Akten sowie mein Antrag auf Eröffnung eines Verfahrens zu einer anderen, der von Brehm eingeleiteten Sache gegen Engelke genommen worden sei, das noch schwebt. Dieses Schreiben des Gerichts sandte ich an das Führungshauptamt. Der frühere Abwehrbeauftragte der SS kann sich daran, wie er mir vor kurzem sagte, noch genau erinnern.

In den Jahren 1944/45 habe ich durch Zufall 4 Strafsachen kennengelernt, die die KL betrafen oder berührten. Da ich annehme, daß der Gerichtshof gerade auf diese Fälle Wert legen wird, möchte ich näher darauf eingehen.

Es handelt sich um die schon von Dr. Morgen erwähnten Fälle gegen den Kommandanten und Adjutanten des KL Herzogenbusch und gegen den Kommandanten sowie gegen mehrere andere Angehörige des KL Warschau, ferner um die Herrn Dr. Morgen nicht bekannten Fälle gegen Angehörige des Bekleidungswerks Ravensbrück sowie gegen den Kriminalsekretär Ramdohr von der politischen Abteilung des KL Ravensbrück. In diesen Strafsachen war das WVHA für die strafrechtliche Bearbeitung an sich nicht zuständig. Seine Berechtigung zur Teilnahme an der Bearbeitung folgte aber daraus, daß die örtlich zuständigen Stellen ihr Einverständnis erklärt hatten. Die Mitarbeit des WVHA erfolgte deshalb, weil es sich um schwerwiegende Verbrechen handelte, deren Bearbeitung keinen Aufschub gestattete.

Im Falle Herzogenbusch war Pohl vom örtlichen Gerichtsherrn telefonisch um Entsendung eines Untersuchungsführers gebeten worden. Da der GO verhindert war, erhielt ich im Hinblick auf meine frühere Tätigkeit von Herrn Pohl Befehl, sofort nach Den Haag und Herzogenbusch zu reisen, schärfstens durchzugreifen und dem SS-Gericht in Den Haag Tatbericht einzureichen. An Ort und Stelle traf ich mit Dr. Morgen zusammen, der zum gleichen Zweck nach Holland gereist war. Wir haben daraufhin die Sache gemeinsam bearbeitet und schon nach wenigen Tagen dem SS-Gericht Den Haag den Schlußbericht übergeben. Bei meiner Rückkehr nach Berlin sprachen mir Pohl und Schmidt-Klevenow Dank und Anerkennung aus.

Die Angelegenheit gegen den Kommandanten und andere Angehörige des KL Warschau spielte sich in ähnlicher Weise ab. Auch in diesem Fall war der GO verhindert, die sofort notwendige Reise zu machen. Deshalb erhielt wiederum ich von Herrn Pohl Befehl, sofort abzureisen und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere die Zustimmung der örtlich zuständigen Stellen einzuholen und sie um Hilfe zu bitten. Nachdem ich dies getan hatte, konnte ich allein in wenigen Tagen nach einer überaus schwierigen Untersuchung den Kommandanten und eine Gruppe anderer Angehöriger des KL des Mordes an Häftlingen in 2 Fällen und des versuchten Mordes in einem weiteren Fall überführen und verhaften.

Auch in diesem Fall wurde mir von Pohl und Schmidt-Klevenow eine Anerkennung ausgesprochen. Herr Pohl sagte

dem GO daraufhin, daß er alles tun solle, um das Verfahren schnell an das Gericht abzugeben, damit das Urteil bald erlassen werden könne. Der GO leitete es, nachdem er die Beschuldigten noch selbst eingehend vernommen hatte, mit Tatbericht wegen Mordes und versuchten Mordes sowie anderer Delikte wenig später dem Kriegsgericht zu. Ich erhielt daraufhin ein Glückwunschschreiben von Dr. Morgen, der sich offenbar über meinen Erfolg in Warschau freute und mir mitteilte, daß er die Untersuchungen hinsichtlich der Korruptionen noch fortzusetzen gedenke. Das Verfahren ist dann aus mir nicht bekannten Gründen nicht mehr zum Abschluß gekommen, wie ich erst jetzt hörte.

Die Ansicht Dr. Morgens, daß Schmidt-Klevenow die gefährdeten SS-Angehörigen in alle Winde versetzt habe, trifft weder ganz noch teilweise zu. Die Beschuldigten befanden sich auf Befehl von Herrn Pohl, wie dem Gericht im Tatbericht -- durch Rotstift kenntlich gemacht -- mitgeteilt worden war, sämtlich in Haft, und zwar die Offiziere in Oranienburg, die Unteroffiziere in Berlin. Sie verblieben dort bis Kriegsende, haben also mehr als 1 Jahr in Untersuchungshaft gesessen. Die Stellen, die diese Leute in Haft hielten, führten mindestens einmal im Monat darüber Klage, daß die Untersuchungshaft so lange dauere und das Verfahren nicht zum Abschluß komme. Sie erklärten, daß der Vollzug der langen Untersuchungshaft und die Beaufsichtigung dieser Leute eine schwere Belastung für sie bedeute. Ich habe Schmidt-Klevenow daher geraten, bei Gericht zur Beschleunigung des Verfahrens Vorstellungen zu erheben. Er erklärte, daß er dies von sich aus wiederholt getan habe. Die Angeklagten standen dem Gericht also bis Kriegsende zur Verfügung. Das gleiche gilt für die in Betracht kommenden Zeugen. Ich erkläre ausdrücklich, daß weder ein Angeklagter noch ein Zeuge durch oder auf Veranlassung von Pohl oder Schmidt-Klevenow in dieser oder irgendeiner anderen Gerichtssache versetzt worden ist, um seine Ladung zum Gericht zu erschweren.

Es bleibt in dieser Sache die Aufgabe, die Beschuldigten wieder aufzufinden und vor Gericht zu stellen.

Der Fall Bekleidungslager Ravensbrück ist deshalb erwähnenswert, weil er das erste Verfahren war, das so schnell abgewickelt wurde, wie Herr Pohl das zur Bekämpfung von Straftaten für notwendig hielt. Die Ermittlungen, die ich ebenfalls auf Grund eines Sonderauftrages führte, waren schwierig, konnten aber in wenigen Tagen zum Abschluß gebracht werden. Sie wurden im Einverständnis des örtlichen Gerichtsherrn, des SS-Gerichts Berlin, des Inspektionsrichters und des örtlichen GO geführt. Auf Befehl Pohls wurde Einleitung eines Schnellverfahrens beantragt. Schon wenige Tage später fand die Verhandlung statt, welcher Pohl als Zuhörer beiwohnte, um dem Gericht seine Anerkennung über die schnelle Anberaumung des Termins zum Ausdruck zu bringen. Das Gericht verurteilte die Angeklagten, ich glaube, es waren 3 SS-Männer und 3 Polizisten, zu insgesamt 30 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß die hohe Strafe hauptsächlich deshalb ausgesprochen worden sei, weil die Angeklagten mehrere Häftlinge mißbraucht und verführt hätten, ihnen bei den Straftaten behilflich zu sein. Gegen die Häftlinge wurde mit Rücksicht hierauf auch kein Verfahren vor dem Zivilgericht eingeleitet. Es wurde angenommen, daß ihr Verschulden unbedeutend sei. Herr Pohl ordnete noch für denselben Tag einen Appell zur Belehrung und Ermahnung der SS-Angehörigen des

Standortes an.

Die Sache Ramdohr hatte folgenden Verlauf: Bei Gelegenheit der soeben erwähnten Untersuchung gegen Angehörige des Bekleidungswerkes erzählte mir eine weibliche Gefangene, die mir auch in der vorigen Sache wertvolle Hinweise gegeben hatte, es gehe das Gerücht, daß ein weiblicher Häftling bei einer Vernehmung mehrere Stockschläge erhalten haben soll. Die Frau war jedoch nicht in der Lage, mir den Namen der mißhandelten Gefangenen zu nennen oder mir irgendwelche Hinweise für die Ermittlung des Täters zu geben. Über diese Mitteilung war ich so erschüttert, daß ich Herrn Pohl noch am gleichen Tage Meldung machte. Er fragte mich, ob ich eine solche Tat für möglich halte. Ich verneinte diese Frage.

Pohl erteilte mir sodann den Auftrag, diese Sache ohne Rücksicht auf meine eigene Arbeit mit allen Mitteln sofort zu untersuchen. Ich sah jedoch dazu keine Möglichkeit, da es keinerlei Ausgangspunkt gab. Da das WVHA auch in diesem Falle nicht zuständig war, holte ich zunächst das Einverständnis des Gerichtsherrn, Heissmeyer, des Gerichtes und anderer Stellen ein. Ich telefonierte auch mit dem örtlichen GO, den ich fragte, ob er mir einen Rat zur Ermittlung des Täters geben könne. Er erklärte, daß als Täter nur der Gestapobeamte Ramdohr von der politischen Abteilung in Frage kommen könne, weil nur dieser Häftlinge vernehme. Er traue ihm jedoch eine solche Tat keineswegs zu. Wenn er sie aber dennoch begangen habe, so werde er sie im Falle einer Vernehmung wahrscheinlich bestreiten aus Furcht vor der zu erwartenden hohen Strafe. Eine Vernehmung verspreche nur dann Erfolg, wenn man die mißhandelte Frau kenne und von ihr Näheres erfahre. Die ganze Angelegenheit sei auch nur ein Gerücht, und er halte diese Gerüchte für falsch. Deshalb habe ich Ramdohr telefonisch gebeten, einen SS-Mann für einige Wochen im Vernehmungsdienst auszubilden. Ich habe dann den SS-Mann Ramdohr geschickt mit dem geheimen Auftrag, nachzuforschen, ob Ramdohr als Täter in Betracht komme. Schon nach einigen Wochen meldete der SS-Mann, daß Ramdohr der Täter sei und noch einige andere geringfügige Straftaten begangen habe. Bei der nachfolgenden Vernehmung legte Ramdohr ein Geständnis ab.

Ich erstattete Pohl Bericht, welcher erklärte, 'Gott sei Dank, daß es wenigstens kein Angehöriger der Waffen-SS ist, das ist freilich nur ein schwacher Trost!'. Ich erhielt dann den Auftrag, Ramdohr sofort zu verhaften und Tatbericht einzureichen. Ich erinnerte jedoch daran, daß das WVHA dazu nicht berechtigt sei, weil Ramdohr als Kriminalsekretär einer politischen Abteilung eines KL nicht ihm, sondern dem RSHA unterstehe. Darauf erteilte mir Pohl Befehl, beim RSHA schärfste Maßnahmen gegen Ramdohr zu beantragen. Einige Tage später teilte das RSHA mit, daß Ramdohr, der inzwischen vernommen worden sei, versetzt und alsdann verhaftet und vor ein Gericht gestellt werden solle. Damit war Pohl nicht einverstanden. Er erklärte, Ramdohr müsse vor den Augen der Häftlinge verhaftet, im Lager eingesperrt und dort abgeurteilt werden. Wenn man ihn versetze, an einem anderen Ort aburteile und verhafte, sähen die Häftlinge davon nichts und müßten sich als schutzlos betrachten.

Der Fall wurde sodann dem SS- und Polizeigericht vorgetragen, welches sofort Haftbefehl erließ und Ramdohr im KL einsperrte. Ramdohr soll, wie ich voriges Jahr hier im Justizpalast von SS-Richtern hörte, zu einer erheblichen Zuchthausstra-

fe und zu Ehrverlust verurteilt worden sein.

Unter solchen Umständen kann ich die Ansicht Dr. Morgens, Pohl und Schmidt-Klevenow hätten unbefugt in die Justiz eingegriffen, nach eigenen Beobachtungen und eigenem Wissen nicht bestätigen. Es ist für mich auf das allerhöchste unwahrscheinlich, daß sie versucht haben, die Durchführung der von ihnen selbst unter größtem Aufwand eingeleiteten Verfahren hinterher zu verhindern. Wenn sie das gewollt hätten, so hätten sie die Verfahren zweifellos gar nicht erst eingeleitet. Ich vermag auch nicht zu erkennen, welchen Zweck sie durch ein solches merkwürdiges und widerspruchsvolles Verhalten hätten erreichen wollen oder können.

Ich kann hier nur erklären, daß ein Verwaltungsführer des WVHA im Hinblick auf die ununterbrochen gleichbleibende offizielle Stellungnahme des WVHA zu Verbrechen jeder Art nie und nimmer auf den Gedanken kommen konnte, daß der Staat oder die SS irgendein Verbrechen dulde oder gar selbst anordne.

Nürnberg, den 11. August 1947

gez. Hermann Korshenrich

Die Echtheit der vorstehenden Unterschrift des Rechtsanwalts Hermann Korshenrich, welche vor mir vollzogen wurde, wird hiermit beglaubigt.

Nürnberg, den 11. August 1947

gez. Dr. Georg Gierl

Verteidigungsassistent

Ich bescheinige die Übereinstimmung vorstehender Abschrift mit dem Original der eidesstattlichen Erklärung.

Nürnberg, den 18. August 1947

gez. Dr. Alfred Seidl

Rechtsanwalt." 41)



Oswald Pohl

41) Staatsarchiv Nürnberg, KV-Prozesse, Fall 4, P 5, Dok. Pohl Nr. 32, S. 9 - 22.

Der Chef
des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes
D II/1 Az.: 27/2 Ma./F.
Tgb. Nr. 236/44 geh.



Berlin, den 5.4.1944
Lichterfelde-West
Unter den Eichen 126-11

Geheime Reichssache!
2 Ausfertigungen

Betrifft: Sicherungsmaßnahmen in Auschwitz.
Bezug: Dortg. Schreiben vom 24.3.44 Tgb.Nr. 38/32/44 geh. Bra/H.
Anlagen: 2 Pläne

An den
Reichsführer-SS
Berlin SW 11
Prinz Albrechtstr. 8

Reichsführer!

Die Ausdehnung und die hohe Belegstärke des Konzentrationslagers Auschwitz veranlaßten mich, bereits im Oktober v.J. eine Dreiteilung des Lagers vorzuschlagen. Nach Erteilung Ihrer Zustimmung wurde sie mit Wirkung vom 10.11.1943 durchgeführt. Es bestehen seitdem somit in Auschwitz 3 Konzentrationslager.

Über die für den A-Fall getroffenen Sicherungsmaßnahmen berichte ich folgendes:

1.)

Das Lager I umfaßt das massive Männerlager und hat zur Zeit eine Belegstärke von rund 16.000 Häftlingen.

Es ist mit einer Umzäunung und mit Drahthindernissen umgeben, die, wie in allen Konzentrationslagern, elektrisch geladen werden. Außerdem sind Postentürme vorhanden, die mit Maschinengewehren besetzt sind.

Das Lager II befindet sich von dem Lager I etwa 3 km entfernt. In diesem sind 15.000 männliche und 21.000 weibliche Häftlinge untergebracht. Von der Gesamtzahl mit rund 16.000 Häftlingen entfallen etwa 15.000 auf nicht einsatzfähige.

Das Lager II ist ebenfalls mit einer elektrisch geladenen Drahtsicherung umgeben, auch Postentürme sind vorhanden.

Das Lager III umfaßt alle in Oberschlesien bestehenden Außenlager bei Industriebetrieben, die räumlich weit von einander entfernt liegen. Es besteht zur Zeit aus 14 Außenlagern mit einer Gesamthäftlingsstärke von rund 15.000 Männern. Diese Arbeitslager sind ebenfalls mit der üblichen Drahtsicherung umgeben und haben gleichfalls Postentürme. Das größte dieser Arbeitslager befindet sich in Auschwitz bei der I.G. Farbenindustrie AG. Es ist zur Zeit mit etwa 7.000 Häftlingen belegt.

Die übrigen Außenlager haben wesentlich geringere Stärken.

Zusammengefaßt ergibt sich folgendes Bild:

Auschwitz I	16.000 Männer	
Auschwitz II	15.000 Männer	21.000 Frauen
<u>Auschwitz III</u>	<u>15.000 Männer</u>	
	46.000 Männer	21.000 Frauen

Zusammen: 67.000.

Die größte Belegstärke hat das Lager II, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß von der dort vorhandenen Gesamtzahl mit 36.000 Häftlingen etwa 21.000 auf Frauen entfallen.

2.)

Von der Gesamthäftlingszahl mit 67.000 sind die in den Außenlagern befindlichen und die stationärkranken Häftlinge abzusetzen, wenn die Frage der Gefährdung durch einen etwaigen Aufstand oder Ausbruch für Oberschlesien betrachtet werden soll.

Von der Gesamthäftlingszahl mit 67.000 werden die in den Außenlagern (Lager III) untergebrachten 15.000 abgesetzt.

Die Zahl der Stationärkranken und Invaliden beträgt zur Zeit 18.000,

so daß praktisch mit 34.000 Häftlingen zu rechnen ist. Diese würden für Auschwitz für den A-Fall dann eine Gefährdung bedeuten können, wenn die Sicherungsmaßnahmen ungenügend wären.

3.)

Zur Bewachung der Häftlinge sind für die Lager I und II einschließlich der Kommandanturangehörigen, die im A-Fall mit eingesetzt werden, 2.300 SS-Angehörige vorhanden.

Für die Außenlager des Lagers III stehen 650 Wachmannschaften außerdem zur Verfügung.

SS-Obergruppenführer Schmauser stellt bis Mitte ds. M. eine Polizeikompanie in Stärke von 130 Mann ab. Diese Kompanie soll zur zusätzlichen Sicherung des Lagers II gegebenenfalls eingesetzt werden. Sie wird daher in unmittelbarer Nähe dieses Lagers untergebracht.

4.)

Neben der unmittelbaren Sicherung der Lager I und II durch besetzte Postentürme und durch elektrisch ladbare Drahtumzäunung ist als innerer Ring eine Bunkerlinie geschaffen worden, die von SS-Angehörigen besetzt wird. Auf beiliegender Karte ist diese Bunkerlinie rot eingezeichnet.

Im A-Falle wird als weitere Sicherung der äußere Ring gebildet, der von der Wehrmacht besetzt wird. Auf beiliegender Karte ist dieser äußere Ring durch die eingezeichneten Feldstellungen, mit Angabe der zum Einsatz vorgesehenen Wehrmachtsteile, zu erkennen. In den äußeren Ring ist auch das Arbeitslager bei der I.G. Farbenindustrie AG mit zur Zeit 7.000 Häftlingen und das gesamte Werk I.G. Farbenindustrie AG, in dem außer unseren Häftlingen rund 15.000 Menschen beschäftigt werden, einbezogen. Der Einsatz der Wehrmacht wurde vor einigen Wochen in Auschwitz zwischen SS-Obergruppenführer Schmauser und dem Kommand. General des VIII. A.K., Herrn General der Kavallerie von Koch-Erbach, festgelegt.

Ich füge ferner einen Alarmplan bei, nach dem es dem SS-Standortältesten in Auschwitz möglich ist, alle beteiligten Stel-

len unmittelbar durch Telefon, Funk oder Fernschreiber in kürzester Zeit zu alarmieren.

Es ist weiter dafür Vorsorge getroffen, daß bei Massenausbrüchen eine Groß-Fahndung unter Leitung der Kripoleitstelle Kattowitz einsetzt.

Die in Auschwitz liegenden Luftwaffeneinheiten in Stärke von 1.000 Mann stehen zur Verfügung, wenn der Alarm nicht mit einem Luftangriff zusammenfällt. Es kann mit diesen Luftwaffeneinheiten jedoch nicht unbedingt gerechnet werden.

Bei Ausarbeitung des Einsatzplanes ist diesem Umstand Rechnung getragen worden.

In Kürze werden Planspiele mit allen beteiligten Stellen durchgeführt.

Ich glaube, Reichsführer, daß die getroffenen Vorkehrungen und Sicherungsmaßnahmen im A-Falle ausreichen werden.

Heil Hitler

gez. Pohl

SS-Obergruppenführer und
General der Waffen-SS" 42)

Schlußwort von Oswald Pohl am 22. September 1947

"Herr Präsident, meine Herren Richter!

Als das deutsche Volk am Ende des Ersten Weltkrieges die Waffen niederlegte, tat es dies in dem Glauben an die 14 Punkte Ihres Präsidenten Wilson und damit in der Hoffnung auf einen gerechten und vernünftigen Frieden. Es wurde aber genau der Frieden diktiert, vor dem Präsident Wilson so eindringlich gewarnt hatte. Deutschland wurde in 2 Teile zerrissen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde auf das gröblichste verletzt und damit der Konfliktstoff verewigt.

So besiegelte das Friedensdiktat von Versailles Deutschlands Schicksal. Dieses Schicksal aber trug jeder Deutsche von Jahr zu Jahr drückender. Die steigende Not wühlte Leidenschaften und Wirrnisse auf. Die Gemeinschaft zerfiel in zahlreiche sich bekämpfende Parteien.

Diese Lage zwang jeden verantwortungsbewußten Deutschen Stellung zu nehmen, so oder so. Auch mich. Ich schloß mich der NSDAP an. Ich hielt sie für diejenige Kräftegruppe, welche berufen zu sein schien, das deutsche Volk wieder zu einigen und es, ihren sozialen Forderungen entsprechend, einer lebenswerten Zukunft entgegenzuführen.

Damit hatte ich mich zum ersten Mal mit politischen Fragen auseinanderzusetzen. Im Vordergrund stand für Millionen von Deutschen die Sorge um das nackte Dasein. Die Sicherung desselben war deshalb auch die primäre Forderung der NSDAP; ihr gegenüber traten alle übrigen zunächst zurück.

Das gilt insbesondere auch für die Rassenfrage im allgemeinen und für die Judenfrage im besonderen. Beiden stand ich bis dahin indifferent gegenüber. Was ich davon wußte, stammte nicht aus eigenen Erfahrungen, sondern war zusammengelesen.

Ich habe dieses Wissen überprüft und erweitert durch das Studium von allen ausländischen Auffassungen, auch solchen aus Amerika. Ich las Madison Grant's und Houston Stoddard's Publikationen über die Rassenfrage. Ich studierte die Aufsätze, welche Henry Ford in den Jahren 1924/26 in der Zeitung *The Dearborn Independant* veröffentlichen ließ und die als Buch mit dem Titel "Der internationale Jude" in Deutschland weite Verbreitung fanden.

Gerade diese Einstellung dieses großen praktischen Amerikaners, der nicht Antisemit war, hat mich damals stark beeindruckt und in meinem Glauben bestärkt, daß die Rassen- und Judenfrage nicht nur graue Theorie sei.

Auf Grund dieser Kenntnisse und angesichts der immer stärker zutage tretenden Erscheinungen in Deutschland gewann ich die Überzeugung, daß der Einfluß des Judentums in keinem

Verhältnis zu seinem Bevölkerungsanteil stand und daß daher die Eindämmung notwendig sei. Ich hielt eine solche auf gesetzgeberischem Weg für möglich und auch für ausreichend.

Damit war mein Interesse an der Judenfrage erschöpft. Ich habe mich deshalb auch nie an Gewaltmaßnahmen gegen Juden beteiligt, noch diese gebilligt oder wissentlich gefördert. An gesetzgeberischen Maßnahmen irgendwelcher Art war ich ebenfalls nicht beteiligt.

Ich habe daher auch die schließlich im Wirbel des Krieges auf Befehl Hitlers und Himmlers durchgeführten Vernichtungsmaßnahmen gegen die Juden abgelehnt und weder wissentlich gefördert noch unterstützt. Über den Umfang der Vernichtung konnte ich mir damals kein Bild machen. Berichte erhielt ich als Unbeteiligter nicht. Einzelheiten sind mir erst hier in Nürnberg aus den Dokumenten bekanntgeworden.

Bis zur Rede Himmlers in Posen am 4.10.1943 hatte ich keine Kenntnis von diesem Plan. Ich bin auch nach diesem Zeitpunkt nicht weiter eingeweiht worden. Ich habe an keiner Besprechung hierüber teilgenommen und gehörte auch nicht zum Kreise der Beteiligten.

Im Frieden hätte ich in einer solchen Lage mein Amt zur Verfügung stellen können. Der Krieg aber beraubte mich der Freiheit dieses Entschlusses. Er hatte seinen gefährlichen Höhepunkt erreicht und war zu einem Kampf um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes geworden. Die letzten wehrfähigen Männer und Jünglinge standen an der Front. Die Frauen und Mädchen arbeiteten in den Rüstungsbetrieben der Heimat. In dieser Lage wäre Verlassen meines Postens Verrat an Deutschland gewesen. Deshalb durfte ich in meiner Stellung einen solchen Gedanken nicht einmal in Erwägung ziehen.

Ich bin hier als Chef des WVHA angeklagt. Der Aufbau dieser Reichsbehörde aus kleinsten Anfängen und unter größten Schwierigkeiten war meine Lebensarbeit. Ich habe ihr in den letzten 10 Jahren meine ganze Kraft und Zeit gewidmet. Es ist mein Werk. Meine Tätigkeit als Verwaltungschef war eine verwaltende und wirtschaftliche, keine militärische und polizeiliche exekutive. Das Ziel dieser Arbeit war daher die Erhaltung von Mensch und Substanz für Zwecke des Kampfes und der Arbeit, nicht aber ihre Vernichtung.

Es ist vor diesem Gericht über Struktur und Bedeutung des WVHA viel geredet worden, ohne daß es zu meinem Bedauern gelungen ist, zu einem in allen Teilen zutreffenden Bild zu gelangen. Die letzte Ursache für diesen Mißerfolg liegt zweifel-

42) Staatsarchiv Nürnberg, KV-Prozesse, Fall 4, Dok.Fotokop. NI 317.

los in einem an der Wand hängenden Schaubild, das ungeeignet ist, pro oder contra Beweis zu führen. Es trägt meine Unterschrift, weil ich annahm, das Bild solle dem Gericht mein Arbeitsgebiet in einfachster Form darstellen, nicht aber der Anklage als prozeßtaktische Hilfe dienen.

Das WVHA bestand aus 3 heterogenen Teilen, die miteinander nichts zu tun hatten:

1.) das WVHA als Ministerial-Instanz für alle Angelegenheiten der Truppenverwaltung mit den Amtsgruppen A, ■ und C analog dem Heeres-Verwaltungsamt,

2.) die meiner persönlichen Dienstaufsicht unterstehenden wirtschaftlichen Unternehmen, die ihrer Rechtsgrundlage nach keine SS-Industrien, sondern Reichsbetriebe waren. Sie waren als Amtsgruppe W zusammengefaßt,

3.) die mir vom 3. März 1942 an persönlich vorübergehend unterstellte Inspektion KL (Stab Glücks) als Amtsgruppe D.

Ich habe aus praktischen Gründen dem WVHA diejenige äußere Form gegeben, wie sie bei Ministerialbehörden üblich war, ohne Rücksicht darauf, ob das der Natur der Teile entsprach. So habe ich auch für die Gesamtheit der wirtschaftlichen Unternehmen die fiskalische Bezeichnung 'Amtsgruppe' bzw. für die Funktionsträger 'Amtschef' gewählt, obwohl diese Behördenbezeichnungen in kaufmännisch geführten Unternehmen nicht üblich sind.

Als ich im März 1942 mit der Lenkung des Arbeitseinsatzes der Häftlinge in ministerieller Instanz beauftragt wurde, kam ich mit dem System der KL in engere Berührung. Es trug seit langem in allen Zügen das unerbittliche Gesicht, das ihm sein Schöpfer Heydrich und sein Organisator und Exerziermeister Eicke in den 10 Jahren ihres Wirkens aufgeprägt hatten.

Ich stand vor einer völlig erstarrten Organisation. Sie hätte nur durch Entfernung des gesamten in ihr seit Jahren tätigen Personals und der Wachmannschaften sowie durch radikale Reform der staatspolizeilichen Methoden grundlegend geändert werden können. Die Kriegslage machte das leider unmöglich.

Ich habe mich gegen die Übernahme der Lenkung des Arbeitseinsatzes gewehrt, so gut es mir möglich war, weil meine Zeit und meine Kräfte durch meine eigentlichen umfangreichen und vielseitigen Aufgaben völlig in Anspruch genommen waren. Meinem Widerstand gab Himmler insofern nach, als er meine Tätigkeit und Verantwortlichkeit bis spätestens Kriegsende befristete.

Die militärischen Ereignisse im Sommer 1944 veranlaßten ihn jedoch, schon durch Befehl vom 16.7.1944 die KL für den A-Fall, d.h. bei Annäherung der Feindfront, den regional zuständigen Höheren SS- und Polizeiführern zu unterstellen.

Alle Evakuierungsmaßnahmen und Befehle, die schließlich zu den Zuständen geführt haben, welche die Armeen der Alliierten vorgefunden und die Kommission des US-Kongresses festgestellt haben, stammen daher von Hitler, Himmler oder den Höheren SS- und Polizeiführern und nicht von mir. Ich habe keinen einzigen Befehl in dieser Hinsicht gegeben.

Wo ich Mißständen begegnete, habe ich energisch zugegriffen. Dazu gehörte auch nach anfänglicher Bejahung die spätere Ablehnung des SS-Richters Dr. Morgen, als ich erkannte, daß er es trotz höchster Legitimation und gewaltiger Unterstützung hoher Dienststellen nicht fertigbrachte, durch schnelle und exemplarische Justiz die Pest der KL-Greuel auszubrennen. An seiner Stelle habe ich die Einrichtung eines Sondergerichts begrüßt und nach Kräften unterstützt.

Der Erfolg meiner Anstrengungen und die Tatsache, daß ab 1942 eine Besserung der Verhältnisse in den KL eingetreten ist, hat die Beweisaufnahme bestätigt.

An den Maßnahmen der Gestapo hatte ich und damit das WVHA keinerlei Anteil. Ich habe zu keiner Zeit und in keinem Fall Schritte unternommen, die Zahl der Häftlinge im Interesse des Arbeitseinsatzes zu erhöhen. Es ist kein einziger Häftling durch mich oder das WVHA in ein KL gekommen.

Wohl aber haben meine Mitarbeiter in den W-Betrieben und ich vielen Häftlingen den Weg in die Freiheit gebahnt. Meist geschah es gegen den Widerstand des RSHA und trotz der Sabotage der Lagerkommandanten.

An dieser Tatsache kann man nicht vorbeigehen, auch wenn sie nur das Symptom einer Gesinnung ist. Wenn die gleiche Gesinnung auch die verantwortlichen Männer des RSHA, der Gestapo und der Inspektion KL vor 1942 beseelt hätte, dann wären die KL niemals zu den hassenswerten Einrichtungen geworden als welche sie der Weltöffentlichkeit zur Verdammung des gesamten deutschen Volkes gedient haben.

Es wird für jeden Kenner der tatsächlichen Verhältnisse in den Jahren 1933 - 1945 unerklärlich bleiben, daß ausgerechnet die Verwaltungszentrale, das WVHA, für die Maßnahmen der Gestapo und der Organisatoren dieses Systems verantwortlich gemacht wird, obwohl das WVHA nur in den beiden letzten Kriegsjahren mit einer Teilaufgabe beauftragt war, deren Durchführung die 10 jahrelange selbständige Entwicklung der Inspektion KL Grenzen gesetzt hatte.

Als Chef des WVHA war ich nicht nur sein Gestalter, sondern auch sein Motor. Ich allein führte es. Es war mein Arbeitsplatz, auf den das Schicksal mich gestellt hatte und der mir mehr Bürden als Würden auferlegte. Ich habe meinen Arbeitstisch vor allem im Kriege fast nur für Stunden der Ruhe oder eilige Dienstreisen verlassen. Ich gebrauchte deshalb auch keinen Vertreter. Die Mitangeklagten waren meine Untergebenen. Sie waren an meine Befehle gebunden und mußten diese ausführen. Ich habe aber keinem von ihnen oder einem sonstigen Untergebenen je einen Befehl erteilt, dessen Ausführung ein Verbrechen in sich geschlossen hätte.

Mein umfangreiches Arbeitsgebiet zwang mich, meinen Mitarbeitern innerhalb ihres Sachgebietes eine gewisse Mitverantwortung aufzubürden. Diese Mitverantwortung war keine selbständige. Sie endete bei mir und ich übernahm sie nach außen. Das entsprach den Spielregeln des Führerprinzips. Dieses bedeutet nicht Unfehlbarkeit. Es ist ein Prinzip, Menschen zur Erreichung aller Ziele der Staatsführung auf allgemeinen Gebieten zu führen. Bei Soldaten ist davon der unbedingte Gehorsam nicht zu trennen.

Ich habe dieses Prinzip früher anerkannt, weil ich geglaubt habe, daß es als Übergangsform zu einer sich allmählich entwickelnden endgültigen Staatsform richtig und notwendig sei. Ich kann es deshalb heute nicht verleugnen und daher auch nicht für das befehlsgemäße Handeln meiner früheren Untergebenen eine individuelle Verantwortlichkeit derselben konstruieren.

Von meiner alleinigen Gesamt-Verantwortlichkeit kann mich auch kein Kontrollratsgesetz, überhaupt kein irdischer Richter entbinden. Ich will es auch nicht, weil ich es als eine Angelegenheit des Gewissens betrachte und der Treue, welche ich diesen Männern schuldig bin. Ich trage diese Verantwortung auch für den Angeklagten Dr. Hohberg, soweit ich seine Dienste über den Rahmen seiner vertraglichen Verpflichtung hinaus in

Anspruch genommen haben sollte.

Mein Leben hat sich über ein Menschenalter hindurch in der Welt des Soldaten abgespielt. Befehl und Gehorsam, Anordnung und Zwang waren ihre Gesetze. Sie haben mich mit Gedanken und Gefühl und manchmal auch mit meinem Gewissen in Widerspruch gebracht. Das Bild dieses Lebens steht bei allen, die mich kennen, auch heute noch blank und eindeutig fest: es war Pflicht und Arbeit für Deutschland.

Es blieb dem Haß des Gegners vorbehalten, hemmungs- und gewissenlos Verleumdung und Lüge über mich zu verbreiten. Hiergegen wende ich mich, weil ärger als die schärfste Strafe das Räsionieren über Charakterwerte ist. Ich habe als Deutscher in Deutschland nach deutschen Gesetzen für Deutschland gearbeitet. Ich habe diese Gesetze für völkerrechtlich richtig gehalten.

Ich kann deshalb meine Aburteilung auf Grund eines ad hoc geschaffenen Rechtes des Siegers, dem ich als Besiegter wehrlos ausgeliefert bin, nicht anerkennen. Ich bekenne mich aber freimütig zu meinen Taten! Auch bei strenger Gewissensprüfung bin ich mir nicht bewußt, Verbrechen begangen zu haben.

Jede Epoche und ihre Geschichte wirkt, in der Gegenwart betrachtet, verwirrender und bedrängender als in einer Entfernung von Jahren und Jahrzehnten, zumal wenn man sie in einem

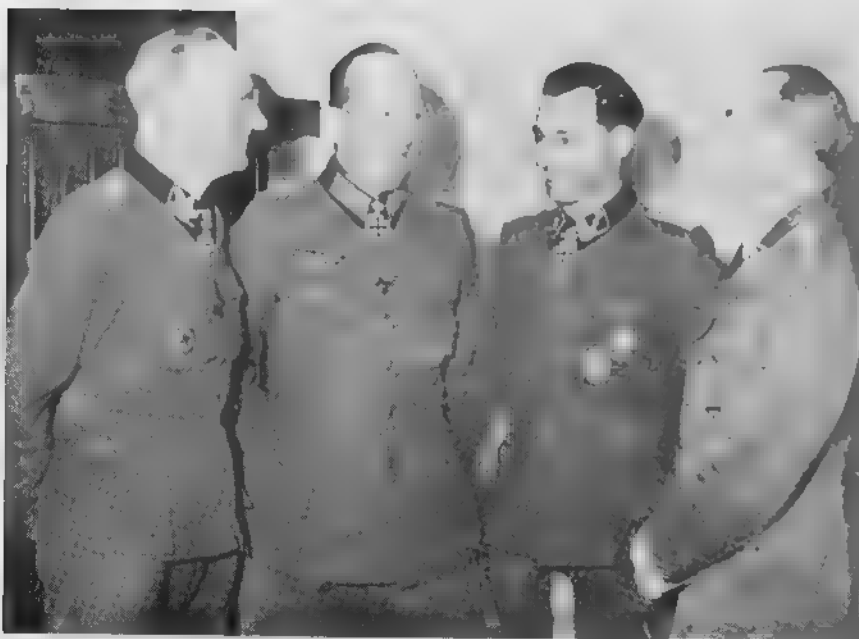
so glücklichen Lande wie dem Ihrigen verlebt, über dessen Fluren der verheerende Sturm des Krieges nicht gerast ist.

In jeder Zeit aber ist das größte Verbrechen der Verrat, der im Kriege gegen das eigene Volk begangen wird. Deshalb sind jene lauen und schlaunen Intellektuellen, Honoratioren und politischen Spekulanten, die dem Regime willig in den Sattel halfen, Ehren und Würden von ihm gern entgegennahmen, um es dann gewissen- und charakterlos zu verraten, die größten Verbrecher am deutschen Schicksal. Zu diesen gehöre ich nicht! Ich bin bestrebt gewesen, meinen Weg über diese Erde und durch mein Leben gerade und anständig zu gehen, auch wenn ich manchmal geirrt haben sollte.

So glaube ich auch heute noch, alles, was ich tat, vor meinem Gewissen und damit vor meinem Herrgott verantworten zu können.

Was ich getan habe, tat ich allein in dem heiligen Willen und in dem reinen Glauben, meinem Vaterlande zu dienen und ihm in seinem Lebenskampf zum Siege zu verhelfen. Ihm fühlte ich mich zur unbedingten Treue verpflichtet. Und diese Treue habe ich meinem Deutschland gehalten. Meinem nunmehr unglücklichen Vaterlande aber werde ich die Treue auch im Tode nicht brechen." ⁴³⁾

"Alles Große ist ewig" Zum Tod von Léon Degrelle



Die Männer von Tscherkassy Generalleutnant der Waffen-SS Gille (li.) im Gespräch mit seinen Mitkämpfern: Generalleutnant und Kommandierenden General Lieb + dem Kommandeur der Sturm-Brigade Léon Degrelle. Rechts: Reichspressechef Dr. Otto Dietrich. Am 27.8.1944 wurde Degrelle das Eichenlaub zum Ritterkreuz und die Goldene Nahkampfspange nach 75 Nahkampftagen verliehen. Ein belgisches Nachkriegs-Militärgericht verurteilte ihn in Abwesenheit wegen Zusammenarbeit mit den Deutschen zum Tode. Spanien ließ ein Auslieferungsbegehren unbeantwortet.

Degrelles wichtigste Bücher, geschrieben in seinem Exil in Spanien: "Die verlorene Legion", Pr.Oldendorf, "Denn der Haß stirbt", München 1992, "Hitler, geboren in Versailles", Tübingen 1992.

Europa hat einen seiner großen Söhne verloren. In der Nacht zum 1. April 1995 starb wenige Wochen vor Vollendung seines 88. Lebensjahres der Kommandeur der Wallonischen Legion, SS-Gruppenführer Léon Degrelle, im spanischen Exil eines natürlichen Todes. Er war bei Kriegsende am 8. Mai 1945 von Norwegen aus mit einem kleinen Fernaufklärer dorthin gekommen, als die von ihm aufgestellte und geführte 28. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division "Wallonien" beim Endkampf um Berlin aufgerieben und die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht, wie sie Churchill und Roosevelt verlangt hatten, unausweichlich geworden war. Von den ersten 800 Wallonen, die sich 1941 freiwillig an die Ostfront gemeldet hatten, überlebten nur drei. Einer von ihnen war ihr Führer Léon Degrelle. Ähnliche Verlustquoten hatte es bei keiner anderen militärischen Einheit dieses Krieges gegeben, schon gar nicht bei den Kriegführenden mosaikischen Glaubens.

Als die von Reichsminister Speer in Norwegen verlassene Heinkel mit ihrem letzten Tropfen Sprit die Pyrenäen-Grenze zwischen Frankreich und Spanien überflogen hatte, machte sie am Strand von San Sebastián eine Bruchlandung. Auch Degrelles Knochen brachen dabei an fünf verschiedenen

⁴³⁾ Staatsarchiv Nürnberg, KV-Prozesse, Fall 4, P 7, Rep. 501.

Stellen. Schon vorher hatte er 70 Nahkämpfe und sieben Verwundungen überlebt, wofür er mit der Nahkampfspange und dem Verwundetenabzeichen, beide in Gold, ausgezeichnet worden war. Als man ihn danach im Militärhospital von San Sebastián wieder zusammengeflickt hatte, schrieb er in sein Tagebuch:

"Wir hatten für Europa, seinen Glauben und seine Kultur gekämpft. In Aufrichtigkeit und Opferbereitschaft waren wir bis zum Ende treu geblieben. Früher oder später muß Europa und die Welt die Gerechtigkeit unserer Sache und die Reinheit unserer Hingabe anerkennen. Denn der Haß stirbt, aber alles Große ist ewig."

Die Worte dieser Aufzeichnung verwendete Dr. Fleissner, der Chef der gewichtigen Ullstein-Verlagsgruppe, für den Titel der Lebenserinnerungen Degrelles, die der Verfasser dieser Zeilen aufschrieb und mit Vollmacht Degrelles 1992 im Universitas-Verlag des Fleissnerkonzerns erscheinen ließ. Die vier letzten Worte des Degrelle-Zitates jedoch ließ Fleissner weg. Wir stellen sie daher über diesen Nachruf.

Es wurde noch mehr aus meinem Text dieses Buches weggelassen, das ein Verkaufserfolg hätte werden können, das der Verlag jedoch ohne jede Werbung und ohne Rezension in irgendeiner maßgeblichen Zeitung gewissermaßen unter den Ladentischen der Buchhandlungen verschwinden ließ. So erfährt der Leser nichts davon, daß Degrelle am 20. Mai 1979 einen offenen Brief an den Papst schrieb, kurz bevor dieser das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz in Polen besuchte. Degrelle warnte mit diesem einzigartigen Schriftstück als gläubiger Christ und militanter Katholik den Heiligen Vater davor, daß dessen Gebete, ja auch nur seine Anwesenheit in Auschwitz falsch ausgelegt oder zu neuen Hetzkampagnen mißbraucht werden könnten. Er schildert ihm die Umstände, unter denen Auschwitz und andere Lager bei Kriegsende angetroffen wurden; die rücksichtslosen Bombardierungen der Alliierten, nicht nur der deutschen Verkehrswege selbst, sondern auch der Lager und ihrer Insassen, den kompletten Zusammenbruch der Versorgung, die naturgemäß ausbrechenden Hungersnöte und Epidemien. Er leugnete nicht, daß in Auschwitz gelitten wurde. Aber er fügte hinzu: *"anderswo auch"*. Er nannte nur wenige Namen: Dresden, Hamburg, Hiroshima und Nagasaki. *"Alle Kriege sind grausam"*, schrieb er. Und das wußte aus eigener Erfahrung keiner besser als er. Aber vor allem, daran erinnerte er den Papst besonders, habe sich kein einziges deutsches Dokument auftreiben lassen, das die formelle Absicht eines Völkermordes beweise.

Der Papst scheint sich Degrelles mahnende Worte damals zu Herzen genommen zu haben. Als er am 7. Juni 1979 im damals noch unter kommunistischer Beherrschung stehenden Polen im Lager Auschwitz die Messe las, kam das ominöse Wort "Gaskammer" nicht ein einziges Mal über seine Lippen. Auch von planmäßiger Vernichtung sprach er nicht. Aber vor den anwesenden 900 Vertretern der internationalen Presse erwähnte er diejenigen, *"die noch heute die Menschen und Völker leiden lassen"*. Das bezog sich ganz gewiß nicht

auf Degrelle und seine Kameraden aus fast allen Nationen Europas, die bis 1945 für eine neue Zeit des Friedens, des Glücks und der Gerechtigkeit gekämpft hatten.

Diesen sensationellen offenen Brief Degrelles, der unter dem Titel "Carta al Papa" zunächst in spanischer Sprache und danach in vielen anderen erschien, haben die jüdischen Weltorganisationen seinem Verfasser nie verziehen. Zwei der insgesamt sieben Versuche, den mutigen Wallonenführer umzubringen, wurden von ihnen organisiert. Einer stand unter der persönlichen Führung des stellvertretenden Chefs des israelischen Geheimdienstes, Alduley. Der damalige spanische Abwehrchef Carlos Arias konnte ihn und seine ganze Bande samt Waffen und Gerät erwischen. Sie wurden sämtlich zu Gefängnisstrafen zwischen sechs und acht Jahren verurteilt, die sie voll in der Strafanstalt Burgos absitzen mußten. Trotzdem setzte der Direktor des "Wiesenthal-Zentrums" in Los Angeles noch 1985 ein Kopfgeld von einer Million Dollar auf Léon Degrelle aus. Niemand konnte es sich verdienen. Warum dieser Haß auf jemand, der, wie Degrelle selbst erklärte, nie einem Juden auch nur ein Haar gekrümmt hat? *"Ich persönlich hasse die Juden nicht"*, bekannte er. Daß er sie liebte, durfte niemand von ihm verlangen. *"Das einzige, was ich von ihnen verlange,"* fuhr er fort, *"ist, daß sie sich wie gesittete Normalmenschen verhalten, ohne allen Völkern ihre Herrschaft aufzwingen zu wollen..."*

Der wahrlich alttestamentarische Haß auf Degrelle ist allein dadurch zu erklären, daß er sich mit seiner belgisch-katholischen Rexisten-Bewegung, die bei den belgischen Parlamentswahlen von 1936 mit 11,5% aller Stimmen und 22 Abgeordneten zur stärksten Oppositionspartei des Landes wurde, stets vorbehaltlos für ein neues vereintes Europa unter deutscher Führung eingesetzt und dafür mit seinen freiwilligen Landsleuten im Verband der Waffen-SS gegen Stalins kommunistische Diktatur gekämpft hat.

Als Hitler ihm als erstem und einzigem Nichtdeutschen das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verlieh, ergriff er die Hand des Helden, der den sowjetischen Kessel von Tscherkassy gesprengt hatte, und sagte die klassischen Worte: *"Wenn ich einen Sohn hätte, müßte er so sein wie Sie."* Die damals empfangene Auszeichnung war für Degrelle, wie er mir in einem unserer Gespräche gestand, die *"wertvollste Erinnerung an diesen Krieg, den wir Europäer nur scheinbar verloren haben."*

Er durfte noch den Zusammenbruch des Weltkommunismus erleben, das erste Ziel unseres damaligen Freiheitskampfes für Europa, der sich nur mit der materiellen und geistigen Hilfe des ebenso korrupten Westens solange am Leben erhalten konnte. Er ruft uns jetzt aus seinem unbekannten Grab in wallonischer Erde zu: *"Und ihr habt doch gesiegt!"* Und wir antworten ihm mit seinen aus dem Titel seines Lebensbekenntnisses weggelassenen Worten: *"... alles Große ist ewig!"*

Wilfried von Oven, Buenos Aires

Wo die Zigeuner heute leben

Die **New York Times** veröffentlichte am 27. September 1992 auf Seite E 5 das hier unten wiedergegebene Schaubild, das die Zahl der 1992 in Europa lebenden Roma und Sinti wiedergibt. Hiernach beträgt die Zigeunerbevölkerung in Deutschland heute 200.000 (zweihundert Tausend), in Gesamt-Europa aber 10,3 Millionen. Allein in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sollen 1 weitere Million Zigeuner leben. Ungeklärt bleibt, ob sie vor oder nach 1945 dorthin emigrierten, und in welche andere fremdkontinentalen Länder noch weitere Sinti und Roma gezogen sind.

Eine Überprüfung der im einzelnen angegebenen Zahlen erübrigt sich für den Historiker, da sich die **New York Times** als Informationsquelle auf die **International Romani Union** beruft, also die Zentralstelle jener, die gleichzeitig behaupten, die ehemalige Reichsregierung hätte während des Zweiten Weltkrieges 500.000 Zigeuner ermorden lassen.

In Ergänzung zu der grundsätzlichen Ausarbeitung in **HT** Nr. 23 "Zigeuner bewältigen eine halbe Million" und dem hier nachgedruckten Schaubild aus der **New York Times** sind folgende Hinweise angebracht:

Die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** vom 27.1.1993 vermerkt auf Seite 7 in dem Artikel "Sagen, was gewesen ist":

"Im rheinland-pfälzischen Landtag zu Mainz ist zur Zeit eine Ausstellung zu sehen über den Völkermord an Sinti und Roma."

Der Verfasser gesteht dabei ein:

"Etwa 8.000 deutsche Sinti und Roma leben heute in Rheinland-Pfalz. Die meisten Familien -- sagt Krausnick -- können sich auf ein gut 300 Jahre in Kirchenbüchern dokumentiertes Heimatrecht berufen."

Wenn sich also "die meisten" von 8.000 heute in Rheinland-Pfalz lebenden Zigeunern "auf ein in den Kirchenbüchern dokumentiertes Heimatrecht berufen können", so folgt daraus, daß sie -- ihre Sippen -- nicht ermordet worden sind.

Die Gesamtzahl der Zigeuner (Roma und Sinti) belief sich 1939 in Deutschland auf 20.000 (zwanzig Tausend) und in ganz Europa auf eine 1 Million.⁴⁴⁾

Diesen sozusagen "amtlichen" Zahlen zufolge sprechen sich die Sinti und Roma eine Vermehrung ihrer Menschen

von 1939 bis 1992 trotz des Zweiten Weltkrieges innerhalb Deutschlands um das 10-fache und innerhalb Europas in einer Quote zu, die noch darüber hinausgeht. Würde man diese Vermehrungsquote für Deutschland in Ansatz bringen, so wäre das deutsche Volk von 1939 = 65 bzw. 80 Millionen im Jahre 1992 auf 650 bzw. 800 Millionen angewachsen. Von dieser Summe wären die über 15 Millionen Deutschen abzuziehen, die während des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren nachgewiesenermaßen ums Leben gekommen sind. Vergleicht man jedoch die heutige Bevölkerungsstatistik in Deutschland unter Außerachtlassung der zugewanderten und eingebürgerten Ausländer mit einer ungefähren Größenordnung von nach wie vor 65 Millionen, so zeigt sich die Unmöglichkeit der von der International Romani Union und ihren nachgeschalteten Verbänden und Einzelvertretern angegebenen Zahlenaufstellung sowohl was die behauptete Ermordung von 500.000 während des Zweiten Weltkrieges als auch die Zahl von 1992 anbetrifft. Gleichermassen folgt hieraus, daß die oft behauptete angebliche "Sterilisierung" der Zigeuner nicht stattgefunden haben kann.

Schließen wir ab mit der Feststellung des Tziganologen **Dr. Bernhard Streck**, der an der Universität Gießen mit einem "Projekt Tziganologie" befaßt war:

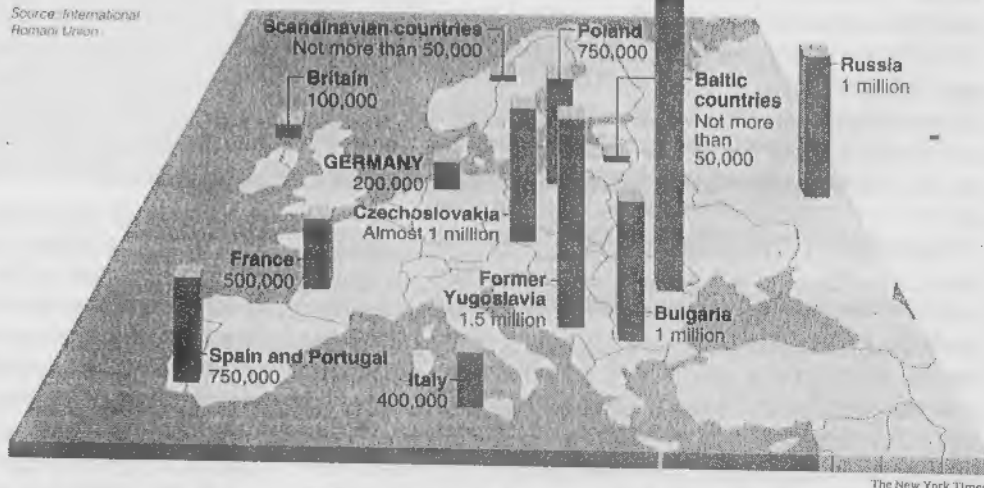
*"Ein konzipierter und in die Tat umgesetzter Plan zum konsequenten Genozid der Zigeuner konnte nicht rekonstruiert werden."*⁴⁵⁾

Where They Now Live

Current estimates of the populations of Gypsies, or people of Romany descent. There are an estimated 1 million Gypsies in the United States.

Authorities say exact figures are hard to obtain because many people do not identify themselves as Gypsies on census forms for fear of persecution.

Source: International Romani Union



44) Donald Kenrick / Grattan Puxon, "The Destiny of Europe's Gypsies", Basic Books, Inc. New York 1972, S. 183 - 184.

45) Zeitschrift für Kulturaustausch, Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart, Heft 4, 1981 "Sinti und Roma", S. 418.

Kämpfer "für die Humanität und Zivilisation"

Die zahlreichen Zielvorstellungen, Parolen und Programme zur Durchsetzung von "Gerechtigkeit", "Frieden" und "Freiheit der Völker", "einer neuen Weltordnung", die bereits in vergangenen Ausgaben der **HT** aufgezeigt worden sind, bedürfen einer Ergänzung infolge Auffindens neuer Dokumente, auf die der britische Historiker David Irving hingewiesen hat:

Cordell Hull, US-Außenminister:

"Das Klima war derart haßerfüllt, daß sogar Cordell Hull, ein Staatsmann von Rang, nichts geringeres als die sofortige summarische Hinrichtung der Achsenführer forderte, falls sie den Alliierten in die Hände geraten sollten.

»Hull hat mich mit seinem Ausspruch überrascht«, vertraute der britische Botschafter Lord Halifax seinem geheimen Tagebuch nach einer Unterredung mit Hull am 16. März 1943 an,

»daß er am liebsten alle Naziführer bis hin zu ziemlich niedrigen Chargen erschießen und physisch vernichten möchte!«⁴⁶⁾

General Dwight D. Eisenhower, Oberkommandierender der US-Streitkräfte für Europa, am 10. Juli 1944 zum britischen Botschafter in Washington Lord Halifax:

"Seiner Ansicht nach gehörten die feindlichen Führer »auf der Flucht erschossen.«"

David Irving ergänzt:

"Eisenhowers Flottenadjutant Harry Butler hörte seinen Stabschef, Generalleutnant **Walter Bedell Smith**, einen von glühendem Deutschenhaß erfüllten Offizier, einmal sagen, das Gefängnis sei nicht gut genug für den Nazigeneralstab, eine Organisation, die etwa 3.500 Offiziere umfaßte.

»Es bestand Übereinkunft darüber«, notierte der Adjutant in seinem unveröffentlichten Tagebuch, »daß die Ausrottung ihren natürlichen Lauf nehmen werde, wenn die Russen freie Hand bekämen.«

»Warum nur die Russen?«, fragte **Eisenhower**: Die Siegermächte könnten für gewisse Zeiten den kleineren Nationen, die mit den Deutschen eine Rechnung offen hätten, Besatzungszonen in Deutschland zuweisen.

Er wiederholte diese Ansichten gegenüber **Henry Morgenthau**, als dieser am 7. August 1944 den Kommandoposten des S.H.A.E.F. (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces) in Portsmouth einen Besuch abstattete. Morgenthau konnte später mit einigem Recht darauf hinweisen, daß der Vater seines berühmten Plans General Eisenhower war. Morgenthaus Version zufolge war **Eisenhower** gegen jede Milde:

»Die gesamte deutsche Bevölkerung ist ein synthetischer Paranoiker«, sagte er dem Finanzminister. »Und es gibt keinen Grund, einen Paranoiker mit Samthandschuhen anzufassen.«"

Laut einem anderen Zeugen ließ **Eisenhower** auch folgende Bemerkung fallen:

"Die Anführer und die SS-Truppen sollten ohne Frage die Todesstrafe bekommen, doch damit sollen die

Strafmaßnahmen noch nicht zu Ende sein."⁴⁷⁾

US-Präsident **F.D. Roosevelt**, der "alle Naziführer erschießen lassen wollte":⁴⁶⁾ (S. 34)

"Unglücklich über das ganze Konzept der Sklavenarbeit, fragte Jackson (Hauptankläger der USA vor dem IMT in Nürnberg), was für Zahlen man denn ins Auge gefaßt habe. Dr. **Isadore Lubin**, Morgenthaus Vertreter an dieser in einem Washingtoner Hotel am 12. Mai 1945 durchgeführten Konferenz, entgegnete:

»Rußland wolle 5 Millionen kräftige Deutsche, Frankreich 2 Millionen und England könne auch eine kleinere Anzahl gebrauchen.«

Jackson war von dem Gehörten förmlich betäubt. Er wandte beharrlich ein, er bezweifle, daß der verstorbene Präsident so etwas gebilligt habe. **Samuel I. Rosenman**, hochrangiger US-Richter und langjähriger Freund und Berater des Präsidenten, erklärte, F.D.R. habe gedacht, »die Deutschen verdienten es, so bestraft zu werden« -- so Jacksons Tagebucheintrag --, und sei »gefühlsmäßig sehr verbittert gewesen; er habe sogar die Sterilisierung ernsthaft diskutiert und mehr oder weniger im Scherz eine Maschine zum Vollzug der Operation auf Massensbasis entworfen.«⁴⁶⁾ (S. 58)

US-Finanzminister **Henry Morgenthau**:

"Mein Plan wird die Deutschen daran hindern, je wieder eine Ausdehnung ihrer Macht durch Gewalt anzustreben. Machen Sie sich keine Sorgen. Der Rest Europas kann ohne sie überleben."⁴⁶⁾ (S. 17)

Sir Alexander Cadogan, ständiger Sekretär im Foreign Office in London, trug am 18.6.1943 nach Bekanntwerden der ersten Berichte über die sowjetischen Massenmorde an 15.000 polnischen Offizieren in Katyn und andernorts ein Gespräch mit dem britischen Außenminister Anthony Eden in sein Tagebuch ein:

"Ich hob hervor, daß die Sowjetregierung schon Jahre vor Katyn ihre eigenen Bürger routinemäßig zu Zehntausenden abschlachtete, und wenn wir uns 1941 mit ihr verbündet haben, sehe ich nicht ein, weswegen Katyn unsere Position delikater erscheinen lassen soll."⁴⁶⁾ (S. 52)

Winston Churchill, der britische Kriegspremier:

"Daß Churchills Wissenschaftler auch den Einsatz von Giftgas und Milzbrandbazillen vorbereitet hatten, ist ebenfalls eine Tatsache; er hatte im Februar 1944 in den USA ¼-Million 4-pfündige Bomben mit Milzbrandregnern bestellt. Außerdem besaß er 26.000 Tonnen Senfgasbomben und rund 6.000 Tonnen Phosgen, die bereits in Bomben abgefüllt worden waren oder unverpackt gelagert wurden -- »genug«, wie er meinte, »um Berlin, Hamburg, Köln, Essen, Frankfurt und Kassel zusammen einzudecken.«

Bei einer Kabinettsitzung am 6. Juli 1944 hatte er seinen Stabschefs in sinnlos betrunkenem Zustand befohlen, die 6 genannten deutschen Städte mit Giftgas zu »tränken«."

Britische Dokumente enthüllen, daß Churchill ebenfalls geplant hatte, Atombomben über Berlin abzuwerfen, wäre der Krieg dann noch nicht zu Ende gewesen.⁴⁶⁾ (S. 55)

47) ebenda S. 12. Vgl. Fred Smith, "The Rise and Fall of the Morgenthau Plan", in *United Nations World*, März 1947, S. 32 ff.

46) David Irving, "Nürnberg die letzte Schlacht -- Aus den geheimen Aufzeichnungen der Ankläger und Richter", Tübingen 1996, S. 11. -- Vgl. Halifax' Tagebuch, 16.3.1943: Univ. of York, Borthwick Institute; Hickleton Papers, Lord Halifax, file A7.8.12.

Zum 8. Mai 1945

Befreier foltern, vergewaltigen und morden nicht.

Befreier vertreiben Befreite nicht aus ihrer Heimat, sie enteignen nicht ihr Land, Hab und Gut, sie schänden auch ihre Friedhöfe nicht. Sie regen auch nicht ihre verbündeten "Mitbefreier" hierzu an.

Befreier beschlagnahmen nicht die Häuser der Befreiten, zünden auch nicht ganze Städte nach der Befreiung an, sie verjagen die Eigner nicht und sperren sie schon gar nicht in Hungerlager zur Vernichtung.

Befreier mißachten das Völkerrecht nicht. Sie überantworten "befreite" Gefangene nicht anderen "Mitbefreiern" zur Sklavenarbeit in fernen Regionen, sie lassen sie auch nicht verhungern oder bringen sie nicht auf andere Weise um.

Befreier zerstören nicht die Arbeitsplätze der Befreiten, sie demolieren oder demontieren nicht ihre Produktionsstätten, treiben nicht ihre Viehherden weg.

Befreier bemächtigen sich nicht der Schiffe, Bahnen, Schienen und Fahrzeuge der Befreiten, sie lassen ihre Wälder nicht zwangsroden.

Befreier bedienen sich keiner Vernichtungslager, keiner Greuelpropaganda gegen die Befreiten.

Befreier entehren nicht die Denkmäler und Traditionen der Befreiten, sie verschleppen ihre Kunstschatze nicht.

Befreier rauben nicht das Auslandsvermögen der befreiten Nation, stehlen nicht ihre Patente, verschleppen nicht ihre Wissenschaftler.

Befreier konfiszieren nicht die Dokumente der Befreiten und verfälschen diese weder durch Aussortieren noch gar durch grundsätzliche Neufabrikierung nach Fiktionen von Gruselgeschichtenautoren stets zum Dauerschaden der befreiten Nation.

Wenn Befreier meinen, ein Gericht müßte her, um Schuldige oder vermeintlich Schuldige zu verurteilen, so behindern sie deren Verteidigung nicht, bedienen sich keiner erpressten Geständnisse oder Meineidzeugen oder gefälschter Dokumente en gros. Keineswegs verfügen sie ein Ausnahmerecht für sich mittels Amnestie für jegliches eigenes Handeln und die Taten ihrer Helfer. Sie bestellen sich auch nicht nach Außerkraftsetzung aller Gesetzesgrundlagen des befreiten Landes selbst als Kläger, Richter und Henker. Weder führen sie Schauprozesse durch, noch etablieren sie eine politische Justiz zwecks dauerhafter Strafverfolgung der Befreiten mit einseitigen Kodifizierungen für das Straf- und Zivilrecht und damit Ausschaltung jeder souveränen Regierung der Befreiten.

Befreier nutzen nicht die Besetzung

des Landes der Befreiten zur Durchsetzung einer von ihnen gewünschten Rechtsordnung und gesellschaftlichen Struktur, zur Einschleusung ihrer Monopolverwalter in Politik, Parteien, Justiz, Verwaltung, Presse, Finanzen und weitgehend auch der Wirtschaft.

Befreier sorgen sich nicht um Umerziehung der Befreiten, reglementieren weder deren Schulpläne noch deren Geschichtsschreibung, lizensieren auch weder Personen noch Organisationen.

Befreier verankern auch nicht Verfassungsartikel der befreiten Nation mit Vorbehaltsrechten zur dauerhaften Einflußnahme auf die befreite Bevölkerung. Sie führen auch in internationalen Organisationen keine Feindstaatenklauseln für die Befreiten ein, die diesen wesentliche Völkerrechtsgrundsätze entziehen.

Befreier stehlen nicht das den Befreiten noch verbliebene Land mittels Bodenreform und anschließender Rechtenserklärung der Enteignung, um auf diese Weise das Nationalvermögen der Befreiten nach und nach in den Privatbesitz verdienter Befreier zu überführen.

Befreier schaffen sich auch keine "Maulkorbgesetze" zur Strafverfolgung von "Verharmlosern" und gar "Leugnern" der von ihnen behaupteten Verbrechen der Befreiten. Sie vernichten auch keine wissenschaftliche Literatur und Beweismittel der Befreiten.

Abonnementpreise.

Einzelhefte 1.50
3 Monate 4.50
6 Monate 8.50
1 Jahr 16.00
Postgebühren 1.00
Zusatz für Ausland 2.00
Zusatz für Ausland 2.00
Zusatz für Ausland 2.00

Berner Tagwacht

Offizielles Publikationsorgan der sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Redaktion: 2. Kapell, 8. Etage, Bern, Schweiz. Telefon 332.31. Telefax 332.31. Druck und Verlag im Untertalstrasse 10.

Stettin, 24. August

55. Jahrgang (58. Jahrgang des Schweizer Sozialisten)

1945. - Nr. 197

Hitler-Deutschland

„In der Welt voran“

26 Millionen Menschen

in deutschen Konzentrationslagern ermordet

Bern, 23. August, sp. (Reuters). Die der Berliner Nachrichten bei „Kontinuum“ veröffentlichten, hat laut amtlichen Stellen, auf die Konzentrationskassen der (sozialistischen) Regierung gestützt, in allen deutschen Konzentrationslagern 26 Millionen Menschen ermordet worden. Die ersten Zahlen wurden in Berlin veröffentlicht, nachdem dort täglich 12.000 bis 15.000 Personen umgebracht. Dieser Konzentrationskassen, hatte die Konzentrationskassen in Berlin am 16. Juli 1944 ein Ziel, um diese Kassen zu zerstören, an dem 24.000 Menschen, Frauen und Kinder ermordet wurden.

Das „beforgungsfreie Land“ der fünften Kolonne.

Wäre Hitler, der, wie erinnerlich, als Teil der neuen deutschen Gesellschaft für eine durchgeführte Umwälzung eintrat, jedoch in der „Dawid-Heim“, das in der Schweiz bereits fertige Gelände für vier Konzentrationslager und zwei Gefangenen vorzubereiten gewesen seien, und daß die Schweiz von Deutschland aus als „beforgungsfreies Land“ der fünften Kolonne bezeichnet wurde.

Und sind wir sicher, ob es trotz einem Ausmaßungen nicht heute auch noch so ist? Der Fiskus und seine Freunde, die, durch mit ungeliebten Schicksal erleben und dürfen davon leben.

Das offizielle Publikationsorgan der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, **Berner Tagwacht**, schon immer ein "Kampfblatt für die eiserne Wahrheit", verkündete am 24. August 1945 der Welt: 26 Millionen Menschen habe Deutschland allein in den Konzentrationslagern ermordet, das sind bei 55 Millionen Weltkriegstoten insgesamt nahezu jeder zweite.

"Die meisten davon wurden in Dachau getötet. Durchschnittlich wurden dort täglich 12.000 bis 15.000, einmal sogar 24.000 Personen umgebracht."

Daß der Sensationsverkünder vom 24. August 1945 -- 4 Monate nach Kriegsende! -- Auschwitz nicht erwähnte, wo es doch "die meisten" getroffen hat!

40 Jahre später ist nach Leonid Jeremejew ("Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg 1941 - 1945", Moskau 1985, Fotos hinter Seite 32)

"die Gesamtzahl der Ermordeten des Faschismus unter der Zivilbevölkerung = 28 Millionen", davon in der Ukraine 5, in Belorussland 2,2, in den Gebieten der Russischen Föderation rund 1,7 Millionen.

Irgend jemand muß sich da wohl verzählt haben, doch hüte man sich davor, zu verharmlosen oder zu minimieren, denn dies könnte Gefängnis ohne Bewährung einbringen. So viel Freiheit, hier nachzuforschen, kann sich eine Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland schließlich nicht leisten.